

Susanne Luther (Hrsg.)

POPULISMUS

Politik und Gesellschaft zwischen
Krise und Kooperation



Götz Heinicke: Philippinen: Internationale Aufmerksamkeit aufgrund populistischer Töne

Henning Melber: Politischer Populismus im südlichen Afrika: Befreiungsbewegungen an der Macht

Jochen Lobah: Requiem der Demut - Der Islam zwischen Populismus und politischem Wettbewerb

Susanne Luther (Hrsg.)

POPULISMUS

Politik und Gesellschaft zwischen Krise und Kooperation

Impressum

ISBN	978-3-88795-550-2
Herausgeber	Copyright 2018, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Generalsekretär	Dr. Peter Witterauf
Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit	Dr. Susanne Luther
Redaktion	Karin von Goerne Kontakt zur Redaktion: iiz@hss.de
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner
Redaktionsschluss	29.03.2018
Druck	Hausdruckerei der Hanns-Seidel-Stiftung
Titelbild	Korhan Karacan/shutterstock.com

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Von dieser Einschränkung ausgenommen, sind sämtliche Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Die Abgabe dieser Publikation erfolgt kostenfrei im Rahmen der Stiftungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet.

Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, Lazarettstraße 33, 80636 München,
E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Alle Ausgaben der Publikationsreihe finden Sie unter folgendem QR-Code auch im Internet zum Lesen und Bestellen.



GELEITWORT

|| Susanne Luther

"Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden und Bildung ist ihre Hebamme."

John Dewey (1859-1952), amerikanischer Philosoph und Pädagoge

Liebe Leserinnen und Leser,

Populismus ist gegenwärtig wohl einer der am häufigsten gebrauchten politischen Begriffe. Weltweit finden sich populistische Tendenzen in der gesamten Breite des politischen Spektrums. Während die Anfänge der neuen Welle sich etablierender oder erstarkender populistischer Parteien oft noch als episodisch und auf keinen Fall mehrheitsfähig betrachtet wurden – etwa als Antwort auf die Finanzkrise und die darauf folgende strikte Finanzmarktpolitik – stellen mittlerweile in vielen Staaten populistische Parteien Regierungen oder sind zumindest ein (laut)starker Teil der Opposition.

Der – bei weitem nicht neue – Begriff Populismus wird derzeit inflationär gebraucht, und nahezu immer haftet ihm eine negative Konnotation an. Dabei könnte, rein sachlich betrachtet, eine Diskussion über die Absichten von Populisten interessant sein: Bringen diese nicht auch vermeintlich kritische Themen zur Sprache, die von etablierten, sich manchmal zunehmend von der Realität entfernenden Parteien verdrängt, wenn nicht gar ignoriert werden? Treten sie nicht für den Willen der Bürger, des „Volkes“ ein? Fordern sie nicht eine direktere Form von Demokratie?

Das Wort Demokratie ist griechischen Ursprunges und bedeutet wörtlich „Herrschaft des Volkes“. Der lateinische Wortstamm des Begriffs Populismus lässt sich mit „Volk“, „Bevölkerung“, „Bürgerschaft“ übersetzen. Nicht nur die Wortherkunft, auch inhaltliche Ähnlichkeiten erschweren eine eindeutige Abgrenzung von Demokraten zu Populisten. Ein kurzer Blick auf grundlegende Unterschiede – keineswegs mit Anspruch auf Vollständigkeit – ist daher sicherlich hilfreich.

Obwohl Populisten sich eines demokratischen Vokabulars bedienen, ähneln sich die Kommunikationsmuster populistischer Politiker sowohl in ihrer anti-pluralistischen und anti-elitistischen Art, als auch oft in der Inszenierung der eigenen Person.

Auch demokratische Politiker verwenden oft Elemente populistischer Rhetorik, vor allem in den Hochphasen des politischen Wahlkampfes. Dabei wird jedoch der offene Diskurs gesucht. Abweichende Meinungen werden als essentiell für den politischen Willensbildungsprozess angenommen.

Populistische Rhetorik bedient die Angst der Menschen, sei es vor dem Fremden oder vor sozialem Abstieg. Populisten instrumentalisieren gezielt die oft gefühlte Machtlosigkeit in der Bevölkerung, und führen durch den

politischen Alleinvertretungsanspruch – die Heterogenität der (wahren) Bevölkerung wird verneint – den demokratischen Diskurs ad absurdum. Es wird aufgehetzt statt den faktenbasierten Dialog zu suchen.

Populistische Politiker legitimieren ihr Programm oft damit, allein den Willen der Menschen, des „Volkes“ zu kennen und für dieses zu sprechen – doch nur das Volk, welches den oder die Populisten unterstützt, wird selbst als legitim wahrgenommen.

Demokratie basiert auf der Annahme einer politischen Ordnung, die sich unter anderem durch Gewaltenteilung, Pluralismus, freie Wahlen, souveräne Bürger, und das Verfassungsprinzip legitimiert und auf unabhängigen, langfristig etablierten Institutionen beruht. Der Populismus versucht diese zu umgehen und tendiert dazu, demokratische Instanzen als nicht repräsentativ und korrupt darzustellen.

Auch wenn die Kernmerkmale des Populismus somit international durchaus vergleichbar erscheinen, der Erfolg populistischer Parteien in den einzelnen Ländern wird von jeweils ganz speziellen und jeweils unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründen bestimmt.

Die Artikel dieser Ausgabe der Argumente und Materialien zur Entwicklungszusammenarbeit (AMEZ) beleuchten diese unterschiedlichen Bedingungen populistischer Politik weltweit.

So wird die Ausprägung des Populismus in den Ländern des südlichen Afrika von Henning Melber in einem Gastbeitrag beleuchtet: die fortdauernde Mythenbildung um die Befreiungsbewegung, in der bis heute eine Legitimierung zur Machtausübung liegt. Länderspezifisch vertieft wird diese Analyse durch ein Interview mit Jackie Cilliers vom Institute for Security Studies, einer Partnerorganisation der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika. Er macht vor allem die ökonomische und soziale Ungleichheit für die anhal-

tende Popularität populistischer Parteien verantwortlich.

Seit dem Amtsantritt des philippinischen Präsidenten, Rodrigo Duterte, ist das Land aufgrund seiner polarisierenden Äußerungen regelmäßig in den internationalen Schlagzeilen. Im Beitrag zu den Philippinen kommen Bürger des Landes – sowohl Anhänger als auch Gegner Dutertes – zu Wort und schildern ihre Sicht.

Der Beitrag aus Venezuela liefert einen interessanten Blick auf die Persönlichkeit des ehemaligen Präsidenten Chávez und vergleicht dessen Politik mit der seines Nachfolgers Maduro.

Der Artikel zum „Islam zwischen Populismus und politischem Wettbewerb“ analysiert die gesellschaftliche und politische Dauerkrise der arabischen Welt - und zeigt den Einfluss des postkolonialen Aufholprozesses und des ideengeschichtlichen Zusammenpralls mit der westlichen Moderne bei der Entstehung radikaler Strukturen.

Welche Auswirkungen populistisches Kalkül für internationale Organisationen und die asiatische Integration hat, zeigt der Beitrag aus Ostasien mit einer regionalen Analyse. Die politische Entwicklung in osteuropäischen Nachbarländern wurde in Deutschland mit besonderer Besorgnis beobachtet: Der Artikel „Central Europe on the road to a new type of populism“ versucht vor allem, die geschichtlichen und kulturellen Hintergründe für das Erstarken von populistischen Parteien in der Region nachzuvollziehen.

Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung steht im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung. Wie das Zitat eingangs darlegt, sind unsere liberale Demokratie und unser Wertesystem keine Selbstverständlichkeit. Sie sind Errungenschaften, die jeden Tag aufs Neue gelernt und gelebt werden müssen und nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfen – weder aus politischem Kal-

kül noch als vermeintliches Heilmittel gegen gesellschaftliche Politikverdrossenheit.

In einer Welt, die als zunehmend komplex wahrgenommen wird, erscheint das Angebot von einfachen Lösungen sehr verlockend. Jedoch gibt es auf komplexe Fragen keine einfachen Antworten und keine allgemeinen Wahrheiten, vor allem keine, die Menschen und Meinungen ausschließen, welche nicht in ein vorgefertigtes, eindimensionales Weltbild passen. Damit müssen wir als Individuen, aber auch als Gesellschaft, lernen zu leben.

Liebe Leserinnen und Leser, nach diesen ernstesten Worten möchte ich Ihnen dennoch eine spannende und anregende Lektüre wünschen.



|| Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale
Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

INHALT

- 03 Geleitwort**
Susanne Luther
- 08 Politischer Populismus im Südlichen Afrika:
Befreiungsbewegungen an der Macht**
Henning Melber
- 18 The future of South Africa - dealing with risks of populism**
Interview mit Jakkie Cilliers
- 28 Requiem der Demut – Der Islam zwischen Populismus und poli-
tischem Wettbewerb**
Jochen Lobah
- 38 Philippinen: Internationale Aufmerksamkeit aufgrund populis-
tischer Töne**
Götz Heinicke
- 56 Populistische Politik und die Krise der ökonomischen und politi-
schen Integration Ostasiens**
Bernhard Seliger
- 62 Die Verkürzung der Demokratie: Nicht-Charismatischer Popu-
lismus in Venezuela**
Sergio Angel Baquero
- 74 Central Europe on the road to a new type of populism**
Martin Kastler

Henning Melber

Politischer Populismus im Südlichen Afrika: Befreiungsbewegungen an der Macht

Im Südlichen Afrika erkämpften antikoloniale Befreiungsbewegungen die politische Macht. Diese haben sie seither nicht mehr abgegeben. Ihre nachkoloniale Geschichtsschreibung basiert auf der Kultivierung ihrer Rolle als Befreier. Derweil zeigen die gesellschaftlichen Verhältnisse die engen Grenzen der seitherigen politischen und sozialökonomischen Emanzipation auf. Dies forciert populistische Diskurse der Legitimierung, die Wirklichkeiten ignorieren oder umzudeuten versuchen. Erscheinungsformen dieses Repertoires werden anhand einiger Beispiele dokumentiert und analysiert.

Schlagwörter:

ANC - Befreiungsbewegungen - Geingob - Mugabe - Namibia - Populismus - Simbabwe - Südafrika - SWAPO
- Zuma

Politischer Populismus im Südlichen Afrika: Befreiungsbewegungen an der Macht

|| Henning Melber

Politischer Populismus ist keinesfalls eine neue Erfindung. Es gibt ihn in zahlreichen Spielarten in nahezu jeglicher ideologischen Schattierung fast überall auf unserer Welt und er hat die Sozialwissenschaften schon länger ausführlich beschäftigt. Ungeachtet der jeweiligen substantziellen Inhalte (so es diese gibt) ist Populismus eine bestimmte Form politischer Rhetorik, die sich in einfacher und direkter Form an die Adresse „der Menschen“ richtet. Sie weckt den Anschein, es ginge um diese, und nicht um die Erlangung oder den Erhalt der politischen Macht derjenigen, die sich populistisch gebärden. Populistische Formen der Mobilisierung nutzen das Verständnis und die Praxis einer liberalen Demokratie, verhalten sich dabei aber selbst zumeist höchst illiberal. Es klafft eine weite Kluft zwischen dem propagierten und reklamierten Ideal und der Wirklichkeit, zwischen Versprechungen und Leistungen.¹ Bei genauerer Prüfung wird deutlich, dass es den Populisten zumeist um ihre eigenen Interessen und nicht jene der Gesellschaft geht. In Südafrika werden gegenwärtige populistische Diskurse wie anderswo auch als Luftblasen kritisiert, die alles andere als hilfreich bei der Bewältigung der Probleme sind.² Dessen ungeachtet kommt ihnen weiterhin großer Einfluss zu.

Befreiungsbewegungen an der Macht

Tatsächlich sind ehemalige Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika, die seit Überwindung der Fremdherrschaft die politische Macht ausüben, besonders markante Erscheinungsformen für eine spezifische Form des Populismus. Simbabwe unter Robert Mugabe und der Zimbabwe African National Union/Patriotic Front (ZANU/PF) seit 1980, Namibia unter der South West African People's Organisation (SWAPO of Namibia) seit 1990 und Südafrika unter einer Regierung des African National Congress (ANC) seit 1994 sind Fallbeispiele, die dies verdeutlichen.³

In der neueren Demokratieforschung werden solche Systeme auch als auf Wettbewerb beruhender Autoritarismus bezeichnet.⁴ Sie gelten als am ehesten dauerhaft, wenn sie entlang nicht-materieller Ressourcen auf einer ideologischen oder ethnischen Grundlage oder solidarischen Banden basieren, die in der geteilten Erfahrung eines militärischen Kampfes gründen. Revolutionäre Befreiungskämpfe schaffen tendenziell eine Führungsgeneration, die auch die nötige Legitimität besitzt, während Krisenzeiten Disziplin zu erzwingen. Deshalb scheinen neue herrschende Parteien wie die ehemaligen Befreiungsbewegungen an der Macht beständiger zu sein.⁵ Deren heroisch-patriotische Geschichtsschreibungen für die neu geschaffenen Nationen fielen auf fruchtbaren Boden unter der ehemals kolonisierten Bevölkerungsmehrheit. Diese offiziellen Narrative gingen mit dem Verständ-

nis einher, dass die Erlangung der politischen Macht das Ende der Geschichte bedeute: hinfort könne es keine legitime Alternative zu den Befreiungsbewegungen an der Macht geben.

Das Selbstbestimmungsrecht der ehemals kolonisierten Bevölkerungsmehrheit durch (wenn auch eher formale statt substantielle) demokratische Prozeduren, wurde auch durch bewaffneten Widerstand gegen die weiße Minderheitsherrschaft erlangt. Dieser Widerstand war mit der Verheißung auf eine bessere Zukunft verbunden. Aber die gesellschaftliche Transformation war hauptsächlich auf einen ausgehandelten Transfer der politischen Kontrolle an die ehemalige Befreiungsbewegung beschränkt, die nunmehr die Regierung übernahm. Ein solcher Übergang eliminierte keinesfalls die strukturell verankerten Diskrepanzen einer auf Ungleichheit basierenden Gesellschaft. Stattdessen sicherte sich eine neue afrikanische Elite einen ähnlichen Status wie diejenigen, die unter dem alten System privilegiert waren. Sozialökonomisch bleiben weite Teile der ehemals Kolonisierten auch unter der afrikanischen Regierung marginalisiert. Dies zeigte jenseits politisch-formaler Rechte der Partizipation die engen Grenzen der Befreiung auf.⁶ Im Kontrast dazu reklamierte eine kompensatorische Ideologie, dass jegliche Form von Ungerechtigkeit lediglich das Ergebnis der kolonialen Vergangenheit sei, während das neue Regime alles versuche, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. - Doch genau besehen wandelte sich der alte Slogan „a luta continua“ (der Kampf geht weiter) in den Alltagserfahrungen nur in „the looting continues“ (das plündern dauert an)...

Da, wo diese Stilisierung der Befreiungsbewegung zur Befreiung von Unterdrückung nicht mehr funktioniert, werden die Reminiszenzen an die überkommene Herrschaft (also alles was mit der weißen Minderheit assoziiert werden kann) dazu genutzt, Reste dieser Herrschaft zu alleinigen Sündenböcken zu erklären. So beschul-

digte das Mugabe-Regime angesichts des Verlusts der Mehrheit in der Bevölkerung ab der Jahrhundertwende die weißen kommerziellen Farmer an allem schuld zu sein und initiierte die „fast track“ Landreform – ohne dadurch die Unterstützung in der Bevölkerungsmehrheit zurück zu gewinnen. Schließlich blieb nicht unentdeckt, dass Hauptnutznießer dieser „Reform“ die neue schwarze politisch-militärische Elite war, während Hunderttausende schwarzer Farmarbeiter und deren Familien gemeinsam mit den vorherigen Farmbesitzern ihre Existenzgrundlage verloren und die wirtschaftliche Tafelart Leid und Elend für viele mehr brachte.

Auch wenn sich Mugabe und die ZANU/PF nur dank massiver Repression und mit Unterstützung der anderen Befreiungsbewegungen an der Macht entgegen dem politischen Willen der Bevölkerungsmehrheit bei weiterem Verfall des Landes in eine neuerliche Verfestigung der Dominanz hinüber retten konnten: das Image und Selbstverständnis der Befreier hat die nachkolonialen Interpretationen und Wahrnehmungen von Geschichte und Gegenwart stark imprägniert und kann sich auf abrufbare Stereotypen verlassen, die an eine Mystifizierung grenzen. Die Solidarisierung mit dem Despoten Mugabe ist so ein Beispiel, wie patriotische Geschichte in der Region sich in politischen Machtverhältnissen reproduziert. Diese „builds Mugabe into an abstract idea – the very embodiment of anti-colonial spirit. In this way, an attack on a Mugabe decision becomes not just an attack on him, but on the entire idea that black people deserve the right to self-determination.“⁷ Dass ausgerechnet Robert Mugabe, unter dem die Gesundheitsfürsorge im Lande völlig zusammen brach, Ende Oktober 2017 vom Direktor der World Health Organisation (WHO) und früheren Gesundheitsminister Äthiopiens zum „Good Will Ambassador“ ernannt wurde, sorgte für weltweite Empörung, dokumentierte aber zugleich die hartnäckige Kultivierung des Heroenstatus der alten Männer des Befreiungskampfes. Im-

merhin musste diese Form eines zweifelhaften panafrikanischen Populismus binnen Tagesfrist dank der Proteste (auch von Menschen in den Ländern Afrikas) wieder zurückgenommen werden.

Heroismus alter Männer für die Ewigkeit

Sam Nujoma, der seit Gründung der SWAPO von 1960 bis 2007 Parteipräsident und zwischen 1990 und 2005 das erste Staatsoberhaupt Namibias war, wurde am Ende seiner Amtszeiten durch einen Parlamentsbeschluss der offizielle Titel „Vater der namibischen Nation“ verliehen. 2010 mahnte er in seiner Eröffnungsrede zum Kongress der Jugendliga der Partei wachsam zu sein und allen Versuchen von Opportunisten und unpatrischen Elementen zur Teilung der Nation entschieden entgegen zu treten. Nur dann, „the SWAPO Party will grow from strength to strength and continue to rule Namibia for the next ONE THOUSAND YEARS.“⁸

Ignorant hinsichtlich einschlägig vorbelasteter historischer Plattitüden und entückt von gesellschaftlichen Wirklichkeiten, können die anachronistischen Regierungschefs weiter in einer Fantasiewelt agieren. Der mittlerweile 93-jährige Robert Mugabe konnte ungeniert öffentlich erklären, er würde nie einer Oppositionspartei Platz machen: „Die MDC (Movement for Democratic Change, H.M.) wird niemals dieses Land regieren dürfen – nie und nimmer ... nur Gott, der mich ernannt hat, kann mich aus dem Amt entfernen.“⁹ Als Präsident göttlicher Fügung fühlt er sich nicht gegenüber dem Volk als Souverän in der Rechenschaftspflicht – und Teile dieses Volkes sowie in anderen Ländern des Kontinents finden seine Allmachtsfantasien gerechtfertigt. First Lady Grace Mugabe stellte sogar bereits mehrfach fest, ihr Mann könne auch vom Grab aus regieren.¹⁰ Dieses Phänomen afrikanischer Gerontokratien unterstreicht, dass es dem Populismus in wirksamer Form nicht an Akzeptanz mangelt. Es basiert auf

einem Kreis von Vasallen, die Nutznießer eines solchen Systems im Umfeld des Machtzentrums sind. „Darum ist auch das eigentlich interessante Phänomen weniger ein Mann, der hartnäckig und zielstrebig zur Macht drängt, sondern die politische Kultur, die einen Diktator wie ihn hervorbringen musste.“¹¹ Dies findet aber auch außerhalb des Landes Zustimmung, wie die Wahl Mugabes zum Präsidenten der Afrikanischen Union (AU) für das Jahr 2015 und seine – wenn auch sehr kurzlebige – Ernennung zum „Good Will Ambassador“ für die WHO dokumentieren. Auf dem Gipfeltreffen der AU im August 2015 pries ihn der seit März 2015 im Amt befindliche Präsident Namibias, Hage Geingob, als von ihm verehrtes Vorbild. Über den 2014 im Amt verstorbenen sambischen Präsidenten Michael Sata wurde berichtet, dass er bei Sitzungen der Southern African Development Community (SADC) jegliche Kritik an Mugabe mittels lautstarker Intonierung von Liedern aus dem Befreiungskampf im Keim erstickte. Das „big men“ Syndrom ist integraler Bestandteil eines Populismus à la Südliches Afrika und immer noch untrennbar mit der Geschichte der antikolonialen Kämpfe verbunden, deren Mystifizierung bis in die Gegenwart ein zentrales politisches Element geblieben ist.

Dass es aber auch unter Befreiungsbewegungen an der Macht anders gehen kann, zeigte der erste Präsident des demokratischen Südafrika, Nelson Mandela. Schon zu Amtsantritt machte er klar, dass er nach einer Amtszeit in den Ruhestand treten würde, und erklärte zum Ziel, bis dahin eine geeignete Nachfolge gefunden zu haben. Doch wie das Durchschnittsalter im Zentrum der Macht in diesen Gesellschaften verdeutlicht, bleibt trotz solcher Ausnahmen die Politik weitgehend noch immer eine Angelegenheit alter Männer, deren Beteiligung am Befreiungskampf weiterhin die Legitimation für die Übernahme politischer Macht ist. In Namibia traten für die Wahl des Parteipräsidenten durch den Kongress der SWAPO im November 2017 drei Männer im Alter von 76

Jahren (Hage Geingob), 74 Jahren (Nahas Angula) und 70 Jahren (Jerry Ekandjo) an. Der Gewählte wird fast sicher als Kandidat der Partei für die Präsidentschaftswahlen im November 2019 nominiert und ab 2020 fünf Jahre Staatsoberhaupt sein. Würde das im Lande geltende gesetzliche Rentenalter von 60 Jahren auch auf die politische Führungsriege der Partei angewendet, gäbe es kaum noch ein Mitglied im Politbüro und Zentralkomitee der SWAPO.

Populismus Made in Namibia: Pläne als Heilsversprechungen

Während seiner Amtszeit verabschiedete Namibias erster Staatspräsident Sam Nujoma eine „Vision 2030“ als Zukunftsprogramm für das Land, die trotz aller Utopien, bar jeglichen Realitätsgehalts, seither als offizielles Leitdokument in der Öffentlichkeit unhinterfragt Dreh- und Angelpunkt aller entwicklungspolitischer Pläne und Verlautbarungen ist. So prophezeit diese Vision bis 2030 die völlige Abschaffung von Armut in einem bis dahin industrialisierten Land mit Vollbeschäftigung. Doch nach mehr als der halben Zeitspanne bis dahin bleibt Namibia eines der Länder mit der höchsten Ungleichheit in der Verteilung des relativen Reichtums und einer Arbeitslosigkeit von bis zu 50% unter der jüngeren Bevölkerung, ohne dass eine nennenswerte Industrialisierung stattgefunden hätte. Ungeachtet jeglichen Realitätsgehalts, bleibt die Vision 2030 dennoch das offizielle Grundprogramm auch aller auf Nujoma folgender Regierungen.

Mit Hage Geingob wurde 25 Jahre nach der Unabhängigkeit vermutlich der letzte aus der ersten Generation des Befreiungskampfes, die ab Beginn der 1960er Jahre den Kampf für die Unabhängigkeit führte, mit 86% der abgegebenen Stimmen (!) zum Staatsoberhaupt gewählt. Auffallend war sein Wechsel im offiziellen Diskurs. Mit seiner ersten Rede an die Nation zur Parlamentseröffnung Ende April 2015 knüpfte er an die im Wahlkampf propagierte Parole des

„unifier“ (Einheitsstiftenden) an, indem er das Bild des „namibischen Hauses“ als markante Metapher schuf und seither kultiviert. In diesem Haus soll ihm zufolge für alle Platz sein und niemand draußen bleiben – obgleich er mit homophobischen Ressentiments und der fortgesetzten Weigerung, den auf Seiten Südafrikas kämpfenden Kriegsveteranen wie den SWAPO-Veteranen eine Rente zu gewähren, gleichzeitig auch Gruppen tendenziell ausschloss. Anders als seine Vorgänger ersetzte Geingob jedoch das Bild der SWAPO als Familie und Heimat durch eine parteipolitisch ungebundene Formel. Doch die Frage, wer denn genau wie in diesem namibischen Haus wohnen sollte, wer die besseren Zimmer bezieht und wer diejenigen ohne Balkon, bleibt unbeantwortet. Auch wer kocht und das Geschirr abwäscht, oder sich um die Wäsche kümmert und für die übrige Reinigung im und um das Haus sorgt, bleibt der Mutmaßung überlassen.

Der Metapher des namibischen Hauses ließ Geingob 2016 kurz vor dem fünften nationalen Entwicklungsplan (NDP 5) den „Harambee Prosperity Plan“ (HPP) folgen.¹² Dieser Wohlstandsplan bezieht sich ausdrücklich auf die „Vision 2030“ als weiterhin gültige Grundlage. Er verspricht die völlige Abschaffung von Armut innerhalb seiner fünfjährigen Laufzeit und übernimmt ungehört im eigenen Namen das Motto der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals), dass niemand zurück gelassen würde. Doch folgen den vollmundigen Versprechungen keine konkreten Handlungsanleitungen, wie diese verwirklicht werden sollen. Dummerweise schlidderte parallel zum HPP die Wirtschaft des Landes in eine Krise bis dahin ungekannten Ausmaßes. Diese war unter anderem unter Geingob drastisch gestiegener staatlicher Ausgaben für eine Expansion der Regierung und öffentlicher Aufträge geschuldet. Unter dem HPP erfolgte so bisher eine steigende Arbeitslosigkeit und die Herabstufung des Landes auf Ramschniveau durch internationale Kreditagenturen sowie wachsender

Unmut unter der Bevölkerung, die sich durch die Versprechungen verschaukelt fühlt.¹³ Die amtliche Prüfung für das am 31. März 2016 beendete Haushaltsjahr wies darauf hin, dass alle Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen ihren Etat überzogen, viele zugleich die vorgegebenen Ziele nicht erreicht hatten und die erforderlichen Belege für Ausgaben fehlten.¹⁴ Eine 2016 durchgeführte Untersuchung der Vereinten Nationen ergab, dass 37 Prozent der Bevölkerung unterernährt und 24 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren durch Mangelernährung im Wachstum zurück geblieben waren.¹⁵

Wie das Beispiel Namibia zeigt, ist Vorsicht vor leeren Versprechungen geboten, wenn von den Herrschenden das Schlagwort „Zukunft“ bemüht wird. Hinter den Verheißungen verbirgt sich „oft fauler Zauber. Die Frage, wovon sie ablenken sollen, führt in den meisten Fällen zu einem Ergebnis.“¹⁶

Populismus in Südafrika

Diejenigen, die durch ihre schlechte Regierungsführung die Unterstützung im Volk zunehmend verlieren, suchen einen Ausweg in Verschwörungstheorien. Sie denunzieren nahezu jegliche Form nennenswerter Opposition – selbst in den eigenen Reihen, wie die Machtkämpfe innerhalb des ANC derzeit dokumentieren – als imperialistisch gesteuerte Form versuchten Regimewechsels. Damit werden alle zu Handlangern ausländischer feindlicher Mächte abgestempelt, die politisch zur Bedrohung werden könnten. Der zunehmend unter Druck geratene Jacob Zuma gab sogar in öffentlichen Reden Hexen innerhalb des ANC für Versuche die Schuld, ihn aus dem Amt zu wählen.¹⁷ Ähnlich wie Robert Mugabe und Sam Nujoma erklärte auch er, der ANC würde für immer regieren.¹⁸ Mehrfach stellte er kategorisch fest, die ANC-Herrschaft dauere bis zur Rückkehr von Jesus.¹⁹

Als Zuma im August 2017 das neunte Misstrauensvotum seiner politischen Karriere überstand, reagierte er mit dem Singen von Liedern aus dem Befreiungskampf. Die-

ses Ritual ist ein beliebtes Stilmittel, das an die Unterstützung im Volk appelliert und den Schein aufrecht erhalten soll, dass die Befreier im Amt sind. Solche Symbolik versucht die Solidarität mit den Massen zu dokumentieren und den Glauben zu bestätigen, dass die politische Führung nicht nur seinerzeit große Opfer erbrachte, sondern sich weiterhin für eine bessere Zukunft der Menschen aufopfert. Zuma wandte diese Methode erfolgreich im Kampf um die Nachfolge des als intellektuell von der Allgemeinheit entfremdet geltenden Thabo Mbeki an. Zugleich aktivieren solche Auftritte primäre Identitäten einer „Zulu-Kämpferkultur“. Bei öffentlichen politischen Veranstaltungen intonierte er oftmals das Kampflied „Bringt mir mein Maschinengewehr“ („bring me my machine gun“). – Dies zu einer Zeit, als er wegen der Anklage auf Vergewaltigung vor Gericht stand.

Die Mobilisierung durch Lieder aus dem Befreiungskampf, mit der die neue Elite mittels suggeriertem Patriotismus ihre Versäumnisse zu übertünchen trachtet, wurde von einem Aktivisten sozialer Bewegungen kritisch unter die Lupe genommen. Ihm zufolge reklamiert dies eine positiv besetzte Tradition und assoziiert die Protagonisten mit der Aristokratie im Befreiungskampf. Zugleich dient es der „Vergeschichtlichung“: „They want us to believe that the struggle is over, that all we have is remnants of the old order against whom our anger should be vented.“ Dies lenkt von den Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten unter den jetzt Regierenden ab und täuscht über die Komplizenschaft dieser in den herrschenden Verhältnissen hinweg: „the kleptomaniac proclivities of the new political and economic elite, the advent of black colonialists, attacks on the freedom of media, the massive acts of de-politicisation“ sind für ihn systematische Versuche, vom Kampf um Emanzipation abzulenken.²⁰

Zur Rettungskampagne der Zuma-Riege gehörte, sich als Vorkämpfer gegen das

„weiße Monopolkapital“ in einer Situation neu zu erfinden, in der die südafrikanische Wirtschaft durch die korrupte Klientelwirtschaft in ungeahnten Niederungen landete, die selbst Monopolkapitalisten nicht gelegen sein können. Was als Gefangennahme des Staates („state capture“) zum feststehenden Begriff geworden ist, basiert auf einer systematischen Plünderung des Staatssäckels durch die indischen Gupta-Brüder mit der Zuma-Clique, für die dabei üppige Brosamen abfallen. Dabei bringen systematische Recherchen ein unglaubliches Ausmaß an Bestechlichkeit und Diebstahl öffentlichen Eigentums zutage.²¹ Sie dokumentieren – ähnlich wie im Falle Mugabes – Zumas zentrale Rolle als Dreh- und Angelpunkt staatlicher Pfründewirtschaft, für deren Nutznießer der Verbleib des Populisten im Amt ist: „What began as a story of a shift to the left for the ANC about 10 years ago with the election of a ‚man of the people‘ in Zuma, fast became one of the mere preservation of the same leader. Every effort has been made in all spheres of society to protect the man above the interests of the country. Board rooms of state-owned enterprises have broken all governance rules and become circus shows; institutions have buckled under the pressure from the cause of protecting him.“²²

Ablenkungsversuche vom eigentlichen Grund der akuten sozialökonomischen Krise unterteilen die Bevölkerung in ein „wirkliches Volk“ und dessen Feinde – eine ausländische oder fünfte Kolonne, um dagegen zu mobilisieren. Sie versuchen sich eine erlebte und geteilte historische Erfahrung zunutze zu machen.²³ Dies ist ein riskantes populistisches Spiel der ärgsten Sorte: „Calling on one’s supporters to ‚remain vigilant of certain sections of our population who were the beneficiaries of the old order and are bent to either reversing this achievement or at best stall the progress‘ – as the ANC did on Freedom Day this year – is disturbing to say the least. ‚Ours is to confront those elements intent on undermining the popular electoral mandate

in order to reverse the gains of our hard-won democracy‘, continued the ANC statement. Advice of this kind should come with a cautionary warning: to define a section of the population in these terms can have disastrous consequences.“²⁴

Populismus im Wandel

Doch mehren sich die Zeichen, dass es unter der Bevölkerung wachsende Ressentiments gibt, was diese Formen der Machtausübung betrifft. Insbesondere der fortgesetzte Verweis auf die im Befreiungskampf erworbenen Verdienste wird unter den jüngeren Generationen der frei Geborenen („born frees“) zunehmend kritischer kommentiert. Die Appelle an die der Befreiungsbewegung geschuldeten Loyalität werden anachronistisch und verlieren ihre Wirkung. Dies gilt auch für Angehörige der schwarzen Mittelklasse, die sich keinesfalls einer politischen Vasallentreue verpflichtet fühlen, wie die Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen in Südafrika 2016 dokumentierten. Die Zeit der Populisten ist jedoch keinesfalls vorüber, wie Julius Malema als Führer der Economic Freedom Fighters (EFF) zeigt. Sein Erfolg basiert teilweise auch auf der Wahrnehmung, dass er als jüngere Ausgabe Jacob Zumas nicht in dessen Tradition steht und deshalb die Zukunft verkörpert – auch wenn eine solche Zukunft nicht unbedingt Gutes verheißen muss. Aber Hoffnungsträger sind nicht mehr die alternden Befreiungskämpfer der ersten Generation, deren Politikverständnis in den „struggle days“ verwurzelt ist: „No leader – and no party – deserves a ‚get out of jail free‘ card because of an intellectually shaky myth. To question that ‚the ANC liberated us‘ is not only a matter of historical accuracy, it’s also a necessary, subversive political act, in a present crying out for historiographical honesty.“²⁵

In der US-amerikanischen „Daily Show“ erklärte bereits Mitte November 2016 der südafrikanische Komiker Trevor Noah Donald Trump und Jacob Zuma zu „Brüdern von

einer anderen Mutter“. In der Tat gibt es Parallelen, wie die Positionierung der eigenen Kinder in Geschäften, bei denen die politischen Beziehungen der Väter und deren Rolle in der Regierung als strategische Bezugspunkte genutzt werden, um finanzielle Vorteile heraus zu schlagen. – Solch familiäre Netzwerke gibt es auch in besonderem Ausmaß im dos Santos Familienclan in Angola.²⁶ Sie spielten und spielen auch eine Rolle unter den drei bisherigen Präsidenten Namibias – von den Geschäften des Mugabe-Clans ganz zu schweigen.

Ungeachtet einer ähnlichen populistischen Rhetorik gibt es aber auch Unterschiede zwischen Zuma und Trump. So war Zuma schon seit Jahren im Amt des Präsidenten den Verschleißerscheinungen ausgesetzt, mit denen sich Trump nun konfrontiert sieht. Und er trug dazu bei, dass der bei ihm in politische Ungnade gefallene Führer der ANC-Jugendliga, Julius Malema, seit Gründung der EFF sich erfolgreich ähnliche radikal populistische Parolen zu eigen gemacht hat, mit denen er nun zu einer echten Herausforderung geworden ist. Er okkupiert zunehmend den zuvor von Zuma besetzten politischen Raum, während Zuma nunmehr als Hindernis eines Fortschritts wahrgenommen wird. So sehr er sich bemüht, kann Zuma sich nicht mehr als „Mann des Volkes“ neu erfinden. Eine Tendenz, die nicht unbedingt Besseres verheißt: „It is too late for a comeback, particularly on the back of a populist wave. Zuma now has to make way while bigger and more powerful populists rise, and they might prove to be even more dangerous than he is.“²⁷

Hatten wir nicht in Jacob Zuma schon unseren Donald Trump? fragte auch in einer Zeitungskolumne ein Professor der Universität Pretoria und fuhr fort: „I think Jacob Zuma could teach Donald Trump a thing or two. And if I were Trump, I would seek to learn as much as possible from the rise and especially the imminent fall of Zuma.“²⁸

|| Prof. Dr. Henning Melber

Politikwissenschaftler, außerordentlicher Professor an der Universität Pretoria und am Zentrum für Afrikastudien an der Universität des Free State in Bloemfontein

ANMERKUNGEN

- 1 Ausführlich dazu Canovan, Margaret (1981): *Populism*, New York; dies. (1999): *Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy*, in: *Political Studies* XLVII/1999, S. 2-16.
- 2 Dikeni, Leslie M (2017): *Populism and Nationalism: Implications for South Africa*, in: *Focus. The Journal of the Helen Suzman Foundation*, issue 80, August, S. 14-20 (hier: S. 20).
- 3 Siehe dazu auch Melber, Henning (2017): *Nostalgie und leere Versprechen*, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z)*, Jg. 58, Nr. 3-4, S. 31-32 und Melber, Henning und Chris Saunders (2017): *Populism on the rise as South Africa and Namibia gear up to elect new presidents*. *The Conversation*, 25.5.2017 <https://theconversation.com/populism-on-the-rise-as-south-africa-and-namibia-gear-up-to-elect-new-presidents-77887> [23.10.2017].
- 4 Levitsky, Steven, und Lucan A. Way (2002): *Elections Without Democracy. The Rise of Competitive Authoritarianism*, in: *Journal of Democracy*, 13(2), S. 51-65; Levitsky, Steven, und Lucan A. Way (2010): *Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes After the Cold War*. Cambridge.
- 5 Levitsky, Steven, und Lucan A. Way (2010): *Beyond Patronage: Ruling Party Cohesion and Authoritarian Stability*. Paper prepared for the American Political Science Association Annual Meeting. Washington, DC, 2.-5.9.2010, S. 44 und 45.
- 6 Siehe u.a. die Beiträge in Melber, Henning (Hrsg.) (2003): *Limits to Liberation in Southern Africa. The unfinished business of democratic consolidation*, Cape Town.
- 7 Mpfu-Walsh, Sizwe (2017): *Democracy & Delusion. 10 Myths in South African Politics*, Cape Town, S. 96. Nujoma, Sam (o.D.): *Where we came from*, SWAPO Party web site http://www.swapoparty.org/where_we_came_from.html [21.12.2017].
- 9 Zitiert in Marx, Christoph (2017): *Mugabe. Ein afrikanischer Tyrann*, München, S. 245.
- 10 Jirihanga, Josphat (2017): *Will you let Mugabe rule from the grave?* in: *New Zimbabwe*, 23.2.2017 <http://www.newzimbabwe.com/opinion-34894-Will+you+let+Mugabe+rule+from+the+grave/opinion.aspx> [21.10.2017].
- 11 Marx (2017): S. 261.
- 12 Harambee ist ein geläufiger Swahili-Begriff der schon für die Politik Yomo Kenyattas benutzt wurde und bedeutet sinngemäß „gemeinsam an einem Strick ziehen“.
- 13 Ausführlicher dazu das ergänzende Schlusskapitel in Melber, Henning (2017): *Namibia. Gesellschaftspolitische Erkundungen seit der Unabhängigkeit*. Frankfurt/Main (2. erw. Auflage, urspr. 2014).

- 14 Iileka, Sakeus (2017): Govt overspends, underperforms, in: *The Namibian*, 23.10.2017 <https://www.namibian.com.na/60693/read/Govt-overspends-underperforms> [23.10.2017].
- 15 Cloete, Luqman (2017): 37% of Namibians hungry and undernourished, in: *The Namibian*, 23.10.2017 <https://www.namibian.com.na/60701/read/37pct-of-Namibians-hungry-and-undernourished> [23.10.2017].
- 16 Rühl, Bettina (2016): Vorsicht vor Visionen, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 19.12.2016 <http://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/detail/vorsicht-vor-visionen-1754/> [23.10.2017].
- 17 I know who are the witches at work – Jacob Zuma, in: *politicsweb*, 19.11.2016 <http://www.politicsweb.co.za/news-and-analysis/i-know-who-are-the-witches-at-work--jacob-zuma> [21.10.2017].
- 18 Zuma: The ANC will rule until Jesus comes back, in: *Mail & Guardian*, 8.1.2014 <https://mg.co.za/article/2014-01-08-zuma-the-anc-will-rule-forever> [21.10.2017].
- 19 Ngoepe, Karapo (2016): ANC will rule until Jesus comes, Zuma says again, in: *news 24*, 5.7.2016 <http://www.news24.com/elections/news/anc-will-rule-until-jesus-comes-zuma-says-again-20160705> [21.10.2017].
- 20 wa Bofelo, Mphutlane (2010): "Shoot the Boers!" Deflecting attention from new songs of protest, in: *Pambazuka News*, Nr. 475, 25.3.2010 <https://www.pambazuka.org/governance/%E2%80%98shoot-boers%E2%80%99-deflecting-attention-new-songs-protest> [22.10.2017].
- 21 Siehe dazu die umfassende Studie *Betrayal of the Promise: How South Africa Is Being Stolen*, May 2017 <http://pari.org.za/wp-content/uploads/2017/05/Betrayal-of-the-Promise-25052017.pdf> [22.10.2017].
- 22 Derby, Ron (2017): Whatever it brings, December conference has to happen, in: *Sunday Times/Business Times*, 8.10.2017.
- 23 Simkins, Charles (2017): The Crisis of African Nationalism, in: *Focus. The Journal of the Helen Suzman Foundation*, issue 80, August, S. 35-41 (hier: S. 36).
- 24 Shain, Milton (2017): The surge of illiberal populism: Here, there, everywhere, in: *Focus. The Journal of the Helen Suzman Foundation*, issue 80, August, S. 5-9 (hier: S. 9).
- 25 Mpofo-Walsh (2017): S. 95.
- 26 Dass Präsident Eduardo dos Santos aus Gesundheitsgründen nach 38 Jahren im Amt durch einen handverlesenen Nachfolger abgelöst wurde änderte nichts an der nahezu uneingeschränkten Kontrolle der Familie über die Ökonomie des Landes. Tochter Isabel dos Santos wurde dadurch zur reichsten Frau Afrikas.
- 27 Munusamy, Ranjeni (2016): Out-trumping Trump: Zuma boards another populist flight of fancy, in: *The Daily Maverick*, 21.11.2016 <https://www.google.com/search?q=Out-trumping+Trump%3A+Zuma+boards+another+populist+flight+of+fancy%2C+in%3A+The+Daily+Maverick&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b> [23.10.2017].
- 28 Maluleke, Tinyiko (2016): Ruling parties lose touch with people at their peril, in: *The Sunday Independent*, 4.12.2016 <https://www.google.com/search?q=Ruling+parties+lose+touch+with+people+at+their+peril%2C+in%3A+The+Sunday+Independent&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b> [23.10.2017].

Interview with Jakkie Cilliers

The future of South Africa - dealing with risks of populism

Based on his recent book, Jakkie Cilliers describes three scenarios for South Africa's future, mainly depending on the character of the new leadership of the governing African National Congress, possible changes in government in 2018 and the national elections in 2019. The future of populism in South Africa seems also tied to these scenarios: populist elements of the ANC could try to consolidate their positions, and the Economic Freedom Fighters (EFF) may gain power and influence. In the interview, specific strategies to facilitate job intense economic growth and social cohesion are described as well, including a public service reform, land transfer in rural areas and a new social compact.

Keywords:

Populism - political parties - poverty - inequality - unemployment - corruption - state capture - job intensive growth - inclusive growth - social cohesion - social compact - economic policies - social value - scenarios

The future of South Africa - dealing with risks of populism*

|| Interview with Jakkie Cilliers

Based on his recent book, Jakkie Cilliers describes three scenarios for South Africa's future, mainly depending on the character of the new leadership of the governing African National Congress, possible changes in government in 2018 and the national elections in 2019.

The future of populism in South Africa seems also tied to these scenarios; populist elements of the ANC could try to consolidate their positions, and the Economic Freedom Fighters (EFF) may gain power and influence.



Source: HSS

Dr Jakkie Cilliers is the Chairman of the Board of Trustees of the ISS and Head of African Futures and Innovation at the Pretoria office of the Institute for Security Studies.

He is an Extraordinary Professor in the Centre of Human Rights and the Department of Political Sciences, Faculty of Humanities at the University of Pretoria and a well-known author and analyst. Dr Cilliers founded the ISS in 1991 and, until 2015, served as its executive director. The ISS is a regional think- and do-tank with offices in Dakar, Addis Ababa, Nairobi and Pretoria.

Dr Cilliers has presented numerous papers at conferences and seminars and published a number of books on matters relating to peace and security in Africa. He serves on the editorial boards of the African Security Review and the South African Journal of International Affairs. His current interests relate to issues around South Africa and Africa's long-term future plans.

The economic situation in the country would also have an impact on the risk of growing populism. Suffering from the largest inequality in the world as well as huge and deteriorating unemployment and poverty, South Africa needs to achieve inclusive, sustainable economic growth to address these crises. Currently, political uncertainty largely connected to systematic corruption, "state capture", hinders investment and cross sector collaboration necessary to achieve this. Jakkie Cilliers describes specific strategies a responsible government should follow to facilitate job intense economic growth and social cohesion. He calls for a public service reform, land transfer in rural areas and a new social compact.

The business sector in South Africa has been criticized for insufficient transformation of its culture in several respects. Recently, it also made headlines through corrupt practices in large multinational companies which enable widespread corruption in the government and seriously profit from it. Corporate South Africa must take a stand. It also can and should do more to address inequality and commit to creating social value on a much larger scale than it has done so far.

Business should increase its support for resource-strapped think tanks and NGOs in South Africa as well. This could assist with the focused development of solution oriented socio-economic policies, to be considered by political parties and, hopefully

soon, a more receptive government. Academia and civil society can promote a necessary productive discourse and the strengthening of democracy which are crucial to proactively addressing the dangers of populism.

HSS: *You just published a book called "Fate of the Nation: 3 Scenarios for South Africa's Future". Based on the possible outcomes of the ANC leadership elections mainly at its conference in December 2017, in your book, you describe 3 potential scenarios for the country, "Mandela Magic" (the high road), "Bafana Bafana" (muddling through, more of the same) and "A Nation Divided" (worst case scenario, almost).*

Populism looms large as a theme in your book as well. Could you tell us, in just a handful of points, your views on the best-case and worst-case scenarios for the role of populism in South Africa over the next few years, and describe what you see as the most likely scenario?

Cilliers: The type of populism we see in South Africa is probably generally described as left-wing populism, it's epitomized by the Economic Freedom Fighters (EFF) led by Julius Malema who previously was the leader of the ANC Youth League. Traditionally the ANCYL have played a black nationalist role within the ANC, always of a left-wing, populist, nature. The ANC itself is often accused of talking left and walking right. The main challenge, looking forward: there is a large group of ANC supporters who are disgruntled with the ANC. They are simply not voting or staying away but are not (yet) prepared to vote for an opposition party. This grouping is a potential pool of support for populism.

On top of high levels of poverty and extreme inequality, South Africa has, at the latest count, 28 % unemployment rate. With low growth, these things all feed into populism, and in two of the scenarios, "Bafana

Bafana" and "A Nation Divided", it is possible that the EFF become a kingmaker to the ANC. A kingmaker role would mean that the ANC is forced to rely on an alliance with the EFF to govern. Such an alliance would accelerate the tendency of an ANC under Nkosazana Dlamini-Zuma to adopt fiscally irresponsible policies.

The challenge with left wing populism is that you live beyond your means, and in time, the market punishes a country that does this. South Africa is highly integrated into the global financial system, so our ability to grow without Foreign Direct Investment (FDI) is very limited. If populism becomes mainstream in South Africa, FDI will not flow and South Africa will not grow, because our domestic savings rate is very low and we now again have a high debt burden. But while South Africa's ability to really pursue left wing populism is constrained by those considerations, populism is ultimately about the promise of short term gain at the expense of long-term pain. The main challenge I think is that the traditionalist faction within the ANC, led by Nkosazana Dlamini-Zuma, who have a more socialist black nationalist orientation, may eventually be forced to enter into an alliance with the EFF – making the EFF the kingmakers in South African politics.

HSS: *Assuming that another administration will be in power early next year, or after the 2019 elections - the likelihood of rising populism also appears to depend on economic development and growth. Which economic policies would you recommend that could address slow growth, high unemployment and poverty in South Africa?*

Cilliers: Growing employment in the formal sector lies at the heart of responsible, long term efforts to reduce South Africa's challenges. That can really only happen if a strong, developmentally oriented government seizes every opportunity to grow employment, and that can only happen in partnership with the private sector. South

Africa has run out of the means to expand employment in the public sector in a responsible way. We have a very large public service, 80 % of the South African employment is in the private sector. It is only the private sector that can provide employment and growth, so we need a partnership between government, business and labour – a growth oriented, employment intensive strategy for the future.

That means steering away from huge capital investment projects, like the proposed nuclear build in South Africa, and rather to go for decentralized systems of renewable energy. In the concluding chapter of “Fate of the Nation” I quote extensively from a study done by Prof. Anthony Black at the University of Cape Town (UCT), in pointing to areas where in particular we can expand in the manufacturing sector.

I mention manufacturing because, you know, there are three traditional sectors, the primary, manufacturing and services sectors. Mining is a sunset sector, and like in many other countries, the service sector expands without any help but cannot provide sufficient employment. South Africa really needs to focus on expanding its manufacturing sector which has contracted sharply in recent years. Because of water constraints, South Africa cannot really expand the agricultural sector to the extent that is envisaged in the National Development Plan. We have done various forecasts on the availability of water, and water is the most important constraint on South Africa’s future development prospects.

So, employment expansion through expansion of the agricultural sector offers limited future opportunities. What we need is a partnership between government, labour and business. Looking to create a much more flexible, open economy, I think is absolutely prerequisite for South Africa to grow and to reduce poverty and unemployment.

HSS: *I am wondering if some of the economic policies you are speaking about that could “remedy” the current malaise are prone to be potentially “unpopular” with voters? If so, what could be done to accompany them by further measures that support the poor, that make them more “acceptable” and that show them to be in the interest of the country and the majority? In your book, you refer to public service reform, land transfer in rural areas, you voice some innovative ideas for initiatives on “giving back”, and you mention “economic growth coalitions” including businesses as well.*

Cilliers: In general, streamlining government practice and policy can go a long way in creating a more facilitating growth environment. We have a very large cabinet in South Africa, an absence of leadership, and incoherent and contradictory government policies. The business regulatory environment in South Africa is extremely onerous. On the ease of doing business index, South Africa is not doing well. Simply aligning government policies such that they all point in the same direction, reducing the regulatory burden and creating more flexibility in the economy can already unleash significant growth. The ANC since 1994 has invested significantly in the provision of education, water, sanitation and other areas of human and social capital development. But it is as if government policy and practices within the private sector collude with one another to create disincentives to job creation. Collectively, they serve as a wet blanket over the ability to grow employment and the economy. So, a framework where government policy facilitates small and medium enterprises and really makes it as easy as possible to establish businesses, will already go a long way.

But a so-called market friendly environment will of course run into problems in South Africa. The ANC historically has been in an alliance with the trade unions COSATU and the Communist Party (SACP), and labour in South Africa have effectively framed South Africa’s economic policy. In practice

these policies have been orientated towards poverty reduction, but not towards growth. Organised labour has lost a significant degree of coherence and the partnership with the ANC is fracturing. A new ANC government will have much greater leeway and flexibility in shaping more employment friendly policies, because labour in South Africa no longer represents poor metal workers, or poor mine workers. Most COSATU members are salaried government employees.

One of the most important proposals I make is to simply move towards individual free hold land titles in the former homelands. Government sits on significant amounts of land. But a lot of that land is held under communal land title. By transferring land into individual title hold, government can significantly provide poor rural Africans with a bankable asset and empower them to get involved in agriculture, to enable small business and so on.

So, if one packages greater labour market flexibility with these types of measures it would be much more palatable. Clearly, there need to be more market friendly policies given our integration into the global economy, our dependence on FDI and low domestic rates of savings. But that can be married with a variety of other measures that can offset some of the worst of these measures. In my view, it is really part of a messaging issue. Many of the so-called populist voters in South Africa remain loyal to the ANC but not to an ANC under president Jacob Zuma. Their vote for the EFF is often a protest vote against the ANC, it is not really a vote in favour of many of the policies of the EFF. When I speak to EFF supporters, that is very clearly the image that I get – they see an EFF vote as a protest vote against the ANC.

***HSS:** You have touched on this already now: do you think the “main parties” have distinguishable policies, regarding the*

economy specifically, which are communicated reasonably well to the voters?

Cilliers: I think the EFF as a populist left-wing party struggles with a coherent policy framework, as very often is the case with populist parties. They come up with a series of general statements about free education and work for all, but these policies are not practical and implementable – and South Africa does not have the fiscal space to implement them. Currently the ANC has an incoherent set of policies that is often characterized as “talking left walking right”.

I expect that we will have a new president early next year (2018) who will bring in a new cabinet including a new Finance Minister, which will have to go back to responsible macroeconomic policies – and these are going to be conservative policies that will try to reduce our debt and get South Africa to grow, so that we can avoid a full local currency debt downgrade.

The Democratic Alliance (DA) is the one that struggles the most, without any doubt, despite the fact that it has undergone both a leadership and a policy evolution over the last 3 to 4 years. It has got a black leader, Mmusi Maimane, who has won his own election, and has shifted the DA which had seemed to be very pro big business, into a party that seeks to attract black voters, so it has changed its stance on a variety of areas of South African policy that may have been unthinkable 5 or 6 years ago. But the DA struggles to communicate that reality. The ANC uses the DA’s pro-business background as a kind of a big bat to beat them down, and I think the DA really struggles.

It is difficult to know what the ANC policies are. We have a large incoherent cabinet, we don’t have direction, we don’t have leadership. The implementation of the National Development Plan (NDP) should lie at the heart of the next cabinet and be the most important function of the president. In Fate of the Nation I argue that a new government should first update the NDP, and

then implement it. The NDP presents a coherent set of policies and frameworks for a South Africa that I think the majority of citizens can unite behind.

HSS: *Maybe to just touch on something that I thought was quite a beautiful vision. In your book, you are speaking about giving back, about community based, joined initiatives, where business comes to the party as well, if I can put it that way, in individual communities contributing, in innovative ways. Maybe you can tell us about that briefly.*

Cilliers: Yes, I think it is important that South Africans rediscover a sense of a common destiny, that we really invest in building a common South Africa by bringing labour into business ownership and boards, and where middle class and upper class South Africans really invest in helping poor children and communities, that we create a common sense of destiny in South Africa. That is easy said, but it's really difficult to create, it requires leadership, a sense of empathy, and common engagement from South Africans.

At the moment, South Africa is extremely unhappy and divided, and unnecessarily so. And particularly people in the white community are exceptionally negative about the future of the country. There needs to be a turnaround, that we start to believe in South Africa. We need to really build on a common vision that all South Africans can cohere around. That also means that the ANC needs to go back to its roots. It has a proud history of a non-racial party which it stepped away from under president Jacob Zuma. It has become a black nationalist movement, and that really needs to change.

HSS: *It is often said that, in South Africa, there is mistrust between the business sector and the government. Critics also note that the business sector has not convincingly atoned for its role in the Apartheid years, or explicitly shown regret for its role as a*

beneficiary of Apartheid. It has certainly not done enough to address poverty and other ailments, at times taking a "tick box approach" to Black Economic Empowerment (BEE) and Corporate Social Investment (CSI) regulations. It has allowed excessive executive salaries and even often perpetuated an organisational culture that is not addressing the need to respect and leverage diversity deeply enough.

In the past few months, on top of that, South Africa and the global business world were rocked by scandals, revelations of widespread corruption practiced in South Africa, also by global giants such as KPMG, McKinsey, SAP. Recently, we have seen a business umbrella organisation, Business Leadership South Africa, for instance, coming forward with pledges to stop these practices, to expose them and to prosecute those guilty in their midst, and to work towards addressing societal problems.

In your opinion (and you speak to many captains of industry, as well as to other stakeholders in South Africa), what steps - some of them could be symbolic, some could be more practical - could corporate South Africa take to play a more significant role in addressing the current political and economic crisis (granted that it's difficult with the current government, but that could change soon as we said), to build trust as a major stakeholder in the country, and to work on solutions?

Cilliers: The South African economy is highly concentrated and monopolistic. So, we have the challenge that the current South African private sector and business environment is not conducive to the kind of employment growth we need. Business by its nature defends itself and tries to protect its dominance in whichever sector it operates. For many years after 1994, business thought that South Africa had achieved a political settlement and stepped away from political engagement. I think that those chickens have come home to roost. Business has, I

think, in the last year, realized that much greater effort is required, both from itself and from government. Business wants a clear regulatory framework and it wants stability and predictability. The current government does not provide that. Therefore business is not investing domestically but outside of South Africa, so, hard-nosed discussions and negotiations are required where business and government agree to a set of redistribution targets that are set in stone and that will not be changed, that can provide certainty, for instance within the mining sector.

What is required are clear long-term transformational goals that government and business commit and hold to. We really need a compact, where, across sectors, we agree where we want to go and hold one another to those commitments.

There is a chapter in the book which is called “The republic of no consequences”, which I think describes accurately where South Africa finds itself – nobody is held accountable for anything. And we need to really build accountability, so that there are also transformation targets that we hold one another accountable to. That goes back to the vision of a smaller, more capable, still strong developmental state that empowers the private sector to grow the economy (because only the private sector can grow the economy and employment), but that is regulated and sticks to its goals. The kind of transformation that South Africa is embarking upon is necessarily a long-term task. We have created a culture of entitlement in South Africa and of easy money ... And that unfortunately is a function of the way in which we have implemented Black Economic Empowerment, which is not aimed at supporting broad based black ownership and shareholding but is really aimed at the entitlement of a small group of well-connected black business men and women, and it does very little if anything to change employment levels. We have a fractured country.

The kind of visioning work that was done in “Fate of the Nation” is hugely important for South Africa, that is setting out where the country wants to go and then framing a social compact across business, government and labour to get there. That was very important in the run-up to 1994 and I think it is hugely necessary if we are going to dig ourselves out of the current hole that we are in.

HSS: In terms of the policies that you mention and that you have developed also in your book, generally, do you find that there are quite a few competing think tanks, institutions, academics that develop policies in South Africa? Are they well enough resourced, and capacitated? And what is the situation with political decision makers and potential decision makers, leaders of parties in terms of engaging, being willing to listen, interested? Do you find their ear? And do you think business could also do more to support this policy development, in terms of funding, and to facilitate a stronger public discourse about policies?

Cilliers: I think there is a huge gap in that Government is not drawing upon civil society and think tanks / academia. We have an anti-intellectual president in Jacob Zuma, and an ethos that is actively hostile towards civil society. And this is at a time when the think tank / research community in South Africa is under severe pressure. South Africa has a small number of quality policy institutes such as the Centre for Development and Enterprise in Johannesburg, and others, but the government does not draw on them. There is very little engagement and discussion and debate on policy. It is a highly partisan, divided environment that detracts from our future. So, much more can be done. Business needs to come to the table to support the development of policy, but there needs to be an open and facilitating environment.

I think that will happen. With every change in president in South Africa we have

had a brief spring. I think that next year, we will find that suddenly, a Ramaphosa government, because that is what I expect, will try and open up and provide space for greater public debate and discourse, and I think we need to seize that – and the private sector needs to come to the table with some support for think tanks, and for research, and government, so that we can once again get back to where we were in the late 1990s and mid 1990s, when there was an active exchange of ideas. That space has shrunk, and civil society, think tanks, academia, is almost fighting with government. The business sector can make a significantly larger contribution.

HSS: *We have now talked quite a bit about your proposals to facilitate a South Africa that can stem the danger of rising populism. Of course, your research is always also about demographics. You speak about the growing percentage of younger voters, “born frees” as they are often called in South Africa, those born after the transition to democracy in 1994, and that percentage will of course grow over the next few years. Maybe that is another demographic dividend in this case. On the one hand, you say that these younger voters are less prone to buy into the myth of the ANC as the everlasting liberator of South Africa and be more critical and measure the party more along the lines of current delivery? At the same time, you also point out that a large youth bulge in many countries can contribute to protest potential. So, where do you see South Africa along those two dimensions, in terms of populism and demographics, for the next few elections?*

Cilliers: The median age in South Africa is between 25 and 26 years. Typically, countries with a high youth bulge, defined as a high percentage of population from 15 to 29 years in age, are most at risk of instability and social turbulence. South Africa is therefore exiting this dangerous period – but we have huge inequality, extremely high unemployment, and a stagnant economy. So, the-

se are all driving populism in South Africa. These are characteristics that few other countries share, particularly our high levels of inequality. Structurally, these contribute to the rise of populism. So, we are finely balanced in my view, in terms of the impact that populism can have on South Africa.

South Africa has often been in the “5 minutes to midnight” territory, and that’s more or less where we are again. I think we will again pull back, but our margin for error is becoming decidedly thin.

HSS: *Do you have some additional thoughts you would like to share with us on the theme?*

Cilliers: When we spoke about what can be done: the reality is that even the “Mandela Magic” forecast with its forecast of 3.3 % growth is not sufficient for South Africa, and that much more needs to be done if we are going to reduce poverty and inequality.

The problems that we face are long term structural problems that require long term solutions. There are no short-term solutions to South Africa’s unemployment, poverty and inequality – they are going to be with us for at least the next generation. And that is also a huge concern. So, South Africa will remain volatile, it will remain turbulent, and I think the best answer to this is to grow the economy and to use that growth inclusively – that is the only way you can get out of this.

HSS: *Thank you. Do you see a “Mandela Magic II” as a possibility ... if Cyril Ramaphosa manages to craft these coalitions you spoke about?*

Cilliers: “Mandela Magic” will be very difficult to achieve but not impossible. The first step is a victory for the reformist camp within the ANC during the ANC’s December national conference. Then it requires reform of the ANC. The damage that has been done

to the ANC under Zuma, and the patronage that has seeped into the system, will take a long time to undo. So, the major challenge facing Ramaphosa would be how do you take the ANC that has become a rural, traditionalist, big man party that is deeply corrupt and modernize that towards a party able to manage a South Africa fit for the 21st century?

The more likely scenario is that South Africa will continue to bumble along, it will not implode, but it will take us much longer to work ourselves out of the current challenges that we have. But with the right leadership South Africa can really do much better. We have grown at more than 5% under the Mbeki GEAR program and can do so again.

HSS: Thank you. I hope you will be able to join hands with all the willing ones, to propel us into a "Mandela Magic III".

|| Das Interview wurde von Karin April, Project Officer bei der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika, geführt.

Das besprochene Buch "Fate of the Nation: 3 Scenarios for South Africa's Future" ist 2017 bei Jonathan Ball Publishers erschienen.

*** Das Interview wurde Ende 2017 geführt**

Jochen Lobah

Requiem der Demut – Der Islam zwischen Populismus und politischem Wettbewerb

Seit der historischen Zäsur im Jahre 2011 ist die arabische Welt einem fortschreitenden Ordnungszersplitterung ausgesetzt, der von einer gesellschaftspolitischen Desintegration und dem Aufkommen neuer Antagonismen begleitet wird. Insbesondere die arabischen Republiken, die dem postkolonialen Paradigma eines zivilisatorischen Aufholprozesses gegenüber dem Westen verpflichtet waren, erwiesen sich retrospektiv lediglich als politische Imitate moderner Nationalstaatlichkeit. Im Kontext ordnungspolitischer Vakua sorgte zudem der für einen Demokratisierungsprozess unabdingbare weltanschauliche Pluralismus, der der Region auch vom Westen in hohen Dosen injiziert wurde, für einen signifikanten Anstieg gewaltsamer Konflikte. Die politische Strategie, den wichtigen Stellenwert des Islam durch islamistische Parteien im Zuge freier Wahlen in demokratische Rahmenbedingungen einzubetten, förderte dagegen in ausnahmslos allen arabischen Staaten die soziale Entropie. Erst wenn man den Islam in seiner zeitgenössisch politischen Spielart als Resultat eines ideengeschichtlichen Zusammenpralls mit der westlichen Moderne versteht, lässt sich schonungslos und offen die Frage nach dem Verhältnis von Islam und politischer Macht stellen, das zweifellos ein wesentliches Element der Dauerkrise in der arabischen Welt ausmacht.

Schlagwörter:

Islam und Politik, politischer Islam, Islamismus, Dschihadismus, Takfirismus, Kharidschismus, Mullahkratie, islamischer Populismus, arabische Identitätskrise, schiitisch-sunnitischer Antagonismus, Postkolonialismus

Requiem der Demut – Der Islam zwischen Populismus und politischem Wettbewerb

|| Jochen Lobah

For the spirit cannot be a servant of power – and power does not want to be a servant of the spirit

Muhammad Asad

Dios no pide nuestra „colaboración“, sino nuestra humildad

Nicolás Gómez Dávila

In seinem Spätwerk *West-Östlicher-Diwan* schreibt der Dichturfürst Johann Wolfgang von Goethe: „*Wenn Islam Gott ergeben heißt, im Islam leben und sterben wir alle.*“ Zwar steckte die Arabistik trotz der enormen Verdienste seines Mentors Herder zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch in Kinderschuhen, doch besaß Goethe zweifelsohne Geist und Bildung genug, um im Zuge seiner lebenslangen Auseinandersetzung mit dem Islam Sinn und Bedeutung des Wortes in seiner Tiefe erfassen zu können. In den Augen des Dichters müsse sich „Hingabe an Gott“ in ihrer Quintessenz in Demut und Enthaltensamkeit widerspiegeln, soll sie nicht zu einer entfremdeten Begrifflichkeit entarten. Damit ist Goethes Islamdefinition identisch mit jener muslimischer Rechtsgelehrter, wonach die ungezügelten und ungeordneten Kräfte des menschlichen Willens durch gottesdienstliche Handlungen, *Ibadat*, neutralisiert werden sollen. Am Ende dieses Prozesses steht im besten Falle die Vervollkommnung der Frömmigkeit, *Ihsan* in der islamischen Nomenklatur. Inspiriert vom geistigen Universum des Islam waren Gelassenheit und Sittlichkeit durch Arbeit am Selbst gleichermaßen die großen Leitthemen des Weltdichters Alterswerk.

Kulturfremdes Ideenpotpourri

Kann ein deutscher Dichter der Weimarer Klassik heute dazu beitragen, die politische, ökonomische und soziale Krise in weiten Teilen der arabischen Welt in ihrem Kern besser zu verstehen? Da die arabische Welt nicht nur in einem überwiegenden Maße muslimisch geprägt ist, sondern auch beansprucht, das kulturelle Zentrum der Weltreligion Islam zu verkörpern, kann eine kritische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Religion und Politik möglicherweise Klarheit in die illusorischen Erwartungen bringen, die insbesondere in der nicht-islamischen Welt im Anschluss an die Zäsur von 2011 auf den Nahen Osten und Nordafrika projiziert wurden. Was würde es für das politische Handeln implizieren, nähme man die muslimische Weltanschauung, „Hingabe an Gott“, beim Wort und würde sie unter Missachtung des Zeitgeistes genauer auf ihre politische und soziale Bedeutung hin prüfen? Hätte man es dann nicht eher mit einem anachronistischen Gemeinwesen „verheirateter Mönche“ zu tun, von dem Charles Le Gai Eaton in seinem zeitlosen Klassiker *Islam and the destiny of man* spricht? Worauf konzentriert sich also ein Leben, das dem Gottesdienst gewidmet sein soll, wenn nicht auf Gott selbst? Und welche Rolle kann dabei die Politik einnehmen?

Ernüchterung und Ratlosigkeit sind angesichts der ausbleibenden Demokratieverheißung im Nachgang der Aufstände von 2011 in der arabischen Welt groß. Die gesellschaftspolitischen Erschütterungen in

der Region stehen allenfalls noch für das abrupte Ende künstlich implementierter Nationalstaatlichkeit nach westlichem Vorbild in einer postkolonialen Ära. Die arabische Zivilgesellschaft und der Rest der Welt gingen in der Anfangseuphorie gleichermaßen davon aus, dass das Volk als „Souverän“ das autokratische Herrschaftserbe in den zerbrochenen Ex- und Pseudorepubliken der arabischen Welt antreten würde, obgleich in weiten Teilen der Region kein Volk im modernen Wortsinne vorhanden war, das einem solchen Erbe hätte gerecht werden können. Die komplexen und weitgehend feudal oder oligarchisch geprägten Sozialstrukturen spiegeln im arabischen Kontext bestenfalls einen fragmentierten Volksbegriff mit löchriger Kohäsion wider. Hat das Diktat von politischer Korrektheit im Zusammenspiel mit dem Überschwang der Ereignisse eine nüchterne Analyse arabischer und explizit muslimischer Gouvernamentalität im Keim erstickt? Wie selbstverständlich hielt man ungeachtet der rasch fortschreitenden Desintegration arabischer Staatengebilde an der Grundannahme fest, die arabische Welt würde in Anlehnung an die osteuropäischen Länder nach dem Fall der Mauer denselben linearen Entwicklungsverlauf Richtung Demokratie und westlichen Universalismus einschlagen und dadurch dem Fukuyamaschen Paradigma vom Ende der Geschichte nicht nur zum späten Triumph verhelfen, sondern das Risiko eines *clash of civilizations* endgültig einebnen. Angesichts des Erfolges islamistischer Parteien bei fast allen Wahlen, die noch im Sog der Umbrüche in zahlreichen Ländern der arabischen Welt durchgeführt wurden, entwickelte sich *ad hoc* eine weitgefächerte Debatte über die Demokratiekompatibilität moderner Spielarten des politischen Islam. Denn neu war, dass der Islam erstmals im Rahmen einer parteipolitischen Wettbewerbspolitik in der arabischen Welt mit um die Macht buhlte, nachdem im Dezember 1991 das algerische Militär aufgrund des sich abzeichnenden Sieges einer islamistischen Koalition die Wahlen kurzerhand für

ungültig erklärte. Die Auswirkungen dieses Ereignisses sind noch heute in der Identität und jungen Geschichte des Landes spürbar.

Unberücksichtigt blieb dabei, dass es sich bei dem Phänomen Islamismus und allem, was sich unter diesen Oberbegriff gegenwärtig subsumieren lässt, um ein politisches Ideengut handelt, das seine ideologische Entstehungsgeschichte im Westen verorten muss. Seit die Moderne in Form europäischer Kolonialmächte mit Wucht auf den muslimischen Kulturkreis geprallt war, hatte schließlich auch der Islam sukzessiv seinen Begriffsbestand um das eurozentrische Suffix *-ismus* erweitert. Vorläufige Höhepunkte dieser Entwicklung waren die Gründung der Muslimbruderschaft im Jahr 1928 durch den Grundschullehrer Hassan al Banna in Ägypten und ein gutes halbes Jahrhundert später, 1979, die sogenannte „islamische Revolution“ im Iran. Fortan wurde das einfache und dem Westen entlehnte Schwarz-Weiß-Raster <politisch> oder <unpolitisch> auf einen über tausend Jahre alten gesellschaftspolitischen Konsens projiziert, dessen Quintessenz der Islam mit all seinen politischen, ökonomischen und sozialen Implikationen war.

So lässt sich heute der Raum des Politischen in der islamischen Tradition nur unzureichend durch die Anwendung von Terminologien der europäischen Moderne erschließen. Entsprechend verdankt sich die Existenz puritanisch-politischer Transformationsbewegungen innerhalb einer dem Islam aufoktroierten Modernität letztlich dem direkten Zusammenprall von theozentrischem Weltbild und weltanschaulichem Pluralismus westlicher Prägung. Daher ist die Genese des Islamismus, ungeachtet seiner unterschiedlichen Spielarten, von Beginn an wie selbstverständlich geprägt von antikolonialem und anti-europäischem Impetus und darüber hinaus vom Widerstand gegen den Einbruch neuer Denk- und Verhaltensmuster in die traditionelle Welt des Islam. Nahtlos reiht sich der Islamismus als ideologischer Gegenspieler zu den politischen Ideen des Westens in deren eigene intrinsi-

sche Ideengeschichte ein. Politische Bewegungen oder Parteien mit dezidiert islamischem Referenzrahmen würden folgerichtig besser in den politischen Wettbewerb des demokratischen Heilshorizontes des Westens als in einen muslimischen Kontext passen.

Nüchtern betrachtet könnte das Verhältnis und die Definition von Politik und Herrschaft in der islamischen Geschichte im Vergleich zur europäischen Entwicklung kaum unterschiedlicher akzentuiert sein. Die Komplexität des Verstehens lässt sich hier in erster Linie auf die stark ausgeprägte Heterodoxie zurückführen, will man die Rolle des Politischen als gesellschaftlichen Gründungsmythos von der islamischen Frühzeit in Medina her denken. Auf dieser Basis kann der Nexus von Islam und Politik historisch weder unter laizistischen noch unter theokratischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Vielmehr waren islamische Prinzipien von Beginn in der öffentlichen Politik präsent und gesellschaftspolitisch von außerordentlicher Relevanz. So wurden auch die historisch bedeutsamen post-medinesischen Dynastien der Umayyaden und Abbassiden gemäß des Koran und der Überlieferungen des Propheten von einem Amir oder Kalifen angeführt, der sich selbst der Scharia, dem islamischen Rechtsrahmen, und dem, was muslimische Juristen als solchen definierten, zumindest auf theoretischer Ebene beugen musste. Damit lässt sich der traditionelle muslimische Staat in seiner Wesensnatur zuallererst als theozentrisch, nicht aber als theokratisch bezeichnen. Eine Mehrheit der Muslime möchte auch heute noch den theozentrischen Charakter des Staates bewahrt wissen, insofern der Islam eben nicht vollständig aus dem öffentlichen Raum verbannt werden soll. Gleichzeitig darf aber der theozentrische Rahmen nicht zur Diktatur und moralischen Drangsal entarten und einer absoluten Theokratie den Weg ebnen. Die Berührungspunkte des Politischen und Religiösen waren in der islamischen Staatslehre seit je her eng verflochten, ihr Gleichgewicht war dabei enormen Herausforderun-

gen ausgesetzt und wollte stets sorgfältig gewahrt werden.

In überwiegend muslimisch geprägten Gesellschaftsgefügen sind der öffentliche Raum und das Alltagsleben fraglos erheblich stärker von Religiosität durchdrungen als das aufgrund der historischen Entwicklung in weiten Teilen des Abendlandes der Fall ist. Das sagt noch nichts über die Wertigkeit von Religion an sich aus, ist aber ein Fingerzeig im Hinblick auf ihre Rolle im Bereich der Öffentlichkeit. Zugleich kann daraus nicht geschlussfolgert werden, dass in muslimisch geprägten Staaten politische Entscheidungsprozesse stets in einem Zusammenhang mit dem Islam gedacht werden müssen. Wird Herrschaftslegitimität im westlichen Kontext heute überwiegend von der Repräsentation einer Mehrheitsidee im Rahmen des politischen Wettbewerbs auf verfassungsrechtlicher Grundlage hergeleitet, spielt in der geistesgeschichtlichen Tradition muslimischer Gesellschaften die Rivalität zwischen politischen Ideen und Weltanschauungen lediglich eine untergeordnete oder überhaupt keine Rolle. Doch die globale Dominanz westlicher Weltanschauungsmodelle prägt seit nunmehr einem Jahrhundert mit zunehmender Intensität auch den politischen Diskurs in den paralysierten Gesellschaften der arabischen Welt, wo er sich mehr denn je als destabilisierendes Element erweist. Der Islam als in seiner Tradition verstandener ganzheitlich gesellschaftspolitischer Ansatz ist erst im Zuge der Berührung mit anderen weltanschaulichen Modellen zum ideologischen und damit zum machtpolitischen Wettbewerbsfaktor <entartet>. Die Geschichte wird zeigen, ob er dieser Herausforderung gewachsen ist.

Im Spannungsfeld neuer Antagonismen

Die Dauerkrise in der arabischen Welt lässt sich auch auf die Wucht zurückführen, mit der ein kulturfremdes Ideenpotpourri permanent auf die traditionellen Gesellschaftsgefüge in Nordafrika und im Nahen Osten prallt. Die gesamte Region, mit Aus-

nahme der Golfstaaten, sieht sich angesichts ihrer vor allem ökonomischen „Rückständigkeit“ und politischen Strukturschwäche unablässig gezwungen, auf den materialistisch-liberalen Mainstreamdiskurs der Gegenwart zu reagieren. Seit Ende des Kolonialismus wird die gesamte Region vom Druck des bedingungslosen und blinden Aufholens auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene durch die Spätmoderne getrieben. Mit Blick auf die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts hat diese Aufholjagd in Nordafrika und im Nahen Osten fast ausschließlich soziopolitische und –kulturelle „Imitate“ hervorgebracht. Bedeutende muslimische Reformdenker wie der Algerier Malek Bennabi hatten früh schon die Befürchtung geäußert, dass sich das Ende des Kolonialismus für die arabische Welt aufgrund ihrer zivilisatorischen Schwäche und ihres mangelnden gesellschaftspolitischen Gestaltungswillens als bloßer Papiertiger entpuppen würde. Die politische und wirtschaftliche Richtschnur blieb notwendigerweise das westliche oder universale „Erfolgsmodell“, auch wenn es aus der Perspektive islamischer Rahmenbedingungen bloß ein kulturfremdes, ideologisches Allerlei anbot.

Dass gegenwärtig ausgerechnet die autokratischen Präsidialsysteme säkular-modernen Anstrichs in der arabischen Welt die weitaus stärkste soziale und politische Sprengkraft entfalten, ist bezeichnend für ein solch künstliches Systemimitat, was die jüngsten Entwicklungen, vor allem in Libyen, im Irak und im Jemen schmerzlich bezeugen. Mit Baschar Al Assad sitzt noch immer ein Repräsentant des gescheiterten panarabischen Sozialismus im Zentrum eines unter Schutt und Asche begrabenen Syrien. Dass zudem mit Michel Aflaq, ein an der Pariser Sorbonne ausgebildeter Intellektueller, die Patenschaft über diese politische Utopie innehat, ist einmal mehr Beleg für den nachhaltigen Schaden, den ein schnell injizierter nachkolonialer Ideencocktail in arabischen Gesellschaftsgefügen angerichtet hat.

Nicht minder explosiv aber zeigt sich in diesem Zusammenhang der um einen „zeitgemäßen“ –ismus angereicherte Islam. Die Sympathie, die der politisch-revolutionären Bewegung der Muslimbruderschaft und ihr nahe stehender Parteien mit islamischer Referenz von den ökonomisch und rechtlich gebeutelten muslimischen Massen entgegen gebracht wird, ist angesichts der ökonomisch-rechtsstaatlichen Apartheid zwischen Nord und Süd indes nachvollziehbar.

In diesem fruchtbaren Fusionsklima des Verhältnisses von Islam und Politik setzen „islamische“ Akteure vor allem auf eine religiöse Agenda mit ausgeprägt identitärer Akzentuierung, die sich nicht etwa von Komponenten der Ethnizität herleitet, wie das beispielsweise bei rechtspopulistischen Bewegungen des Westens der Fall ist, sondern rein von der islamischen Orthopraxie her, das heißt, der bedingungslosen Umsetzung islamischer Prinzipien, oder das, was jene Gruppierungen in exklusiver Manier als solche auslegen. Ihre innergesellschaftliche Mission zielt dabei zuvörderst auf die Deutungshoheit der Quellentexte ab. Liegt für rechtspopulistische Bewegungen der politische Ansatz in einer Reduktion auf ethnisch-kulturelle Merkmale, setzen islamisch motivierte Gruppierungen auf die Umsetzung „wahrer“ islamischer Prinzipien, die zugleich als umfassender Lösungsansatz für die enormen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen muslimischer Gesellschaften beansprucht werden.

Darüber hinaus bleibt ihr politisches Programm mit der Kampfansage behaftet, wonach die materialistisch-liberale Universalkultur durchaus herausgefordert werden kann: und zwar nach Grundsätzen ihrer eigenen politischen Philosophie, nämlich der im Westen verankerten Wettbewerbspolitik, und daher ganz nach demokratischer Maßgabe. Stark politisierte Gruppen wie die Muslimbrüder richten ihre Botschaft folglich holzschnittartig an ein breites gesellschaftliches Spektrum und setzen dabei auf die umfassende Reform des Allgemeinwesens zum Wohle des Einzelnen und nicht um-

kehrt. Aus diesem Grund kommt ihre Rhetorik auch nicht ohne religiösen Purismus mit soteriologischem Unterbau aus.

Bemerkenswert ist allerdings, dass der Widerstand gegen diese Form des politischen Islam in wesentlich muslimisch geprägten Staaten nicht nur vonseiten einer politisch-avantgardistischen oder oligarchischen Minderheit kommt, die sich durchaus als säkulare Elite bezeichnen ließe, sondern in beträchtlichem Maße von einer religiös gebildeten Mittelschicht selbst, die eigentlich das potenzielle Wählerklientel politischer Parteien mit islamischem Referenzrahmen abbildet. Hinzu kommt, dass eine nicht unbeträchtliche Anzahl frommer Muslime, ganz abgekoppelt von Fragen des Sozialstatus, machtpolitisches Streben im Namen des Islam entschieden ablehnt. Zugleich sympathisiert ein nicht unbeträchtlicher Anteil von Muslimen mit dieser Form einer starken und offenbar sich selbst behauptenden politischen Philosophie, dem – ismus des Islam, sodass ein tiefer Riss innerhalb muslimischer Solidargemeinschaften die notwendige Folge ist.

Zentraler Reibungspunkt ist hierbei die diametral unterschiedliche Auslegung der Bedeutung Islam oder „Hingabe an Gott“. Muslime, die auf Distanz zu dieser modernen politischen Spielart des Islam gehen, fürchten dabei in erster Linie, dass die noblen und zeitlosen Prinzipien der Religion durch eine Instrumentalisierung für weltliche und ephemere Machtverheißungen in die Niederungen von Eigeninteressen hinabgezogen werden. Der politische Veränderungs- und Modernisierungsdruck in der arabischen Welt hat dabei nicht nur die Entwicklung ganz unterschiedlicher islamistischer Ideologien begünstigt, sondern auch einen harten Wettbewerb adäquater Herrschaftsmodelle unter mehrheitlich muslimisch geprägten Staaten ausgelöst. So rivalisieren derzeit drei politische Herrschaftsmodelle in Nordafrika und dem Nahen Osten um die historische Gunst der Stunde: das expansive Revolutionsmodell Marke schiitische „Mullahkratie“ des Iran, das der letz-

ten, aber verunsicherten Supermacht des sunnitischen Islam, Saudi-Arabien, durch seine bewaffneten Milizen die Führungsrolle selbst auf dem arabischen Halbmond abgerungen hat und dabei vor allem von den zahlreichen innergesellschaftlichen Konflikten in den arabischen Staaten nicht nur moralisch, sondern auch strategisch profitiert. Hinzu kommt trotz enormer Widerstände im Innern arabischer Gesellschaften das populistisch-puritanische Transformationsmodell Marke Muslimbrüder, das „demokratisch“, wo es noch kann, um Macht wirbt, um den ihrer Ansicht nach längst überfälligen Wandel hin zu einer vollkommen frommen und idealisierten muslimischen Gesellschaft voranzutreiben.

Zwischen beiden Modellen gibt es umfassende Berührungspunkte, insbesondere im Hinblick auf die politische Rhetorik, die wesentlich von anti-westlichen und identitären Aussagen geprägt ist sowie in Bezug auf ihren totalitären Systemansatz. Größter Rivale beider sich nicht nur im Palästina-Konflikt solidarischer Modelle bleibt, bedingt durch seine ökonomische Stärke und qualitativ überdurchschnittliche Entwicklungsindikatoren, das altarabische Herrschaftsmodell der Emire und Monarchen. Ein in praktischer Hinsicht über tausend Jahre erprobtes Modell, das den Islam als geistig-soziales Gewebe tief in seine gesellschaftspolitische Praxis integriert hat. So gelingt es derzeit einzig den islamisch geprägten Monarchien und Emiraten, politische Stabilität, ökonomische Entwicklung und eine Aufhebung des Reformstaus in der Region zu gewährleisten. Das gilt selbst für ausgesprochen ressourcenarme Monarchien wie Marokko und Jordanien.

Doch selbst in diesem Zusammenhang zeigt die schwere Krise, die seit Juni 2017 durch die Isolierung des Emirats Katars den bisher stabilen Golf-Kooperationsrat erfasst hat, welche erbitterte Machtkämpfe in der gesamten Region ausgefochten werden. Der Konflikt unter den sunnitischen und wohlhabenden Öl-Emiraten spiegelt auf machtpolitischer Ebene das wider, was sich längst

innerhalb arabischer Gesellschaften im Zuge weltanschaulicher Diskrepanzen als politisch zutiefst verhärtete Dichotomie zeigt. Die Herrschaftseliten in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten betrachten die moralische, finanzielle und logistische Unterstützung populistisch-islamistischer Massenbewegungen seitens des Emirs von Katar inzwischen als „Verrat“ an ihren eigenen gesellschaftspolitischen Idealen. Dazu trägt auch das relativ entspannte Verhältnis des kleinen, aber sehr einflussreichen Emirats Katar zum bevölkerungsreichsten Land der Region, dem Iran, bei. Sein aggressives Revolutionsmodell Marke Islam mit seiner Akzentuierung auf religiöses „Auserwähltsein“ flößt in der Nachbarschaft der eher von politischem Pragmatismus geprägten arabischen Golfstaaten immense Furcht ein. Muslimbrüder und bewaffnete Gruppierungen wie die Hamas sowie die vom Iran unterstützte Hisbollah im Südlibanon und in Syrien setzen bei ihrem politischen Aneignungsversuch der Region auf eine äußerst wirkungsmächtige Methode, die der politischen Vernunft des Islam nicht nur historisch fremd, sondern gleichermaßen ein klassisches Instrument für Machterhalt und Machtergreifung im Rahmen des politischen Wettbewerbs ist: Populismus und Demagogie. Beide Elemente haben wesentlichen Anteil an ihrem „Erfolg“ als größte bewaffnete Nicht-Regierungsorganisationen der Welt, wobei es sich bei der libanesischen Hisbollah durch ihr Mitwirken am parlamentarischen Entscheidungsprozess eher um eine Organisation mit hybridem Charakter handelt. Vor allem die Hisbollah hat sich innerhalb der letzten Jahre mehr und mehr als Erzfeind arabischer Monarchien und Emirate herauskristallisiert, die Stabilität und Prosperität dagegen mit traditionellen und überwiegend technokratischen Formen wirtschaftsliberalen Regierens verbinden.

In den Augen der *Ruling Elite* in den Golfstaaten, in Jordanien und in Marokko, allesamt letzte Überbleibsel eines traditionellen Staatswesens islamischer Prägung,

gefährdet politisch instrumentalisierter Puritanismus nicht nur nachhaltig das wirtschaftliche Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit, sondern darüber hinaus die gesellschaftliche Kohäsion in der gesamten Region. Mehr noch als die Forderung nach politischer Partizipation *per se* fürchten die verbliebenen Monarchen und Emire die langsame Etablierung eindimensionaler Gesellschaftsordnungen totalitärer Prägung und Pharisäertum. Die Vibrationen dieser Kampfansage seitens der Monarchien und Emirate gegen religiöse Eiferer sind selbst im fernen Westen der arabischen Welt, in Marokko, unmissverständlich zu spüren, wo die politische Karriere des ehemaligen Premierministers Benkirane trotz seiner Popularität bei Teilen der städtischen Mittelschicht im Anschluss an die Parlamentswahlen im Jahr 2016 ein jähes Ende nahm.

Der Fall Benkirane ist bezeichnend für die Spannungen im Innern genuin muslimischer Gesellschaften. Zu missverständlich war im Vorfeld und im Nachgang der Parlamentswahlen seine ostentativ zur Schau getragene „Frömmigkeit“ in einem Land, das ein *Emirat al Mu'minin* von bedeutender historischer Prägung ist. Zu groß wurde die durch populistische Äußerungen von subtil-religiöser Konnotation untermauerte Populärrivalität zum Emir, König Mohammed VI. Vor allem mit Blick auf die nicht-arabophone Berberbevölkerung in den ländlichen Gebieten, die die rigide Arabisierungspolitik und puritanische Bevormundung der *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* in religiösen Angelegenheiten ablehnt, fürchtete die marokkanische *Ruling Elite* eine fortschreitende Polarisierung der Gesellschaft durch eine Instrumentalisierung des Islam. Artikel 7 und 41 der Verfassung des Landes machen unmissverständlich klar, dass der Islam nicht als wettbewerbspolitischer Anreiz missbraucht werden darf. Die wenn auch heftig diskutierte verfassungsrechtliche Konsequenz folgte mit der Entmachtung Benkiranes nach erfolglosen und sich monatelang hinziehenden Koalitionsverhandlungen zugunsten eines neuen Premierminis-

ters technokratischer Prägung aus der gleichen Partei.

Marokkos *Ruling Elite* hatte ein Exempel mit unmissverständlicher Botschaft statuiert: Das Land ist ein religiöses Emirat, folglich duldet es keine explizite Islamreferenz auf partei- und wettbewerbspolitischen Ebene, denn noch mehr Islam kann im politischen und verfassungsrechtlichen Kontext nicht gedacht werden. Dabei ließ sich König Mohammed VI auch nicht von der Popularität des Kandidaten beeindrucken. Vielmehr ging es um eine Grundsatzentscheidung für das Land: Eine Weichenstellung für die künftige politische Entwicklung, die nicht von einer weiteren Entfremdung der so unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten gekennzeichnet sein soll. Darüber hinaus ging es auch um die Fortschreibung der Frauenrechte, die unter der von Benkirane geführten Regierungskoalition zumindest intellektuell-moralischen Gegenwind erlitten. Denn Frauen gehören in erster Linie zu den großen Verlierern einer fortschreitenden politischen Islamisierung in der Region. Hinzu kommt die auffällige Obsession islamistischer Gruppierungen, einen Großteil ihrer identitären Muster exklusiv auf das weibliche Geschlecht und die Ebene seines moralischen Habitus zu projizieren. So verschleiert die Rhetorik des islamischen Populismus an der Oberfläche geschickt seine inhärente Misogynie, die auf eine gesellschaftliche Ordnung mit einer radikalnormativen Semiotik von Weiblichkeit abzielt.

Ideenbankrott

Das Bild des traditionellen und in sich ruhenden Muslim ist noch immer charakterisiert durch eine prinzipielle Reserviertheit gegenüber den Versuchungen der Macht. So ist insbesondere im Buch der rechtlichen Bestimmungen (*Kitab al ahkam*) bei Imam Al Bukhari in geradezu redundanter Weise von Mohammed überliefert, dass derjenige, der sich für das Regieren am geeignetsten hält, letztlich am ungeeignetsten dafür sei

(Hadith 7146 / 7147).¹ Auch ist das am Gemeinwohl orientierte Beratungsprinzip (*amruhum shura baynahum*) im Hinblick auf politische Entscheidungen fest im Koran verankert (42:38). Es war vor allem in der Frühzeit des Islam ein zentrales Element der politischen Entscheidungsfindung.

Obgleich es in seiner Institutionalisierung keine Weiterentwicklung erfuhr, kann man noch heute in muslimischen Ländern mit eher tradierten Herrschaftsstrukturen eine erstaunlich offene Ratsversammlung für religiöse, aber auch rein weltliche Angelegenheiten (*Madschlis as-schura*) vorfinden. Doch statt muslimische Gemeinwesen anzuhalten, dieses durchaus demokratische Grundprinzip einem Entwicklungsprozess zu unterziehen und zu reformieren, drängen vor allem externe Akteure oder im Ausland lebende Eliten auf möglichst schnelle Übernahme politischer Gestaltungsmechanismen kulturfremder Art. Dabei könnten couragierte Dezentralisierungsvorhaben, die auf der jüngsten Reformagenda einiger weniger noch intakter arabischer Staaten stehen, durch die Einbindung traditioneller Bürgerversammlungen (*Madschalis al mahaliyya*) und auf basisdemokratischer Grundlage durchaus zu einer effizienten Umsetzung gelangen. Beschlüsse und Empfehlungen könnten über ein Gremium oder einen eigens dafür gewählten Entsandten der Kommune an die nächst höhere Instanz übermittelt und beworben werden. Doch unter zahlreichen Demokratieförderern des Westens, die an ihrem eigenen historischen und universal gewordenen Leitbild kleben, wie auch unter den zahlreichen muslimischen Akteuren, die derzeit ausschließlich damit beschäftigt sind, ihre innergesellschaftlichen Auflösungserscheinungen einzudämmen, herrscht im Hinblick auf politische Entwicklungsvorhaben weitestgehend Ideenmangel und Phantasielosigkeit.

Die Reduktion des Politischen auf den Prozess des bloßen Aufholens im Hinblick auf westliche Entwicklungsstandards hat die Sehnsucht nach politischer Macht und ideologischem Antagonismus in der arabischen Welt geweckt. Letzterer bildet den populären

Nährboden für das machtpolitische Wettrüsten islamisch-identitärer Bewegungen. Am Rande dieser politisch aufgeladenen Sozomanie tummeln sich militante Ableger dieser Ideen, die blinde und nihilistische Gewalt gegen in ihren Augen illegitimen Herrschaftsanspruch und Systeme predigen. Die Renaissance der ultra-pharisäischen und sektiererischen Ideologie der Kharidschiten aus der islamischen Frühzeit durch Gruppen wie Al Qaida und dem sogenannten „Islamischen Staat“ hat muslimische Dynastien, gewählte Volksvertreter und alle anderen politischen Systeme gleichermaßen ins Visier genommen. Ihr *Takfirismus* oder Eifer, anderen Muslimen ihre Religion abzusprechen, hat als Grundlage ein archaisch-manichäisches Weltbild, das nicht auf ethnische, sondern religiöse Säuberung abzielt. Diese Ideologie hat den internationalen Dschihadismus gegenwärtig nicht nur zu einer ubiquitären Widerstandsbewegung werden lassen, sondern hat tief in das Herz muslimischer Gesellschaften auch die historisch aufgeladene Angst vor der *Fitna*, dem Zerfall muslimischer Solidargemeinschaften, der *Ahl al sunna wa al dschama'a* eingepflanzt.

Dabei scheint in Vergessenheit zu geraten, dass Muslime klassischer Überlieferungen zufolge mit Blick auf gesellschaftliche Stabilität und Frieden zur Geduld mit politischen Verantwortlichen gemahnt werden, selbst wenn diese nicht immer nach islamischer Maßgabe oder zum Wohle des Gemeinwesens agieren. Auch hier finden sich in den Standardüberlieferungen bei Imam al Bukhari und Imam Muslim Handlungsmaximen von unmissverständlicher Klarheit und Redundanz. Doch Charaktereigenschaften wie Geduld und Mäßigung im Hinblick auf politisches Handeln muten angesichts der zivilisatorischen Errungenschaften des post-revolutionären Westens im Nachgang seiner prometheischen Kriege wie Ideenkitsch und Fatalismus an. Die Beschleunigung der Zeit und Hyperinflation politischer Ereignisse haben politische Mäßigung als Handlungsoption für die arabische

Welt in ihrem Keim erstickt. Das Resultat überstürzten und unbesonnenen Handelns lässt sich nahezu täglich in negativer Weise am Beispiel der arabischen Welt beobachten. Der Verteilungskampf um die Macht und Einflussnahme ist in vollem Gange und hat die Region mit einer Aura der Ohnmacht überzogen.

So ist das muslimische Kollektivwesen endgültig in seine schwerste geschichtliche Krise seit dem Ende der Abbasidendynastie Mitte des 13. Jahrhunderts und der späteren Dominanz westlicher Kolonialmächte geraten. Sie spiegelt zugleich den konnotativen Verfall der vom Dichterfürsten Goethe so treffend gezeichneten Definition des Muslims in seiner ganzen Dramaturgie wider. Die Frömmigkeit, wesentliche Charaktereigenschaft des Muslim und vom politischen Mainstream mit einer Mischung aus Argwohn und Geringschätzung betrachtet, wird diese Erschütterungen nicht unbeschadet überstehen: Ausgezehrt von den modernen Geboten einer Abkehr von Spiritualität zugunsten des rein Politischen oder aber im Rausch einer radikal-nihilistischen Erhebung gegen diese schwerste aller Demütigungen wird die „Hingabe an Gott“ vielleicht bloß noch in entstellter, unkenntlicher Fratze ihr Dasein fristen. Es bleibt die Erinnerung, so Charles Le Gai Eaton, dass „die soziale Idee des Islam die einer Gemeinschaft ist, in der jedes Individuum innerhalb der ihm oder ihr von der Rechtsordnung zugemessenen Rolle lebt, die Form ausfüllend, welche die Verhältnisse dieser Welt ihm zur Verfügung gestellt haben – sich immer dessen bewusst, dass er jeden Augenblick vor dem Angesicht Gottes lebt – und innerhalb eines sicheren Netzes menschlicher Beziehungen auf einem geraden, vielbegangenen Pfad auf ein Ziel hin wandert, das jenseits des Tores des körperlichen Todes liegt. Die Tatsache, dass eine menschliche Gesellschaft – oder ein großes Netzwerk von Gesellschaften – tausend Jahre lang nach diesem Ideal lebte und keinen Grund sah, es gegen ein anders einzutauschen, sollte Lehre als auch Warnung genug

sein.“² Ein Gedanke, wie er radikaler gegen den populistischen *Eventzeitgeist* nicht hätte formuliert sein können. Tritt der menschliche Hochmut für einen Augenblick aus dem illusorischen Glanz seines Bewusstseins einer rauschenden Zeit zurück, könnte das Nachsinnen über diesen gedanklichen Anachronismus womöglich eine Mäeutik für nachhaltigere Entwicklungsperspektiven in der Region sein.

|| Dr. Jochen Lobah

Auslandsmitarbeiter Marokko

ANMERKUNGEN

- 1 <https://sunnah.com/bukhari/93>
- 2 Le Gai Eaton, Charles (2000): Der Islam und die Bestimmung des Menschen, Diederichs.

Standardüberlieferungen: Sahih al Bukhari, Sahih Muslim

Götz Heinicke

Philippinen: Internationale Aufmerksamkeit aufgrund populistischer Töne

30 Jahre nach Diktator Marcos schafft es erneut ein philippinischer Präsident, regelmäßig in der internationalen Presse zu erscheinen. Die Schlagzeilen werden bestimmt durch Beschimpfungen, geschmacklose Witze, Prahlereien mit Straftaten und den Aufruf zur Tötung von Drogenkriminellen und -abhängigen. Die tatsächliche Entwicklung des Landes mit seinen Problemen und Möglichkeiten bleibt hierbei etwas außen vor. Präsident Duterte ist in seinem Auftreten und mit seiner Sprache nach internationalem Verständnis zumindest sehr gewöhnungsbedürftig. Ganz anders wird die Situation auf den Philippinen gesehen: Präsident Duterte genießt eine rekordverdächtige Popularität. Er nutzt populistische Rhetorik gezielt, um sich von dem bisherigen Politikertypus abzugrenzen. Wir haben 5 unterschiedliche philippinische Bürger aus Anhänger- und Gegnerschaft Dutertes gebeten, dieses Phänomen zu erklären.

Schlagwörter:

Philippinen - Duterte - Popularität - Populismus als Instrument - Hoffnung auf Veränderung

Philippinen: Internationale Aufmerksamkeit aufgrund populistischer Töne

|| Götz Heinicke

Der international heftig kritisierte Staatspräsident Duterte ist in der Bevölkerung beliebt wie keiner seiner Vorgänger

Seit Februar 2016 lebe und arbeite ich nun in Manila. Fast zeitgleich mit meiner Ankunft wurde Rodrigo Duterte im Mai 2016 von über 16 Mio. Filipinos (ca. 38 Prozent) zum neuen Präsidenten der Philippinen gewählt. Bereits seinen Wahlkampf dominierten populistische Töne; nahezu alle westlichen Regierungschefs und sogar der Papst bedachte er mit Kraftausdrücken. Dies führte zu einer erhöhten Aufmerksamkeit der westlichen Medien. Für mich persönlich war dies alles komplett neu. Von 2005 bis Ende 2015 arbeitete ich für die Hanns-Seidel-Stiftung in Kinshasa in der Demokratischen Republik Kongo. Dort gab es zwar im Laufe der Jahre immer wieder kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition, in den Anfangsjahren durchaus auch noch mit Panzern und einer eigenen Armee der Opposition, aber die internationale oder deutsche Aufmerksamkeit für das Land war – abgesehen vom deutschen Bundeswehreinsatz in Kinshasa im Jahr 2006 unter Verteidigungsminister Jung – relativ gering und überschaubar. Auch empfinde ich, seitdem meine Frau und ich auf den Philippinen leben, eine erhöhte Sorge und Nachfrage, wie es uns gehe, von Freunden, Bekannten und auch Mitarbeitern in der Hanns-Seidel-Stiftung, die nicht direkt in das Projekt eingebunden sind, im Vergleich zu den Jahren im Kongo. Selbst Freunde aus Kinshasa erkundigen sich nach unserem Wohlbefinden

und der Sicherheitslage „unter Präsident Duterte“. Dies steht im Widerspruch zu meinem persönlichen Empfinden, wonach die Lebensqualität und auch Sicherheitslage auf den Philippinen durchaus positiver und angenehmer als im Kongo sind. Für mich stellt sich daher die Frage, weshalb ist dies so? Weshalb genießen die Philippinen international so viel Aufmerksamkeit? Ist es aufgrund der vielen Toten, sei es durch Sicherheitskräfte oder Unbekannte, die seit Amtsantritt Dutertes seinem Kampf gegen den Drogenhandel zugeschrieben werden (je nach Zählweise zwischen 3.800 – 13.000 Menschen¹)? Vermutlich nicht, denn sonst wären einige afrikanische Staaten möglicherweise täglich in den deutschen Medien. Nein, der Grund liegt sicherlich darin, dass Präsident Duterte sehr großmäulig – zumindest nach unserem deutschen Empfinden – dieses Vorgehen angekündigt hatte und er darüber hinaus keine Möglichkeit zur Beschimpfung der westlichen Welt auslässt. Genau dies bringt ihm aber auch viel Zustimmung in der Bevölkerung. Für uns vielleicht paradox, für die philippinische Realität jedoch ganz normal.

Wer ist Präsident Duterte?

Der 72-jährige Rodrigo Duterte war mit einigen Unterbrechungen seit 1988 Bürgermeister der Millionenstadt Davao auf Mindanao. In den Jahren, in denen er nicht Bürgermeister war, übernahm seine Tochter diese Position und er übernahm die Funktion des Vize-Bürgermeisters. Nach seinem Wech-

sel in das Präsidentenamt sind seine Tochter und sein Sohn Bürgermeisterin und Vize-Bürgermeister der Stadt Davao. Dies hielt ihn nicht davor ab, zuvor im Wahlkampf öffentlichkeitswirksam gegen die „politischen Dynastien“, in denen die Kinder die politischen Posten ihrer Eltern quasi „erben“, zu wettern.

Rodrigo Duterte ist ein Rechtsanwalt, der nach eigenen Aussagen alle Schulen nur mit mäßigem Erfolg besuchte. Bevor er politische Posten ausübte, arbeitete er in den 70/80er Jahren bei Polizei und Staatsanwaltschaft.

Er war mit einer deutsch-amerikanischstämmigen Philippinin namens Elisabeth Zimmermann verheiratet. Die Ehe wurde im Jahre 2000 annulliert. Dies ist nach philippinischem Recht die einzige Möglichkeit, eine Ehe zu beenden, da es eine Scheidung nach philippinischem Recht nicht gibt.

Während seiner Amtszeit als Bürgermeister genoss er den Ruf, die Sicherheit in der Millionenstadt Davao während seiner Amtszeit als Bürgermeister erheblich verbessert zu haben. Seine Kritiker warfen ihm aber vor, schon während dieser Amtszeit mit sog. Todesschwadronen zusammen gearbeitet zu haben, um Kriminelle und auch möglicherweise politische Gegner eliminieren zu lassen. Duterte widersprach dem zwar, prahlte aber selber damit, er habe Kidnapper erschossen, in Davao „Unruhestifter“ getötet und Verdächtige aus einem Hub-schrauber geworfen.²

Verschlechterung der Menschenrechtslage als Kernpunkt der internationalen Kritik

Das zentrale Thema seines Regierungsprogramms ist die Herstellung von Sicherheit und die Bekämpfung von (Drogen-) Kriminalität. Bereits im Wahlkampf hatte Duterte angekündigt, einen brutalen und mörderischen Kampf gegen die Drogenkriminalität zu führen und für „Recht und Ordnung“ zu stehen. Auch in Deutschland sorgte seine Ankündigung, Kriminelle zu exekutieren und den Fi-

schen in der Bucht von Manila zum Fraß hinzuwerfen, für Schlagzeilen.³

Aufgrund dieser markanten Ankündigungen steht die Entwicklung der Menschenrechtslage auf den Philippinen international unter besonderer Beobachtung. Und Präsident Duterte machte seine Wahlkampfankündigung wahr: Er forderte die Sicherheitskräfte und die Bevölkerung auf, mit aller Härte gegen den Drogenhandel vorzugehen. Er betonte zwar stets, dass sich die Polizei an Recht und Ordnung auf den Philippinen zu halten habe, aber er erweckte zumindest den Eindruck, die Tötung von Drogenkriminellen und auch Drogenabhängigen sei zumindest während seiner Amtszeit legitim und er werde persönlich die entsprechenden Sicherheitskräfte schützen. Auch betonte er wiederholt, er werde persönlich Drogenkriminelle umbringen, sofern dies niemand anders erledige.⁴ Dieser Aufruf blieb nicht ohne Folgen: Allein im zweiten Halbjahr 2016⁵ wurden über 6.700 Menschen, die in den Drogenhandel involviert gewesen seien sollen, getötet; über 2.200 Menschen hiervon im Rahmen von Polizeioperationen und über 4.500 durch unbekannte Täter – Fälle die auf den Philippinen als „außergerichtliche Tötungen“ bezeichnet werden. Damit wurde innerhalb von sechs Monaten die gesamte Amtszeit von Diktator Ferdinand Marcos in den 70er und 80er Jahren weit übertroffen, in der etwa 3.500 Menschen ermordet wurden. Auch die Gesamtbilanz für das Jahr 2017 sieht nicht besser aus. Nach Angaben der Polizei wurden im Jahr 2017 (bis Ende November) 1.800 Menschen im Rahmen von Polizeioperationen (was einen Rückgang bedeutet), aber auch knapp 12.000 Menschen durch unbekannte Täter getötet – Fälle, die dem „Kampf“ der Regierung gegen den Drogenhandel zugeschrieben wurden.⁶

Die Rolle der philippinischen Polizei innerhalb dieses Kampfes gegen den Drogenhandel ist zweifelhaft. Zunächst (im zweiten Halbjahr 2016) waren ausschließlich die operativen Spezial-Einheiten der Polizei (PNP Anti-Illegal-Drug-Group) zuständig und beteiligt. Auch aufgrund massiver Kritik (nach der

Tötung eines südkoreanischen Geschäftsmannes und eines Bürgermeisters aus Leyte in Polizeigewahrsam) fiel die Zuständigkeit zur Bekämpfung der Drogenkriminalität im Januar 2017 den allgemeinen Polizeidienststellen (und somit allen 170.000 philippinischen Polizisten) in Zusammenarbeit mit den lokalen, staatlichen Stellen und dem Innenministerium zu. Die Tötungszahlen (durch die Polizei) gingen darauf zurück (s.o.). Seit Oktober 2017 ist nun die „Philippine Drug Enforcement Agency (PDEA)“ für die Bekämpfung des Drogenhandels verantwortlich.⁷ Da die PDEA allerdings zu klein für diese Aufgabe scheint, ordnete Präsident Duterte im Dezember an, die PNP solle die PDEA zwar bei Operationen unterstützen, die Gesamtverantwortung liege allerdings bei der PDEA.⁸

Auslöser hierfür war die Tötung des Jugendlichen Kian delos Santos durch Polizisten. Die Polizisten beriefen sich zwar auf Notwehr und behaupteten, delos Santos habe sie angegriffen. Allerdings zeigten die Aufnahmen einer Überwachungskamera, dass der schwächliche Jugendliche Sekunden vor seinem Tod von drei Polizisten in einen Hinterhof, indem er dann durch mehrere Kopfschüsse getötet wurde, abgeführt wurde.⁹ Dies lässt die Notwehrtheorie sehr zweifelhaft aussehen. Dieser Fall sorgte erstmalig für massive Aufregung in der Bevölkerung und stellt letztendlich einen Wendepunkt in der Wahrnehmung der Drogenpolitik der Regierung dar.

Präsident Duterte distanzierte sich erstmalig von der Polizei und wiederholte, dass der Schusswaffengebrauch von Polizisten nur in Notwehrsituationen gerechtfertigt ist.¹⁰ Nach der Tötung eines weiteren Jugendlichen im selben Stadtviertel Manilas eine Woche später, vermutete er sogar eine gezielte Kampagne gegen ihn.¹¹ Die beteiligten Polizisten sitzen mittlerweile in Untersuchungshaft und warten auf ihr Verfahren. Bis dieses beginnt, können auf den Philippinen bis zu 15 Jahre vergehen.

Sofern es im Rahmen der Polizeiaktionen zu den über 2.200 (im Jahr 2016) Tö-

tungen gekommen ist, wurde vorgetragen, die Polizei habe stets in Notwehr gehandelt, da die Verdächtigten sich ihrer Festnahme widersetzt hätten. Dies erscheint aus strafrechtlichen und somit auch automatisch menschenrechtlichen Gesichtspunkten sehr fragwürdig. Untersuchungen¹² haben ergeben, dass 97 Prozent der Schusswechsel im Rahmen dieser Polizeiaktionen tödlich für den Verdächtigen verliefen. Grundsätzlich ist die Tötung eines anderen Menschen im Rahmen einer Notwehrhandlung das „letzte Mittel“. Immerhin konnten im Jahr 2017 rückläufige Tötungszahlen (im Rahmen von Polizeioperationen), möglicherweise auch aufgrund nationaler und internationaler Kritik, festgestellt werden. Wobei es gelinde gesagt, - nach deutschem Verständnis - perfide ist, dass der größte Nachrichtensender, ABS-CBN, die Entwicklung der Tötungen durch die Polizei in einer Wachstumstabelle festhält und regelmäßig aktualisiert.¹³

Besorgniserregend sind auch die Fälle der über 16.500 „außergerichtlichen Tötungen“ (in den Jahren 2016 und 2017). Hierbei werden vor allem nachts mutmaßliche Drogenhändler oder Drogenabhängige auf offener Straße oder im privaten Umfeld durch „Unbekannte“ erschossen und den Leichen wird ein Schild mit der Aufschrift „Ich bin ein Drogendealer.“ umgehängt.¹⁴ Nach Angaben der Polizei werden diese Fälle zwar untersucht, aber zu nennenswerten Ergebnissen kam es hierbei – zumindest nach Kenntnisstand des Verfassers dieses Artikels – nicht. Unklar ist, wer die „unbekannten“ Täter sind. Die Frage steht im Raum, ob es sich hier auch bereits um sog. „Todesschwadronen“, also Auftragsmörder, handelt. Präsident Duterte und auch PNP-Chef dela Rosa wurden mehrfach beschuldigt, etwa durch eine zweifelhafte Zeugenaussage im Senat¹⁵, während ihrer gemeinsamen Zeit in Davao mit diesen Gruppierungen zusammen gearbeitet zu haben.¹⁶ Unabhängig von der Frage der Täter ist es aus rechtsstaatlicher Sicht aber in jedem Fall erschreckend, dass es zu diesen Morden kommt und grundsätzlich wohl auch nicht

hinterfragt wird, ob die Ermordeten tatsächlich in den Drogenhandel involviert waren. Auf diese Art und Weise könnten dann auch „missliebige, sonstige Gegner“ ausgeschaltet werden. Berichte hierzu liegen aber bisher noch nicht vor. Aufgrund der erschreckenden Zunahme dieser Morde hat – sehr zum Missfallen von Präsident Duterte – die UN Untersuchungen hierzu angekündigt.¹⁷

Auf den Philippinen selber wurde innerhalb der Bevölkerung das brutale Vorgehen im Kampf gegen den Drogenhandel kaum kritisiert – im Gegenteil in persönlichen Gesprächen erntet Präsident Duterte viel Zustimmung für sein Handeln. Ein Meinungsforschungsinstitut stellte Ende 2017 fest, dass 88 Prozent der Bevölkerung das harte Vorgehen des Präsidenten gegen die Drogenkriminalität begrüßen - widersprüchlicher Weise aber auch gleichzeitig 73 Prozent angaben, dass außergerichtliche Tötungen geschehen und 76 Prozent Angst haben, Opfer dieser Drogenpolitik zu werden.¹⁸ Diese steigende Angst ist auch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Fall delos Santos zu sehen. Zumindest nach subjektivem Empfinden hat es der Popularität Dutertes ebenfalls nicht geschadet, dass sein ältester Sohn Paolo in einer Senatsanhörung des Drogenhandels beschuldigt wurde.¹⁹ Dies wurde mehr als eine der auf den Philippinen üblichen Beschuldigungen zwischen Opposition und Regierung bewertet. Präsident Duterte selber, ließ zu den Anschuldigungen lediglich ausrichten, dass er seinen Sohn umbringen lassen werde, falls die Vorwürfe zuträfen, er sich ansonsten aber aus dem Verfahren heraushalte.²⁰

Anders werden diese Aktionen im Ausland beurteilt und nahezu alle westlichen Staaten drückten Ihre Besorgnis über die Menschenrechtsentwicklung auf den Philippinen aus. Präsident Duterte reagiert hierauf regelmäßig mit Beschimpfungen, Hohn und Spott. Er macht deutlich, dass für ihn nur die Verbesserung der Sicherheit auf den

Philippinen zähle und Menschenrechte vor allem nicht dafür missbraucht werden dürften, um Straftaten zu begehen.

Die internationale Kritik konzentriert sich vor allem auf Sachverhalte mit Bezug zum Drogenhandel und dem Umgang mit politischen Gegnern des Präsidenten. Die übrige Menschenrechtsentwicklung (Gleichberechtigung, Religions-, Meinungs-, Eigentums-, Reise-, Versammlungsfreiheit, etc.) blieb während der bisherigen Amtszeit Dutertes relativ stabil.²¹

Präsident Duterte steht dem Begriff „der Menschenrechte“ eher feindselig gegenüber, da er die Befürchtung hat, Menschenrechte würden Straftäter schützen. Er wurde national und international aufgrund der Menschenrechtssituation kritisiert. Dies führte auf Seiten des Präsidenten zu einer regelrechten Antipathie bzgl. der meisten Organisationen und Regierungen, die die Einhaltung der Menschenrechte forderten. Allerdings betont der Präsident stets und wiederkehrend, sämtliche philippinische Rechte und Gesetze (also auch diejenigen die die völkerrechtlichen Menschenrechte in nationales Recht umsetzen) seien zu achten und zu respektieren. In mehreren präsidentiellen Erlassen bekannte er sich ebenfalls zur Einhaltung der Menschenrechte. Vor diesem Hintergrund sind Projektaktivitäten im Menschenrechtsbereich auf den Philippinen derzeit nicht einfach.

Die Entwicklung der Menschenrechtssituation im Land stellt in den kommenden Jahren daher eine gewaltige Herausforderung für Regierung, Staat, Zivilgesellschaft, Polizei und Justiz dar. Es ist letztendlich Aufgabe aller Akteure in einem demokratischen Staat, sich für den Schutz der Menschenrechte und somit Rechtsstaatlichkeit zu engagieren – dies kann nicht von einer einzigen Person abhängen. Menschenrechtskonflikte können vor allem in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten gelöst werden. Hierzu ist ein gemeinsamer Dialog notwendig.

Populismus als Waffe seiner Regierungsführung

Präsident Duterte setzt gezielt den Populismus als Instrument seiner Regierungsführung ein. Zum einen nutzt er ihn um Ängste zu schüren („Politics of Fear“). Die Politisierung von Kriminalität und Gerechtigkeit nutzt er als Spielwiese, weil sie ein starker Auslöser für moralische Entrüstung in der Bevölkerung ist. Sein Kreuzzug gegen die Drogen zum Beispiel bedient die latente Angst der Öffentlichkeit und politisiert ein normalisiertes Thema. Die populistische Logik, eine „gefährliche Situation“ zu malen, fand bei einer Öffentlichkeit Anklang, die zwar bereits die „Gefahr“ erkannte, jedoch nicht das Vertrauen hatte, den „Feind“ zu benennen und zu beschämen; aus Angst oder Verpflichtung, den Zusammenhalt der Gemeinschaft aufrechtzuerhalten.²² Duterte war in der Lage, Bedenken, die vormals im Hintergrund lauerten, sichtbar zu machen und einer Öffentlichkeit, die sich durch illegale Drogen bedroht fühlte, eine Stimme zu geben. Erst durch den Populismus Dutertes wurde das Thema in den Vordergrund und verstärkt in das Bewusstsein der Bevölkerung geschoben.

Andererseits nutzt Duterte seine populistischen Töne, um Hoffnung zu geben („Politics of Hope“). Es ist ein zentrales Thema in nahezu allen seiner Reden, dass er – zur Not auch alleine, mit seinen eigenen Händen und gegen sämtliche Widerstände innerhalb der internationalen Gemeinschaft – die Drogenkriminalität bis zu deren vollständigen Verschwinden bekämpfen werde und er damit der Garant für eine sichere Zukunft ist.

Des Weiteren darf nicht unterschätzt werden, dass Duterte den Populismus auch nutzt, um sich vom bisherigen Politikertypus der Philippinen abzugrenzen. Auch auf den Philippinen ist ein Präsident, der prahlt, selber getötet zu haben und u.a. den Papst, die EU und den damaligen US-Präsident Obama mit Kraftausdrücken aus dem Rotlichtmilieu beleidigt, neu und gewöhnungs-

bedürftig. Aber Enttäuschung und Unzufriedenheit der philippinischen Bevölkerung mit den bisherigen politischen Dynastien der letzten 30 Jahren gelten auch als Grund, die Popularität Dutertes zu erklären. Letztendlich waren seit Diktator Marcos immer wieder dieselben Politikerfamilien aus dem Großraum Manila an den Schlüsselpositionen der Macht und für die Mehrheit der Filipinos änderte sich wenig; diese lebte weiterhin in Armut. Das Wirtschaftswachstum lag zwar in den letzten Jahren zwischen 6-7 Prozent, dies gleicht aber nur das Bevölkerungswachstum in nahezu gleicher Höhe aus. Die Schere zwischen arm und reich wächst weiter und Armut produziert zwangsläufig Kriminalität, was dann wiederum zu einem Problem vor allem für den Klein- und Mittelstand führt. Auch hatte die Bevölkerung den Eindruck, dass politische Posten in Familien quasi vererbt werden und der vorherrschende Reichtum in den gleichen, einflussreichen Familien verteilt bleibt. Duterte gilt daher als ein Hoffnungsträger für große Teile der Bevölkerung, da er sich mit seinen populistischen Worten offen gegen das „old-establishment“ positioniert.

Weiterhin beste Umfragewerte für Präsident Duterte

Auch eineinhalb Jahre nach Amtsantritt genießt Präsident Duterte weiterhin beste Umfragewerte innerhalb der Bevölkerung. Zum einen sind sehr hohe Zustimmungswerte (etwa im Vergleich zu Europa) für einen Präsidenten der Philippinen durchaus normal und die Erfahrung zeigt, dass diese erst nach ca. 3,5 Jahren sinken. Zum anderen ist aber Präsident Duterte gerade auch im Vergleich zu seinen Vorgängern zum gleichen Zeitpunkt der Amtszeit sehr populär.

Die Beliebtheitswerte der Präsidenten der Philippinen werden seit 1991 durch unabhängige Meinungsforschungsinstitute regelmäßig eingeholt und erfreuen sich einer sehr großen Aufmerksamkeit in der philippinischen Bevölkerung. Auch die Regierung

bezieht sich als Rechtfertigung in Ihren Erklärungen immer wieder auf die Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute. Die beiden bedeutendsten Institute sind wohl Pulse Asia und die Social Weather Station, deren regelmäßige Veröffentlichungen zu den Beliebtheitswerten in der Presse nahezu wie Wahlergebnisse behandelt und analysiert werden. Aus deutscher Sicht ist dieser „Hype“ um die Umfrageergebnisse zumindest gewöhnungsbedürftig.

Bereits bei Amtsantritt stach Präsident Duterte seine Vorgänger mit einem Beliebtheitswert („trust rate“) von 91 Prozent und einem Zustimmungswert („approval rate“) von 86 Prozent aus und stellte neue Bestmarken auf.²³ In der letzten im Jahr 2017 (September) durchgeführten Umfrage erhielt er einen Beliebtheits- und Zustimmungswert von je 80 Prozent. Dies ist weiterhin eine geringfügige Bestmarke für einen Präsidenten 15 Monate nach Amtsantritt. Aber letztendlich ähneln sich die Zustimmungskurven der meisten philippinischen Präsidenten und fast durchgehend alle erzielten zu diesem Zeitpunkt ihrer Amtszeit nach deutschem Verständnis „Traumergebnisse“.²⁴ Gerade diese sehr hohen Werte – etwa im Vergleich zu Europa – beschreiben das Grundvertrauen, das ein philippinischer Präsident zu Beginn seiner Amtszeit genießt und verdeutlicht auch den Respekt der Bevölkerung vor dem Amt des Präsidenten. Zur Wiederholung: Gewählt wurde Rodrigo Duterte im Mai 2016 mit 38 Prozent der Wählerstimmen; einen Monat später stimmten ihm 86 Prozent der Bevölkerung zu.

Auffällig ist, dass Präsident Duterte auch innerhalb des Staates – im Vergleich zu den anderen Trägern der höchsten Staatsämter (Vize-Präsidentin, Senatspräsident, Sprecher des Repräsentantenhauses und der Präsidenten des Obersten Gerichtshofes) – (im letzten Quartal 2017) die mit weitem Abstand höchsten Zustimmungswerte genoss (80 Prozent gegenüber 59 – 31 Prozent).²⁵ Auch diese Werte scheinen sich

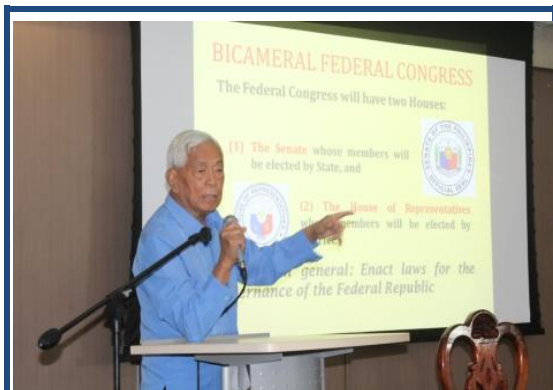
zum Einen mit dem Respekt vor dem Amt des Präsidenten zu begründen. Zum anderen – und wie bereits beschrieben – unterscheidet sich Präsident Duterte vor allem durch seinen Populismus von seinen Vorgängern. Auch dies scheint noch Auswirkungen auf seine Popularität zu haben.

Des weiteren genießt Präsident Duterte hohes Ansehen in allen Bildungsschichten, in allen Landesteilen und bei Männern und Frauen gleichermaßen.²⁶ Auch dies ist sicherlich ein weiterer Indikator für die hohe Zustimmung, die Präsident Duterte aufgrund seines Amtes, aber auch aufgrund seines Auftretens und der Unzufriedenheit mit den bisherigen Politikern genießt.

Gründe für die Popularität Präsident Dutertes

Einem Ausländer fällt es relativ schwer, die Gründe für die Popularität darzustellen. Aus diesem Grund haben wir diese Frage verschiedenen philippinischen Persönlichkeiten gestellt.²⁷ Die dargestellten Sichtweisen und Gründe stellen jedoch in keiner Weise die persönliche Meinung des Verfassers dieses Artikels wieder. Allen Personen war natürlich bewusst und bekannt, dass die Antworten in Deutschland veröffentlicht werden, so dass die Aussagen und Einschätzungen möglicherweise etwas diplomatischer ausfallen; schließlich geht es auch um das Bild der Philippinen in Deutschland. Sie sind jedoch ein Abbild über die derzeitige Situation und Stimmung auf den Philippinen:

1. Senator Aquilino “Nene” Pimentel Jr.



Quelle: HSS

Senator von 1987 – 1992 und 1998 – 2010, ehemaliger Senatspräsident und Innenminister, ehemaliger (frei gewählter) Bürgermeister der Stadt Cagayan de Oro/ Mindanao (1980 – 1984) und Gegner von Präsident Ferdinand Marcos, während dessen Diktatur er mehrfach im Gefängnis saß. Gründer der Partei PDP-Laban im Jahr 1982, der heute auch Präsident Duterte angehört.

Wie „tickt“ Präsident Duterte?

Auch nach dem ersten Jahr seiner sechsjährigen Amtszeit, die 2016 begann, genießt

Rodrigo R. Duterte eine überwältigende Unterstützung in der Bevölkerung.

Die letzten Umfragewerte²⁸ der “Social Weather Station“, einem allgemein anerkannten politischen Meinungsforschungsinstitut auf den Philippinen, beurteilen Dutertes Zustimmungsraten mit 75 Prozent „zufrieden“, 12 Prozent „unzufrieden“ und 10 Prozent „unentschlossen“.

Und dies, trotz (1) der Zunahme an außergerichtlichen Tötungen, die die ersten Monate seiner Amtszeit getrübt haben, (2) des gewalttätigen Aufstandes einiger bewaffneter Banden in Marawi in Mindanao, der – zumindest beim Verfassen dieser Zeilen – immer noch nicht vollständig beendet wurde, und (3) seiner Vorliebe für spontane Witze und Kommentare, die sogar langjährige Freunde und Wegbegleiter falsch verstehen können.

Was fasziniert die Bevölkerung am Präsidenten?

Die Antwort ist einfach. Es scheint, dass zum ersten Mal in der verworrenen Geschichte der Philippinen, die Bevölkerung einen Präsidenten erkennt, dessen Worte (über die Entwicklung des Einzelnen) mit seinen Taten übereinstimmen.

Er (Duterte) sagt, er verabscheut Korruption. Daher entlässt er auch seine eigenen Gefolgsleute und ernannten Beamten in der Regierung, die – offensichtlich - in korrupte Aktivitäten involviert sind.

Er beansprucht, sich nicht von den Interessen anderer bei den notwendigen Reformen beeinflussen zu lassen. Er hat aus diesem Grund sogar Personen aus Regierungsstellen entlassen, die seine Kandidatur als Präsident unterstützten.

Und während er sich mit aller Kraft für den Frieden im Land einsetzt, hält er gleichzeitig die Tür für Friedensgespräche mit bewaffneten Rebellengruppen offen.

Innenpolitisch ermutigt er die Privatwirtschaft, mit der Regierung zusammen zu arbeiten, die Modernisierung der Infrastruktur der Philippinen voran zu treiben und

eine Existenzgrundlage für unsere Leute bereit zu stellen.

Insbesondere fordert er alle Teile unserer Gesellschaft auf, sich mit Energie und Mitteln für die Errichtung eines modernen Eisenbahnsystems auf den Philippinen einzusetzen; dies nicht nur, um die dauerhaften Verkehrsprobleme in der Hauptstadt und in den anderen schnell wachsenden Regionen in Luzon, Visayas und Mindanao zu lösen, sondern auch, damit die Bevölkerung einfacher ihren Verpflichtungen nachkommen kann.

Und international befürwortet er nicht nur die engere wirtschaftliche, soziale und politische Anbindung an die ASEAN-Nachbarländer, sondern er fördert auch friedliche Beziehungen mit Staaten, die in vergangenen Zeiten als unsere „Feinde“ galten. Die Beziehungen mit China sind hierfür ein konkretes Beispiel. Wenn harmonische Beziehungen mit China vorsichtig entwickelt werden, könnten chinesische Kredite und Investitionen einfacher ihren Weg auf die Philippinen finden und erhebliche Beschäftigungsmöglichkeiten für unsere Leute darstellen. Persönlich glaube ich aber auch, dass wir sehr vorsichtig sein sollten, damit die Beziehungen mit China nicht zu einem „Ausverkauf“ unseres Landes führen, wie dies etwa in Hambantota²⁹ in Sri Lanka geschehen ist.

Auch sehen die Menschen es positiv, dass der Präsident öffentlich Gerechtigkeit für zumindest einige Ermordete forderte, die vor einigen Monaten offensichtlich unschuldig im Rahmen der außergerichtlichen Tötungen hingerichtet wurden. Obwohl sich seine Forderung auf einen Einzelfall beschränkte, hat diese auch eine generelle Aussagekraft für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung auf den Philippinen.“

2. Dean Manuel Jaudian



Quelle: HSS

Senator, Kriminologe und Dekan der Universität Nord Mindanao in Cagayan de Oro, Parteimitglied der Duterte-Partei PDP-Laban und Wahlkampfhelder Dutertes.

„Seit der Revolution im Jahr 1986 waren alle Präsidenten der Philippinen keine Juristen und ihr Führungsstil war deswegen ähnlich zurückhaltend. Im Falle von Präsident Duterte ist dies anders: er ist ein Jurist und hat einen anderen, streitlustigeren Führungsstil. Er benutzt juristische Ausdrücke um seine Forderungen einzugrenzen, aber nicht jeder versteht dies. So drohte er beispielsweise öffentlich „Drogenbarone zu töten“, grenzte diese Forderung aber ein, sofern von den Drogenbaronen eine Gefahr ausgeht und somit eine Notwehrsituation vorliegt. Dies ist nicht illegal. Vor diesem Hintergrund wird das Land nun von einem Präsidenten geführt, der seine Gesetze genau kennt. Des Weiteren waren alle Präsidenten vor Duterte niemals Bürgermeister einer Stadt. Im Falle Dutertes wurde er Bürgermeister in Davao City (Mindanao), als damals mörderische Banden der kommunistischen Rebellengruppen ihr Unwesen in der Stadt trieben. Er musste knallhart handeln und reden, um die Sicherheit in der Stadt herzustellen und von den Banden ernst genommen zu werden. Duterte hat kein Monopol auf seine Beschimpfungen und rüden Ausdrucksweisen. Nahezu alle Bürgermeister und Gouverneure in Nord-Mindanao be-

nutzen diese; sind aber etwas vorsichtiger im Umgang mit den Medien.

So wie ich unsere heutige Gesellschaft verstehe, sind die Bürger einfach müde, Politikern und ehemaligen Präsidenten zu zuhören, die zwar wie „nice guys“ aussehen, aber nichts zur Bekämpfung der Kriminalität, inklusive korrupter Politiker, unternommen haben. Ich kann mich erinnern, wie die Wähler während des Wahlkampfes begeistert reagierten, wenn Präsident Duterte sagte „Hört mit den Drogen auf oder ich werde Euch umbringen“ und versprach „Korruption, Misswirtschaft und Untätigkeit in der Regierung und staatlichen Einrichtungen zu beenden“. Die Bevölkerung sah in Duterte jemanden, der seine Macht nutzen wird, das Versagen der Regierung zu beenden und der die Sorgen der Arbeiterklasse in die Regierung trägt.

Es kann nicht geleugnet werden, dass gerade in städtischen Wohngebieten ein massives Drogenproblem existiert und dieses von einigen Politikern verharmlost wird. Gerade in der Mittelschicht war die Erleichterung groß, als Präsident Duterte seinen Feldzug gegen den Drogenhandel begann, denn damit ist die große Chance auf Frieden und Sicherheit in der Nachbarschaft verbunden. Dies ist der Grund, weshalb der Präsident, trotz der umstrittenen außergerichtlichen Tötungen, weiterhin sehr gute Umfrageergebnisse erzielt.

Trotz aller negativer Schlagzeilen und Kritik, gilt Präsident Duterte in der Bevölkerung weiterhin als jemand, der kein Blatt vor den Mund nimmt, um die Korruption zu bekämpfen. In den letzten Jahren gab es keinen Präsidenten, der sehr nahestehende Verwandte und Gefolgsleute wegen Korruptionsvorwürfen entließ, wie dies Präsident Duterte etwa mit Innenminister Sueno getan hat.

Seine Beschimpfungen und Hasstiraden gegen ausgewählte Wirtschaftsgrößen, Oligarchen und einzelne „Wirtschaftszweige“, wie etwa das Online-Glücksspiel, das er verboten hat, werden von der Mehrheit der Bevölkerung zwar als „unorthodox“ angese-

hen, aber doch auch schweigend bestaunt, da diesen erstmalig ein Präsident die Stirn bietet und ihnen „den Weg zum Ausgang weist“.

Der Präsident, der aus dem Süden der Philippinen kommt, wird von den „alteingesessenen Manila-Oligarchen“ als ein feindlicher Eindringling in ihre Interessensphäre betrachtet. Deswegen werden von diesen Oligarchen gezielt vermehrt negative Schlagzeilen über die Beschimpfungen und das lose Mundwerk des Präsidenten, sowie die außergerichtlichen Tötungen produziert und gestreut, als über die Erfolge bei der Bekämpfung des Drogenhandels und der Korruption, sowie der Förderung einer friedlichen und lebenswerten Gesellschaft berichtet wird.

Ein weiterer Grund für die hohe Zustimmung für Präsident Duterte liegt in einer geographischen Besonderheit der Philippinen: Die Menschen aus dem Süden, aus Mindanao und Visayas, unterscheiden sich vom Norden (Luzon). Viele Menschen aus dem Süden neigen auch in Extremsituation noch dazu, Witze zu machen. Dies ist bei Präsident Duterte nicht anders. Personen aus dem Norden der Philippinen können dies nicht nachvollziehen und verstehen. Auch fühlt sich die Bevölkerung aus dem Süden überwiegend als „Zweite-Klasse-Bürger“; dies ist begründet durch jahrzehntelanger Bevormundung durch den Norden, die einseitige, den Süden vernachlässigende wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die benachteiligende Politik der vorherigen Regierungen und das offensichtliche Desinteresse der bisherigen Präsidenten am Süden. Mit Präsident Duterte verknüpft der Süden nun die Hoffnung, dass endlich einige Hauptprobleme durch die Regierung angegangen werden. Auch dies ist ein Grund, weshalb der Präsident vor und nach den Wahlen eine sehr hohe Zustimmung durch die Bevölkerung in Mindanao und Visayas genießt.³⁰

Aktuell steht die Regierung Duterte national und international unter besonderer Beobachtung aufgrund der außergerichtli-

chen Tötungen im Drogenmilieu und dem ausgerufenen Kriegsrecht in Mindanao. Trotzdem wird der Präsident weiterhin die schweigende Stimme der Bevölkerung vertreten, die einfach „die Schnauze voll hat“ von der steigenden Anzahl an Drogensyndikaten, korrupten Beamten und dem ineffizienten und schikanierend bürokratischen Verwaltungsapparat. Die Hoffnung auf Fortschritt und Modernisierung besteht weiterhin, wobei aber auch noch eine Vielzahl von weiteren Reformen, etwa der Wechsel von einem zentralen zu einem föderalen System, bevorstehen und notwendig sind.“

3. Rechtsanwalt Manuel Marlon

„Präsident Rodrigo Roa Duterte präsentierte sich dem philippinischen Wähler im Wahlkampf 2016 als Außenseiter und Einzelkämpfer und setzte sich dadurch von seinen Gegnern ab, in denen der Wähler den üblichen, immer wiederkehrenden Politikertypus erblickte. Er erzielte einen überwältigenden Wahlerfolg mit über 16 Millionen Stimmen (mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen) und mit einem Vorsprung von mehr als sechs Millionen Stimmen zum den Zweitplatzierten. Eineinhalb Jahre nach Amtsübernahme bleibt er weiterhin sehr populär auf den Philippinen, trotz seines ungewöhnlichen und exzentrischen Charakters.

Die Popularität Dutertes leitet sich vor allem von seinem einzigartigen Charakter ab. Im Wahlkampf wurde er als jemand gesehen, der sich komplett von seinen Gegnern unterschied. Und als Präsident ist er anders als alle seine Vorgänger; dies nicht nur aufgrund seiner Persönlichkeit, sondern auch aufgrund seiner Positionen zu gewissen Themen und seiner ungewöhnlichen Prahlerei. Die von ihm aufgeworfenen Wahlkampfthemen waren teilweise komplett neu und nicht schon Gegenstand anderer, vorangegangener Kampagnen. Er versprach etwa die Drogenproblematik auf den Philippinen innerhalb von sechs Monaten zu lösen. Er kündigte an, arbeitsrechtliche Zeit- und Kettenverträge zu verbieten. Als Präsident zeig-

te er Ländern (vor allem den USA), mit denen die Philippinen langfristig und strategisch freundschaftlich zusammengearbeitet hatten und von denen die Philippinen unterstützt wurden, ziemlich respektlos die kalte Schulter. Er sagte den Oligarchen und Business-Tycoons, die in der Vergangenheit als „unantastbar“ galten den Krieg an. Und er begann neue Friedensverhandlungen mit den kommunistischen Rebellen.

Vielen Filipinos, die trotz der Wechsel von einem Präsidenten zu einem anderen, noch keine nennenswerte Veränderung in ihrem Leben hierdurch erlebt hatten, erschien Duterte als Versprechen für „Veränderungen“. Aufgrund von Enttäuschungen mit vorangegangenen Regierungen wurde er



Quelle: HSS

Senator, Menschenrechtsverteidiger, Nationaler Koordinator der NRO „Alternative-Law-Groups“, erfolgloser Kläger gegen das von Präsident Duterte verkündete Kriegsrecht.³¹

zu einer willkommenen Alternative, die zumindest einen Versuch wert war. Und die Bürger ließen sich auf dieses „Spiel“ ein.

In den ersten Monaten der Amtszeit Dutertes wurden, erstmalig seit dem Ende der Marcos-Diktatur, wieder Mord und Totschlag in noch nie da gewesener Höhe begangen – sei es als Ergebnis von vorgeblich legalen Polizeiaktionen im Rahmen des Kampfes gegen den Drogenhandel oder durch Selbstjustiz durch die Bevölkerung. In diesen Monaten wagten nur wenige Personen und Organisationen, Präsident Duterte hierfür öffentlich zu kritisieren. Die Bürger



Quelle: HSS

Mohammed Julkipli ist Rechtsanwalt und Angehöriger der muslimischen Minderheit in Mindanao, ehemaliger Kommissar der National Commission on Muslim Filipinos.

warteten auf die versprochenen Veränderungen und viele betrachteten die Morde als kleines Opfer für die versprochenen Veränderungen – leider. Das war der Einsatz in diesem „Spiel“.

Mit der fortdauernden Amtszeit Dutertes begreifen jedoch mehr und mehr Filipinos, dass die versprochenen Veränderungen nicht eintreten. Das Drogenproblem bleibt bestehen. Die lange erwartete Reform des Arbeitsrechts mit dem Verbot von Zeit- und Kettenverträgen war eine Enttäuschung. Es überrascht daher nicht, dass die neuesten Umfragen einen leichten Rückgang der Popularität Dutertes zeigen. Obwohl er zwar zugegebener Weise weiterhin sehr populär ist, werden die Politik der Regierung Duterte und er selber merklich verändert wahrgenommen.

Noch immer gilt er als „neu, unverbraucht und einzigartig“. Aber seine Einzigartigkeit begründet sich lediglich darin, dass er die Hoffnung für notwendige Veränderungen im Leben der philippinischen Bevölkerung verkörpert. Umso länger Duterte im Amt bleibt, umso höher werden auch die Erwartungen an ihn und die Geduld mit ihm wird abnehmen. Falls er keine Erfolge vorweisen kann, wird er zwar als ein anderer Präsident (im Vergleich zu seinen Vorgängern) gesehen werden, der aber auch keinen Unterschied ausgemacht hat.“

4. Mohammed Julkipli

„Wieso sind Präsident Duterte und seine Regierung so populär auf den Philippinen?“

Die Erfahrung zeigt, dass die Umfragergebnisse nahezu aller philippinischer Präsidenten nach einem Jahr Amtszeit sehr hoch waren und die Präsidenten eine hohe Popularität genossen. Deswegen ist auch die augenblicklich hohe Zustimmung für Präsident Duterte nicht überraschend. Erstaunlich ist jedoch, wie der Präsident es schaffte, die Wahlen zu gewinnen und auch im Amt die Unterstützung durch die Bevölkerung zu konsolidieren, obwohl er politisch national nie nennenswert in Erscheinung getreten war und als ein politischer Außenseiter galt?

Duterte verdankte seinen Erfolg bei den Wahlen zum größten Teil der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem aktuellen Status-quo des Landes und seine Wahl war vor allem auch ein Zeichen der Unzufriedenheit und des Protests gegenüber den bisherigen Regierungen und den Kandidaten, die mehr oder weniger alle aus demselben Umfeld stammten. Seine Wahl und seine massive Unterstützung durch die Bevölkerung stehen sinnbildlich für den Wunsch der Filipinos nach Veränderung, nach etwas „Neuem“. Vor diesem Hintergrund besteht die größte Herausforderung der Regierung Duterte und des Präsidenten selber darin, die Erwartungen und Hoffnungen zu erfüllen. Vor allem an seinen Wahlkampfversprechen, den Themen Kampf gegen die Kriminalität (insbesondere den Drogenhandel), Herstellung von Frieden und Sicherheit, sowie Einführung des Föderalismus wird er sich messen lassen müssen.

Trotz allem kann seit Amtsübernahme Dutertes auch eine veränderte Wahrnehmung seiner Politik, auch bei denen, die ihn unterstützt haben, beobachtet werden: So zeigen zum Beispiel die Ergebnisse der „Social Weather Station“ von Oktober 2017, dass zwar 50 Prozent der Befragten mit der Politik der Regierung zur Bekämpfung des Drogenhandels hoch zufrieden und 30 Prozent „irgendwie zufrieden“ sind. Aber

gleichzeitig gaben 71 Prozent der Befragten an, es sei sehr wichtig, dass die Polizei tatverdächtige Drogenhändler am Leben lasse. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass es einen Widerspruch zwischen der Popularität Dutertes auf der einen Seite und der zum Ausdruck gebrachten Zustimmung für sein Handeln und seine Politik auf der anderen Seite gibt.

Momentan ist es noch zu früh, zu sagen, ob solche aufgezeigten Widersprüche tatsächlich die Popularität Dutertes und seiner Regierung gefährden können. Wie schon erwähnt, wird sich am Ende auch Präsident Duterte an seinen Erfolgen und seinen Wahlversprechen messen lassen müssen. Hier sieht es bisher durchwachsen aus: Dutertes Kampf gegen den Drogenhandel zeigt – diplomatisch ausgedrückt – massive rechtsstaatliche Probleme auf (die den Präsidenten letztendlich auch dazu zwangen, die Zuständigkeiten für das Vorgehen von der Polizei auf die Philippine Drug Enforcement Agency zu übertragen). Die Sicherheits- und Bedrohungslage durch gewalttätige Extremisten etwa in Marawi (Mindanao), aber auch im West-Philippinischen Meer (Südchinesisches Meer) hat sich massiv verschlechtert. Auch alltägliche Dinge, wie die Verbesserung des Straßen- und Schienennetzes zur Verringerung der alltäglichen Staus und Transportprobleme sind noch unendlich weit weg von einer Lösung. Die Friedensgespräche mit den kommunistischen Rebellen der NPA wurden aufs Eis gelegt, während sich die Friedensverhandlungen mit den muslimischen Moro weiter verzögern. Ernsthafte Bedenken gibt es auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung. Ebenso kommt der Föderalismusprozess derzeit nicht voran. All diese Themen müssen eher früher als später angegangen werden.“

5. Eine weibliche Person, die namentlich nicht genannt werden will, die jedoch aus dem Umfeld eines Projektpartners aus dem Menschenrechtsbereich stammt und die nun mit Duterte sympathisiert

„Ich sehe mich als eine gewöhnliche, philippinische Staatsbürgerin aus der sog. „Mittelschicht“. Ich bewundere und unterstütze Präsident Rodrigo Roa Duterte vor allem wegen seiner starken und vorausschauenden Führungspersönlichkeit, sowie seiner erfolgreichen Karriere als Rechts- und Staatsanwalt, Vize-Bürgermeister, Abgeordneter und langjähriger Bürgermeister der Stadt Davao. Er veränderte die Stadt Davao als deren Bürgermeister von einem Hort von Kriminalität und Gewalt in den 70er Jahren zu einer hochmodernen und einer der sichersten Städte der Welt heute. Dies zeugt von Führungskraft, Kompetenz und vom starken Charakter von Präsident Duterte.

Man darf nicht vergessen, dass Präsident Duterte eigentlich gar nicht bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2016 als Kandidat antreten wollte und erst durch das Drängen und Bitten von Leuten aus allen Gesellschaftsschichten überzeugt werden konnte, doch zu kandidieren. Mir persönlich gefällt seine Einfachheit und Offenheit, seine Intelligenz und Bodenständigkeit; er ist eine erfrischende Persönlichkeit im Vergleich zu den bisherigen Politikern, die in unserem Land reichlich vorhanden sind. Ich verfolgte seinen Wahlkampf sehr aufmerksam. Trotz seines ungewöhnlichen Auftretens, war er sehr transparent. Er sagte genau das, was ich hören wollte, um ihm meine Stimme zu geben. Während des Wahlkampfes wurde mir deswegen auch klar, dass er eine gute Chance hatte, zu gewinnen, da ihn Filipinos aus allen Landesteilen massiv unterstützten.

Wieso ist Präsident Duterte auch heute noch so populär? Als Kandidat sprach er genau meine Themen an: Bekämpfung der Kriminalität, der illegalen Drogen und der Korruption. Und auch heute bleibt er bei

diesen Themen und der Erfüllung seiner Wahlversprechen standhaft und durchsetzungsstark. Dies wird von der Bevölkerung honoriert. Nach 15 Monaten im Amt hat er nachgewiesen, pragmatisch und entscheidungsfreudig die Probleme des Landes anzugehen. Ich unterstütze seine starke und harte Haltung gegen Kriminalität, Drogen und Korruption, während ich aber gleichzeitig auch mit den Unterdrückten mitfühle. Präsident Duterte ist ein Mann, der mit Weitsicht handelt und mit seinem Herzen spricht. Er ist vertrauenswürdig, ehrlich und liebt das Land. Bereits im ersten Jahr seiner Amtszeit hat er bewiesen, dass er sich für die Belange und Probleme der Armen und Verletzlichen einsetzt. Und zu guter Letzt, hat sich auch meine persönliche Lebenssituation im ersten Jahr der Amtszeit Dutertes verbessert: meine Wohngegend wurde erheblich sicherer.“

Schlusswort

Die fünf verschiedenen Ansichten und Stellungnahmen führen zu einer gewissen „Unentschiedenheit“, da sie kein klares Bild ergeben. Und genau deswegen beschreiben sie die aktuelle Situation auf den Philippinen sehr gut.

Auf der einen Seite steht der Wunsch der philippinischen Bevölkerung nach einer verbesserten Sicherheitslage. Dieser Wunsch ist verständlich. Laut der freien Online-Enzyklopädie Wikipedia³², die sich auf die Angaben des Büros für Drogenhandel und Kriminalität der Vereinten Nationen („United Nations Office on Drugs and Crime – UNODC“) bezieht, haben die Philippinen die höchste Tötungsrate („homicide rate“) in Gesamtasien, mit deutlichem „Vorsprung“ in Südostasien und sind in etwa mit Nigeria vergleichbar. Diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2014 – und wurden somit noch vor Amtsantritt von Präsident Duterte erhoben. Im Jahr 2012 hatten die Philippinen die höchste Rate an „Amphetaminen-Nehmern“, also Konsumenten der synthetischen Droge Shabu, in ganz Ost-Asien.³³ Auch wenn län-

dervergleichende Zahlen und Statistiken zu Verbrechen stets mit etwas Vorsicht zu genießen sind, so offenbaren diese doch, dass die Philippinen auch im Vergleich zu den Nachbarländern ein Problem in diesem Bereich haben.

Auf der anderen Seite erscheint fraglich, ob Präsident Duterte tatsächlich die Sicherheit verbessern kann. Er hatte im Wahlkampf angekündigt, dies geschehe innerhalb von sechs Monaten. Dieses Versprechen war sicherlich von Anfang an utopisch und niemand hätte dies erreichen können. Die Regierung selbst gab immerhin in ihrem Jahresbericht 2017 an, die Kriminalität sei auf den Philippinen im Vergleich zum Vorjahr um 8,44 Prozent zurückgegangen.³⁴ Ob dies tatsächlich zutrifft und ob der Drogenhandel tatsächlich geschwächt wurde, lässt sich subjektiv nicht einschätzen. Maßgeblich wird letztendlich aber sein, wie die Bevölkerung dies empfindet. Grundsätzlich ist die Begehung von Straftaten kein geeignetes Mittel um Sicherheit herzustellen – im Gegenteil. Dies wird auch vermehrt in der Bevölkerung gesehen. Seit der Tötung des Minderjährigen de los Santos scheint es, dass das Vorgehen der Regierung im Kampf gegen den Drogenhandel verstärkt in der Bevölkerung hinterfragt wird und ein Umdenken stattgefunden hat. Im Zeitalter der neuen Medien verbreiten sich Rechtsverletzungen durch den Staat in Windeseile. Letztendlich und langfristig steht der Präsident daher massiv unter Druck, die Sicherheit im Land zu verbessern und hierbei die Rechte und Gesetze der Republik Philippinen zu beachten. Ob er dies, aufgrund der langjährigen und gefestigten Strukturen im Drogengeschäft, erreichen kann, bleibt abzuwarten. Die ihm zustehende Zeit und die Geduld der Bevölkerung wird allerdings weniger werden. Er wird sich an seinen Erfolgen messen lassen müssen. Hiervon können langfristig auch populistische Töne und Beschimpfungen nicht ablenken.

Ähnlich sieht es bei seinem weiteren Wahlversprechen aus: der Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung im Süden mit

einer damit verbundenen Verbesserung der Lebensqualität in Manila. Die Philippinen sind ein zentralistischer Staat. Die wirtschaftliche Entwicklung findet vor allem im Großraum Manila statt und dieser wirkt wie ein Magnet auf die philippinische Bevölkerung. Die Metropolregion umfasst nach Schätzungen ca. 24 Millionen Menschen und verfügt über so gut wie kein öffentliches Nahverkehrssystem. Die Lebensbedingungen für den überwiegenden Teil der Bevölkerung der Metropole sind daher, mit stundenlangen täglichen Staus auf dem Weg zur Arbeit und schwindendem Wohnraum, bescheiden. Gleichzeitig verlangsamt sich die wirtschaftliche Entwicklung der anderen Landesteile, da die Arbeitsplätze in Manila sind und die ausgebildeten Arbeitskräfte dorthin ziehen. Dies führt zu einer Nord-Süd-Konkurrenz mit einem „reicheren“ Norden und einem armen Süden. Zur Verbesserung dieser Situation ist ein zentrales Anliegen der Regierung Duterte die Schaffung von föderalen oder dezentralen Strukturen auf den Philippinen. Ob ihm dies gelingen wird, bleibt ebenfalls abzuwarten. Zwar haben erste Diskussionen hierüber in den Abgeordnetenhäusern bereits stattgefunden, aber die Diskussion befindet sich noch im Anfangsstadium. Das ihm zur Verfügung stehende Zeitfenster zur Veränderung des Staatsaufbaus wird in jedem Fall kleiner.

Und auch sein drittes Wahlversprechen, die Bekämpfung der Korruption und eine damit verbundene Veränderung der politischen Struktur auf den Philippinen, ist noch nicht erreicht. Wie bereits dargestellt, feuerte Präsident Duterte einige, ihm auch nahe-stehende Amtsträger wegen Korruptionsverdacht. Im Dezember 2017 trennte er sich von weiteren Führungskräften wegen ihrer erhöhten Reisetätigkeiten ins Ausland. Dies alles wurde in der Bevölkerung mit Wohlwollen festgestellt und brachte ihm Anerkennung ein. Allerdings wirft der Rücktritt seines Sohnes Paolo als Vize-Bürgermeister von Davao, nach dem Drogenvorwürfe gegen ihn erhoben wurden, auch Fragen auf.³⁵

Die Menschenrechtsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung auf den Philippinen

Seit 2008 arbeitet die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) erfolgreich an der Schaffung von Grundlagen für einen lokalen Dialog zwischen Zivilgesellschaft, den lokalen, staatlichen Behörden, der Menschenrechtskommission und den Sicherheitskräften (Polizei und Militär) hinsichtlich der Menschenrechtssituation und –verletzungen auf lokaler Ebene. Dieser Dialog beinhaltet auch Menschenrechtsverletzungen, die aufgrund wirtschaftlicher Interessen begangen wurden und bei denen Sicherheitskräfte als Instrumente der Wirtschaft missbraucht wurden. Im Rahmen dieses Programmes arbeiten weiterhin die Sicherheitskräfte auf der einen und die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger auf der anderen Seite auf lokaler Ebene zur konkreten Verbesserung der Menschenrechtssituation zusammen.

Des Weiteren kommt der Polizei eine Schlüsselrolle zu, da sie grundsätzlich die erste Verteidigerin der Menschenrechte ist. Die Achtung der Menschenrechte in der Praxis muss deswegen bereits Gegenstand der Polizeigrundausbildung sein und es besteht fortlaufend der Bedarf den Menschenrechtsschutz in Polizeioperationen zu überwachen und insofern die Menschenrechtskenntnisse der Polizeibeamten zu erhöhen. Aus diesem Grund unterstützt die HSS das Philippine Public Safety College bei der Einführung einer menschenrechtsachtenden, bürgernahen und praxisorientierten Polizeigrundausbildung und die philippinische Polizei bei der Durchführung von Bildungs- und Dialogveranstaltungen für ihre Polizeibeamten zu dem Thema.

Mit all diesen Projektmaßnahmen wurde bereits vor Amtsübernahme von Präsident Duterte begonnen und diese werden unverändert fortgesetzt. Die Teilnehmer bekennen sich in den Veranstaltungen zur Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten. Es gilt weiterhin, gerade diese Kräfte zu unterstützen und zu fördern.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:
<https://www.hss.de/weltweit-aktiv/asien/philippinen/>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Präsident Duterte das Vertrauen der philippinischen Bevölkerung weiterhin genießt. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt seiner Amtszeit durchaus normal. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass nach circa 3,5 Jahren die Zustimmung sinkt. Dies wäre im Dezember 2019 der Fall. Langfristig wird er sich daran messen lassen müssen, ob er seine zentralen Wahlversprechen erfüllen kann. Er benutzt bewusst den Populismus, um sich von anderen Politikern abzugrenzen und - es scheint zumindest – um von innenpolitischen Herausforderungen abzulenken.

|| Götz Heinicke

Auslandsmitarbeiter Philippinen

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Cabico, Gaea Katreena (2017): PNP: 6,225 drug-related deaths, no extrajudicial killings, URL <http://www.philstar.com/headlines/2017/10/07/1746112/pnp-6225-drug-related-deaths-no-extrajudicial-killings> [10.12.2017].
- 2 Vgl. Ramos, Marion (2016): Duterte: I personally killed drug suspects, URL <http://newsinfo.inquirer.net/853420/duterte-i-personally-killed-drug-suspects> [10.12.2017]; Stern (2016): Präsident Duterte brüstet sich, selbst getötet zu haben, URL <http://www.stern.de/politik/ausland/philippinen--praesident-rodrigo-duterte-sagt-er-habe-frueher-selbst-getoetet-7239622.html> [10.12.2017], The Young Turks (2016): Philippines' President: I Love Personally Killing People!, URL <https://www.youtube.com/watch?v=dRuBLEiBqIc> [10.12.2017]; Mendez, Christina (2016): Duterte: I tossed out kidnapper from helicopter, URL <http://www.philstar.com/headlines/2016/12/28/1657436/duterte-i-tossed-out-kidnapper-helicopter> [10.12.2017].
- 3 Vgl. Randa, Pia (2017): To kids, Duterte promises death for criminals, URL <https://www.rappler.com/nation/165990-duterte-death-criminals-front-kids>[10.12.2017].
- 4 ABS-CBN (2017): Duterte says he will personally kill criminals, not order cops, URL <http://news.abs-cbn.com/news/02/06/17/duterte-says-he-will-personally-kill-criminals-not-order-cops>[10.12.2017].
- 5 Vgl. Bueza, Michael (2016): In Number: The Philippines, war on drugs", URL <https://www.rappler.com/newsbreak/iq/145814-numbers-statistics-philippines-war-drugs> [20.12.2017].
- 6 Vgl. Romero, Alexis (2017) : Palace : Drug war hugely successful, URL <http://beta.philstar.com/headlines/2017/12/26/1772165/palace-drug-war-hugely-successful> [27.12.2017].
- 7 Vgl. Mendez, Christina (2017): PDEA takes lead from PNP in drug war, URL <http://beta.philstar.com/headlines/2017/10/11/1747960/pdea-takes-lead-pnp-drug-war> [11.12.2017].
- 8 Vgl. Adel, Rosette (2017): Duterte brings back PNP to war drugs, URL <http://beta.philstar.com/headlines/2017/12/05/1765550/duterte-brings-back-pnp-war-drugs> [05.12.2017].
- 9 Vgl. Bolando, AJ (2017): PNP: Let's not generalize drug war based on Kian's death, URL <http://beta.philstar.com/headlines/2017/08/21/1731314/pnp-lets-not-generalize-drug-war-based-kians-death> [21.12.2017].
- 10 Vgl. Placido, Dharel (2017): Duterte to cops: 'Unlawful killing' not allowed, URL <http://news.abs-cbn.com/news/08/28/17/duterte-to-cops-unlawful-killing-not-allowed> [28.12.2017].
- 11 Vgl. Ramos, Marlon (2017): No proof teen slays part of destab plot, says Acosta, URL <http://newsinfo.inquirer.net/936793/no-proof-teen-slays-part-of-destab-plot-says-acosta> [10.10.2017].
- 12 Vgl. Baldwin, Claire, Marshall, Andrew R.C. und Sagolj, Damir (2016), Police rack up an almost perfectly deadly record in Philippine drug war, URL <http://www.reuters.com/investigates/special-report/philippines-duterte-police> [05.12.2016].
- 13 Vgl. ABS-CBN (2016): MAP, Charts: The Death Toll of the War on Drugs, URL <http://news.abs-cbn.com/specials/map-charts-the-death-toll-of-the-war-on-drugs> [02.01.2018].
- 14 Vgl. Berehulak, Daniel (2016): 'They are slaughtering us like animals', URL https://www.nytimes.com/interactive/2016/12/07/world/asia/rodrigo-duterte-philippines-drugs-killings.html?_r=2 [07.12.2016].
- 15 Vgl. Perez, Arra (2016): Witness: I killed people in Davao City upon orders of Duterte, URL <http://cnnphilippines.com/news/2016/09/15/witness-davao-death-squad-duterte.html> [09.12.2016].
- 16 Die Zeugenaussage war insofern zweifelhaft, da sich der aus einer unteren Bildungsschicht stammende Zeuge sehr in Widersprüche verwickelte Vgl. Morallo, Audrey (2017): Senate panel: Lascañas, Matobato testimonies lack 'probative value', URL <http://beta.philstar.com/headlines/2017/05/22/1702630/senate-panel-lascaas-matobato-testimonies-lack-probative-value> [22.12.2017].
- 17 Vgl. Quismundo, Tarra (2016): UN expert urges Duterte gov't to 'reconsider' demands, URL <https://globalnation.inquirer.net/150824/un-expert-urges-duterte-govt-reconsider-demands> [17.12.2017], Romero, Alexis (2016): UN rights chief: Probe Rody, URL <http://www.philstar.com/headlines/2016/12/21/1655530/un-rights-chief-probe-rody> [21.12.2017], Corrales Nestor (2016) Duterte slams UN rights exec, calls him 'idiot', URL: <http://newsinfo.inquirer.net/855804/duterte-slams-un-rights-exec-calls-him-idiot> [22.12.2017], Alvarez, Katharina (2017): Lacson calls for Senate probe on 'tokhang for ransom', URL <http://www.gmanetwork.com/news/story/596152/news/nation/lacson-calls-for-senate-probe-on-tokhang-for-ransom> [18.12.2017].
- 18 Vgl. Corrales, Nestor (2017): 88% of Pinoys support war on drugs; 73% say EJKs happen—survey, URL <http://newsinfo.inquirer.net/938201/breaking-news->

- pulse-asia-ejks-extrajudicial-killings-war-on-drugs-drugs-survey [16.12.2017].
- ¹⁹ Vgl. Love de Jesus, Juliane (2017): Duterte son, son-in-law show up in Senate for drug probe, URL <http://newsinfo.inquirer.net/928547/breaking-news-paolo-duterte-rodrigo-duterte-mans-carpio-drugs-senate-davao-group-bureau-of-customs-boc> [16.12.2017].
- ²⁰ Romero, Alexis (2017): Duterte to have son Paolo killed if involved in drugs, URL <http://beta.philstar.com/headlines/2017/09/20/1741076/duterte-have-son-paolo-killed-if-involved-drugs> [20.12.2017], Philstar (2017): Duterte: Probe of Paolo, Mans Carpio up to independent bodies, URL <http://beta.philstar.com/headlines/2017/11/01/1754584/duterte-probe-paolo-mans-carpio-independent-bodies> [11.12.2017].
- ²¹ Anmerkung des Verfassers: Der Artikel wurde im November/Dezember 2017 geschrieben. Am 16.01.2018 entschied die "Security and Exchange Commission" (SEC) der Online-Nachrichtenseite "Rappler", aus der auch in diesem Artikel zitiert wurde, die Zulassung zu entziehen. Sollte diese Entscheidung der SEC aufrecht erhalten bleiben, so wäre dies - falls nicht durch geltendes Recht gerechtfertigt - ein schwerer Verstoß gegen die Presse- und Meinungsfreiheit.
- ²² Vgl. Mark R. Thompson: The Early Duterte Presidency in the Philippines, *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 35, Nr. 3 (30. Januar 2017): 6.
Vgl. Julio C. Teehankee, „Weak State, Strong Presidents: Situating the Duterte Presidency in Philippine Political Time“, *Journal of Developing Societies* 32, Nr. 3 (1. September 2016): 14.
- ²³ Vgl. Abs-Cbn (2017): Duterte is most trusted among 4 most recent Presidents: Pulse Asia, URL <http://news.abs-cbn.com/news/11/10/17/duterte-is-most-trusted-among-4-most-recent-presidents-pulse-asia> [10.12.2017].
- ²⁴ Vgl. Social Weather Station (2017): Fourth Quarter 2017 Social Weather Survey: Pres. Duterte's Net Satisfaction Rating rebounds to "Very Good" +58; 62% oppose Martial Law extension in Mindanao; 66% say the AFP can suppress the Maute group and Abu Sayyaf even without Martial Law, URL <https://www.sws.org.ph/swsmain/artcldisppage?artcsyscode=ART-20171222105042> [22.12.2017].
- ²⁵ Vgl. Abs-Cbn (2018): Duterte keeps high trust, approval ratings - Pulse, URL <http://news.abs-cbn.com/news/01/08/18/duterte-keeps-high-trust-approval-ratings-pulse> [08.01.2018].
- ²⁶ Social Weather Station (2017): Fourth Quarter 2017 Social Weather Survey: Pres. Duterte's Net Satisfaction Rating rebounds to "Very Good" +58; 62% oppose Martial Law extension in Mindanao; 66% say the AFP can suppress the Maute group and Abu Sayyaf even without Martial Law, URL <https://www.sws.org.ph/swsmain/artcldisppage?artcsyscode=ART-20171222105042> [22.12.2017].
- ²⁷ Die Antworten wurden in englischer Sprache gegeben und wurden vom Verfasser dieses Artikels persönlich übersetzt. Die englischen Originalzitate liegen im Projektbüro der Hanns-Seidel-Stiftung in Manila vor.
- ²⁸ Anmerkung: Im dritten Quartal 2017.
- ²⁹ Hambantota ist eine Stadt in Sri Lanka, die im Jahr 2004 erheblich von dem Tsunami zerstört wurde. China hat den Hafen in Hambantota für eine Dauer von 99 Jahren gepachtet und besitzt dadurch quasi eine eigene Kolonie - nach dem Vorbild des Vereinigten Königreichs in Hong Kong – in Sri Lanka. Die Kritiker werfen Sri Lanka vor, einen Teil seiner Unabhängigkeit verkauft zu haben.
- ³⁰ Anmerkung: Die letzten Umfrageergebnisse zeigen zwar, dass die Zustimmung für Präsident Duterte in seiner Heimatregion am höchsten sind, diese aber mit „sehr gut“ in allen Landesteilen bewertet werden. Vgl. Social Weather Station (2017): Fourth Quarter 2017 Social Weather Survey: Pres. Duterte's Net Satisfaction Rating rebounds to "Very Good" +58; 62% oppose Martial Law extension in Mindanao; 66% say the AFP can suppress the Maute group and Abu Sayyaf even without Martial Law, URL <https://www.sws.org.ph/swsmain/artcldisppage?artcsyscode=ART-20171222105042> [22.12.2017].
- ³¹ Vgl. Torres-Tupas, Tetch (2017): Marawi women file 5th petition for SC to nullify Mindanao martial law, URL <http://newsinfo.inquirer.net/904068/marawi-women-file-5th-petition-for-sc-to-nullify-mindanao-martial-law> [09.12.2017].
- ³² Wikipedia (2018): List of countries by intentional homicide rate, URL https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_intentional_homicide_rate [08.01.2018]
- ³³ Vgl. Esplanada, Jerry E. (2012): UN drug report: Philippines has highest rate of shabu use in East Asia, URL <http://newsinfo.inquirer.net/168143/un-drug-report-philippines-has-highest-rate-of-shabu-use-in-east-asia> [27.12.2017]
- ³⁴ Vgl. Romero, Alexis (2017): Palace: Drug war hugely successful, URL <http://beta.philstar.com/headlines/2017/12/26/1772165/palace-drug-war-hugely-successful> [27.12.2017].
- ³⁵ Vgl. Regalado, Edith (2017): President Duterte's son Paolo resigns as Davao city vice mayor, URL <http://beta.philstar.com/headlines/2017/12/25/1771854/president-dutertes-son-paolo-resigns-davao-city-vice-mayor> [25.12.2017].

Bernhard Seliger

Populistische Politik und die Krise der ökonomischen und politischen Integration in Ostasien

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung, die Ostasien in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat, war mehr durch nationale Anstrengungen und bilaterale Kooperation und weniger durch regionale Institutionen vorangetrieben, die etwa in Europa eine sehr große Rolle gespielt haben. Dennoch schien sich auch in Ostasien eine stärkere Institutionalisierung wirtschaftlicher und politischer Integration anzubahnen, etwa vom losen Zusammenschluss APEC hin zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP). Allerdings hat auch in Ostasien der Populismus zu einer Neubewertung der Integration geführt, die jetzt wesentlich mehr unter dem Gesichtspunkt unmittelbarer Vorteile gesehen wird. Dadurch entstehen eine Reihe von Konflikten, die die politische und wirtschaftliche Agenda Ostasiens in der Zukunft mitbestimmen werden.

Schlagwörter:

Ostasien - Integration Ostasien - Populismus - APEC - AFTA - ASEAN - TPP - THAAD

Populistische Politik und die Krise der ökonomischen und politischen Integration Ostasiens

|| Bernhard Seliger

Diskussionen um politischen Populismus drehen sich zumeist um Populismus in den Demokratien des Westens – Europa und den USA – und die autoritären, aber dennoch auf einer Zustimmung des Volkes basierenden Staaten in Osteuropa (insbesondere Russland), dem Nahen Osten (etwa in der Türkei) und Lateinamerikas. Ostasien steht weniger im Blickpunkt, dennoch kann man dort auch eine Tendenz zu politischem Populismus erkennen, die nicht nur innerstaatliche Auswirkungen hat, sondern auch die Hoffnung auf ein Zusammenwachsen der Region zunichte machen könnte.

Anfänge regionaler Integration in Ostasien

Die Bestrebungen zu wirtschaftlicher Integration sind in Ostasien lange Zeit verhalten gewesen. Auch die Organisationen der politischen Integration wie ASEAN führten lange Zeit ein Schattendasein. Gleichzeitig entwickelten sich jedoch – und dies ist ein Spezifikum der asiatisch-pazifischen Integration – Formen der regionalen Integration, die im Westen kaum beachtet wurden. Als in den späten achtziger Jahren das Interesse an der erfolgreichen Entwicklung der ostasiatischen Staaten anstieg, wurden auch die Aussichten der regionalen Integration genauer untersucht. Gleichzeitig ergab sich Anfang der neunziger Jahre – auch durch Befürchtungen vor der fortschreitenden Integration in Westeuropa, die zu einem "fortress Europe" führen könne, und vor dem weltweiten neuen Regionalismus – ein neuer Schub für regionale und inter-

regionale Integration in Ostasien, insbesondere durch die Gründung der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation). In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wurde die entstehende Wirtschaftsintegration in Ostasien als "de facto" Integration im Gegensatz zur europäischen institutionalisierten "de iure" Integration gedeutet. Damit schien sie die adäquate Form der Wirtschaftsintegration in einer Region zu sein, die eine weitaus größere Heterogenität als etwa Europa aufwies, vor allem bei den politischen Systemen, aber auch den Wirtschaftssystemen. Institutionalisierte Formen der Integration schienen etwa zwischen Ländern, die durch politische Konflikte, ideologische Differenzen und geschichtliche Gegensätze gekennzeichnet waren, nicht möglich. Die "Unterinstitutionalisierung" wurde ausgeglichen durch den Pragmatismus der Staaten, für die gegenseitiger Handel wichtiger und politische Unterschiede weitaus erträglicher erschienen, als dies etwa in Europa der Fall war.

In den entstehenden politischen Integrationsgebieten und Wirtschaftsräumen wie der ASEAN und APEC waren die Prinzipien der Freiwilligkeit, gekoppelt mit „peer pressure“, d.h. der Vorbildfunktion von Vorreitern, etwa beim Abbau von Zöllen, sowie in politischen Entscheidungen, die das ganze Gebiet betreffen, sowie das Konsensprinzip die wichtigsten Prinzipien der Kooperation. Auf der subnationalen Ebene wurden vielerorts Formen der angepassten Integration gefunden, etwa für die Stadtstaaten Hong Kong und Singapur und die sie umge-

benden Gebiete oder für das Mekong-Delta. Theoretisch wurde diese Form der Integration untermauert von der Debatte um asiatische Werte (wie etwa durch den singapurischen Diplomaten und Wissenschaftler Mahbubani in seiner lesenswerten Essay-Sammlung „Can Asians think?“). Allerdings wurden immer wieder auch die Grenzen der auf Freiwilligkeit und Konsens basierenden Integration sichtbar, etwa bei den Schwierigkeiten der Gründung der Freihandelszone AFTA in der ASEAN, vor allem aber auch in der Asienkrise, die sich dieses Jahr zum zwanzigsten Mal jährt. Die AFTA-Gründung verzögerte sich immer wieder, u.a. wegen protektionistischer Bestrebungen in wichtigen Industrien wie der Autoindustrie. Eine weitaus größere Herausforderung stellte die Asienkrise da, da plötzlich aus dem von der World Bank so betitelten „Asian Miracle“ eine Krise wurde, die die engen Verflechtungen autoritärer Regierungen mit einflussreichen Großunternehmen, die jahrelang hohe Wachstumsraten zu garantieren schienen, in Frage gestellt wurden.

Die Asienkrise führte letztlich zu einem Konsens, dass zumindest im Bereich der Wirtschaftsordnungspolitik die Idee der speziell „asiatischen Werte“ klar gescheitert war; sie wurden jetzt als Versuch der Verbrämung von Korruption und Vetternwirtschaft in so unterschiedlichen Ländern wie Indonesien, Thailand oder Südkorea gedeutet. Der rasche Wiederaufstieg mancher asiatischen Länder wie Südkorea basierte dann teilweise auf einer Abkehr der früheren spezifischen Ordnungsmodelle mit einem starken, intervenierendem Staat und teilweise auf dem Gebrauch flexibler Wechselkurse (in die sich die EU in ihren eigenen Krisen freiwillig begeben hat...). Dies, zusammen mit einer stärkeren Einflussnahme der Welthandelsorganisation WTO und dem Wunsch Asiens, sich auch politisch stärker zu koordinieren, führte unmittelbar nach der Asienkrise zu dem Versuch, mit neuen Formen der Integration wie „ASEAN plus drei (China, Japan, Korea)“, häufigeren Gipfeltreffen der asiatischen Staatschefs, der Einrichtung

einer trilateralen Kommission in Nordostasien und einer Vielzahl von Gremien zur Fachkoordination einen Weg zu einer ostasiatischen Union zu finden. Dies erfüllte sich aber letztlich nicht: stattdessen kam es geradezu zu einem Rennen um bilaterale Freihandelsabkommen, zunächst begonnen durch Japan und dann Korea und dann auf die ganze Region übergreifend.

Diese Abkommen hatten oft sehr eigene Formen, schlossen bestimmte Sektoren (oft den Agrarsektor, den Dienstleistungssektor und den Arbeitsmarkt) von der Integration aus, und waren so in ihrer Wohlfahrtswirkung für die beteiligten Staaten und Drittstaaten sehr schwer einzuschätzen. Die „Nudelschale“ bilateraler Abkommen entsprach jedenfalls nicht dem Ideal regionalen (oder weltweiten) Freihandels; andererseits war sie möglicherweise einer Situation ganz ohne Freihandelsabkommen überlegen.

Bilaterale Investitionsabkommen oder „Umfassende Wirtschaftspartnerschaften“ ergänzten die Freihandelsabkommen. Vor allem aber war damit die Hoffnung verbunden, doch noch zu einem umfassenden Freihandel zu kommen, nämlich dann, wenn durch die bilateralen Abkommen die Widerstände gegen freien Handel aus dem jeweils in einem Land besonders sensitiven Sektor genügend geschwächt wären. So wurde nach den anfänglichen Schwierigkeiten auch die AFTA schließlich Realität, gepuscht von bilateralen Abkommen von immer mehr ASEAN-Staaten, und so konnte sich auch der Gedanke der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) entwickeln, dessen Ursprünge sich schon im „P4“-Abkommen von Brunei Darussalam, Chile, Neuseeland und Singapur von 2005 finden. Ab 2008 traten acht weitere Staaten (Australien, Kanada, die USA, Japan, Malaysia, Mexiko, Peru und Vietnam) den TPP-Verhandlungen bei. Nach dem Rückzug der USA, die unter der Trump Administration in dem Abkommen das nationale Interesse nicht gewahrt sieht, vereinbarten die anderen elf Staaten im Mai 2017, alleine weiterzuverhandeln.

Von autoritären Regierungen zur populistischen Stimmungsdemokratie/-autokratie?

Während des Kalten Krieges war Ostasien mit wenigen Ausnahmen durch entweder kommunistische Diktaturen oder autoritäre Regierungen bzw. Diktaturen mit eher marktwirtschaftlicher Ausrichtung geteilt. Japan mit seiner nach dem verlorenen Krieg aufgezwungenen Demokratisierung nahm eine Sonderstellung ein. Mit dem Ende des Kalten Krieges kam es sowohl in den kommunistischen Staaten wie in den autoritär geführten Staaten vielfach zu Demokratisierungsbestrebungen, die teilweise zu einem langsamen Umbau der Gesellschaft führten, teilweise auch zu Umstürzen bestehender Regierungen. Eine Folge war, dass Staatsführungen der „vox populi“ mehr Raum geben mussten. Dies führte zum Aufstieg populistischer Politiken sowohl in den immer noch autoritären Regierungen wie auch in den neuen Demokratien. Populismus, der in Europa und Amerika oft als ein Niedergang der Demokratie gesehen wird, hat hier also eher die Stärkung des Bürgerwillens zu populistischeren Politiken geführt.

In Bezug auf die Transpazifische Partnerschaft war es ironischerweise gerade das befürchtete einseitige nationale Interesse der USA, nämlich das, China geopolitisch und ökonomisch zu isolieren, das andere Staaten wie Südkorea davon abgehalten hat, dem Abkommen beizutreten, da man Nachteile im Handel mit China befürchtete. Und wiederum ironischerweise ist es gerade Südkorea, das unter dem wachsenden Populismus der chinesischen Außenpolitik gelitten hat, nämlich wegen der Aufstellung des amerikanischen Raketenabwehrsystems Terminal High Altitude Area Defense (THAAD). THAAD dient zur Abwehr ballistischer Raketen und ist deshalb für Südkorea als Teil der Antwort auf die nukleare Bedrohung aus Nordkorea unabdingbar. China jedoch hatte THAAD, das aus Südkorea heraus potenziell auch chinesische Ra-

keten verfolgen und abschießen kann, immer in erster Linie als eine amerikanische Verteidigung gegen China verstanden und vor der Stationierung von THAAD in Südkorea vehement protestiert. Als THAAD dann in einem Hauruck-Verfahren von der amtierenden Regierung 2016 aufgestellt wurde – die südkoreanische Präsidentin war kurz zuvor ihres Amtes enthoben worden – schlug China mit wirtschaftlichen Waffen zurück: Südkoreanischen Firmen wurden Lizenzen verweigert, sie hatten unter Sonderaudits zu leiden, Supermärkte wurden de facto boykottiert und in 2017 kamen schätzungsweise fünf Millionen weniger chinesische Touristen nach Südkorea als im Vorjahr – ein empfindlicher Schlag für die Tourismusindustrie des Landes. Hier zeigt sich deutlich, welche Probleme durch fehlende institutionelle Absicherung von Freihandel entstehen, vor allem im Handel mit Staaten wie China, die immer noch einen sehr starken direkten und impliziten Einfluss auf privatwirtschaftliche Entscheidungen nehmen. Im Oktober 2017 einigten sich China und Südkorea zunächst darauf, wirtschaftliche Entscheidungen und den politischen Konflikt um THAAD voneinander zu trennen. Auch China hatte unter seiner Politik zu leiden, denn Südkorea ist dort einer der größten Investoren im industriellen Bereich. Eine echte Lösung des Problems ist aber noch nicht gefunden und das geplante koreanisch-chinesische Freihandelsabkommen liegt auf Eis.

THAAD ist ein Beispiel dafür, wie wirtschaftliche Entscheidungen unmittelbar mit direkten politischen Vorteilen verknüpft werden, aber nicht das einzige. Bereits seit Jahren schwelt der Konflikt um Inseln im südchinesischen Meer und immer wieder kocht auch der Konflikt mit Japan um die Aufarbeitung der Vergangenheit hoch. Während China lange außenpolitisch sehr besonnen agierte, hat sich dies unter Xi Jinping deutlich geändert. Dies hängt einerseits mit der tatsächlichen Stärke Chinas zusammen, das jetzt nach einem jahrzehntelangen langsamen Aufbau seiner Streitkräfte

über eine moderne Armee und Marine verfügt, und das wirtschaftlich schon längst alle anderen Staaten der Region abgehängt hat, andererseits aber auch mit dem Versuch, durch außenpolitische Themen politische Zustimmung für die autoritäre Regierung zu erreichen, da der wirtschaftliche Erfolg, der jahrzehntelang die Bedingung für politische Zustimmung war, inzwischen zu einer riesigen Kluft im Land geführt hat und die daraus resultierende Ungleichheit politisch immer schwerer wiegt.

Aber auch in anderen Ländern der Region sind es oft populistische Parolen, die eine vertiefte Zusammenarbeit von Nationen erschweren. So sind sich im Prinzip Südkorea und Japan darin einig, dass zur Abwehr der Nuklearpolitik Nordkoreas eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen, auch der Geheimdienste, notwendig ist. Dennoch wurde ein entsprechendes Abkommen zunächst von der damaligen Opposition Südkoreas (und jetzigen Regierungspartei) scharf kritisiert und letztlich politisch unmöglich gemacht und dann, als es aufgrund des Drucks der USA doch noch zustande kam, nach Medienberichten nur äußerst mangelhaft implementiert. Der wichtigste Streitpunkt zwischen Japan und Südkorea ist der Umgang mit den sogenannten Trostfrauen, koreanischen Zwangsprostituierten für die japanische Armee im zweiten Weltkrieg. Ein von der früheren südkoreanischen Regierung mit Japan ausgehandeltes Abkommen zu Entschädigungszahlungen wird von der jetzigen Regierung abgelehnt, und die Aufstellung von Mahnmälern unmittelbar vor japanischen diplomatischen Gebäuden in Seoul und Busan entsprach keinesfalls diplomatischen Gepflogenheiten, bediente aber südkoreanische Gefühle. Auch beim immer wieder aufflammenden rhetorischen Konflikt um die Felseninsel Dokdo im japanischen Meer (dem südkoreanischen Ostmeer) wurden solche Gefühle immer wieder gezielt von den wechselnden Regierungen Südkoreas eingesetzt, um politische Zustimmung zu erreichen. Umgekehrt gibt es solche po-

East Asian Integration www.asianintegration.org

Die politische und wirtschaftliche Integration ist nicht nur langsamer und weniger institutionalisiert als die Integration Europas, sondern sie hat auch weit weniger im Fokus der Forschung gestanden. Dabei ist gerade für eine friedliche Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel die Schaffung eines Rahmens, in dem Konflikte zwischen Staaten durch friedliche Interaktion beigelegt werden können, äußerst wichtig. Die Hanns-Seidel-Stiftung in Korea betreibt zur wissenschaftlichen Begleitung der ostasiatischen Integration deshalb ein Internet-Portal, auf dem wichtige wissenschaftliche Beiträge diskutiert werden: www.asianintegration.org.

Dort finden sich derzeit über 150 Buchrezensionen, die sich mit Themen der asiatisch-pazifischen Integration befassen, eine umfassende Literaturliste zur Integration Ostasiens, sowie Konferenzberichte und einige originale Aufsätze zum Thema.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:
www.hss.de/korea

populistischen Tendenzen natürlich auch in Japan, wo ja eine ganz eigene Bewegung Schritte der Aufarbeitung der Vergangenheit zurückdrehen will.

All das macht Fortschritte in der politischen und wirtschaftlichen Integration Ostasiens derzeit schwierig. Die pragmatische Ausrichtung der Politik, die früher – beseelt vom Wunsch nach Wirtschaftswachstum – über politische Differenzen hinwegsehen konnte, scheint heute schwerer und schwerer möglich zu sein. Dies hängt nicht etwa mit Rückschritten der Demokratie zusammen, sondern eher mit einer stärkeren Berücksichtigung von Stimmungen in der Bevölkerung als früher, selbst in Staaten wie China, die keine parlamentarischen Demokratien haben, trotzdem aber gewisse Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung nehmen müssen. Daraus werden dann populistische

„Stimmungsautokratien“, die den ostasiatischen Integrationsprozess entweder im merkantilistischen Sinn als Nullsummenspiel verstehen oder aber Integration an das eng gefasste nationale Interesse verknüpfen. China hat mit der Errichtung der Asiatischen Investitionsbank und der One Belt, One Road Initiative gezeigt, wie effektiv das sein kann. Für Europa, dessen Vorbildwirkung für die Integration Ostasiens schon lange geschwunden ist, muss dies Anlass zu Sorge sein, denn mit dieser Form der Integration werden auch politische Modelle gefördert, die dem europäischen Ideal der parlamentarischen Demokratie stark entgegenstehen.

|| Dr. Bernhard Seliger

Auslandsmitarbeiter Korea

Sergio Angel Baquero

Die Verkürzung der Demokratie: Nicht-charismatischer Populismus in Venezuela

Der Populismus und die Demokratie stehen in einer antagonistischen Beziehung zueinander, was in Lateinamerika dazu geführt hat, dass auf verschiedenen Wegen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten die freiheitlich-demokratischen Institutionen immer wieder in Frage gestellt wurden. Der Populismus richtet sich oft an einer charismatischen politischen Führungsfigur auf. Es stellt sich daher die Frage was passiert, wenn ein nicht-charismatischer Staatspräsident den Weg des Populismus geht. Am Beispiel des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro (seit 2013) soll die Gestalt eines nicht-charismatischen Populisten nachgezeichnet werden. Die Analyse zieht den Vorgänger von Maduro, Hugo Chávez (1999-2013), als Gegenbeispiel für einen charismatischen Populisten zu einem Vergleich der Charakteristika beider Modelle heran und beschreibt so die Entwicklung des Populismus in Venezuela seit dem Beginn der Bolivarischen Revolution.

Schlagwörter:

Chávez - Maduro - Venezuela - charismatischer Populismus - Demokratie - Lateinamerika - politischer Wandel Venezuela - Bolivarismus

Die Verkürzung der Demokratie: Nicht-charismatischer Populismus in Venezuela

|| Sergio Angel Baquero

Der Politologe Kurt Weyland vertritt die These, dass man von populistischer Politik sprechen kann, wenn ein politischer Führer die Regierungsgeschäfte auf Grundlage einer breiten Gefolgschaft ausübt.¹ Dies öffnet dann die Tür dafür, strategische Referenden wie Volksabstimmungen, politische Märsche und Versammlungen als Mittel einzusetzen, um den Rückhalt in der Bevölkerung aufzuzeigen, was zugleich ein Merkmal dieser Regierungen ist. Und es sind eben diese Mechanismen, welche die politischen Führer dazu nutzen, ihre Spielräume im politischen System zu erweitern, ihren politischen Egoismus durchzusetzen und zugleich die Handlungsspielräume für die Opposition einzuschränken.

Die permanente Aktivierung der Wahlbevölkerung und der politischen Basisorganisationen sind nicht die einzigen Grundlagen des Populismus, denn gänzlich jenseits der Betrachtung als Ausdruck eines krankenden politischen Systems könnte dies auch als eine Form von *Accountability* oder Rechenschaftslegung und somit positiv interpretiert werden. Als Populismus hingegen können diese Handlungsweisen gesehen werden, wenn weitere Faktoren hinzukommen, die einen eindeutigen Beigeschmack haben: So beispielsweise Strategien, die eine Unterscheidung zwischen einem „Wir“ und „den Anderen“ schaffen; das gezielte Streben nach einem Bruch der bestehenden Ordnung in Verbindung mit illusorischen Versprechen hinsichtlich Veränderungen; die Nutzung redistributiver Politiken aus

wahltaktischen Gründen oder nicht zuletzt die permanente Nutzung von Strategien zur verbalen Ansprache der Bürger.²

Auch wenn Demokratie und Populismus durch die Geschichte immer wieder vereint wurden und denselben Weg genommen haben, unterscheiden sie sich deutlich. Mit Blick auf den Faktor Zeit ist es so, dass während die Demokratie den Weg über die Institutionen geht und daher bisweilen längere Zeiträume benötigt um politische Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen, geht der Populismus einen unmittelbaren, verkürzten Weg, der kurzfristigen Wandel und schnelle Veränderungen verspricht, die unmittelbar und deutlich von der Wahlbevölkerung spürbar sind. Der wohl größte Unterschied liegt jedoch im Verhältnis des Populismus zu den Institutionen, denn eine freiheitliche Demokratie baut auf politische Parteien, Gewaltentrennung und Pluralismus, während der Populismus durch seine direkte Beziehung mit den Bürgern über die Institutionen hinweg geht, dabei die Parteien und die Unabhängigkeit der Staatsgewalten überspringt und seine Kraft auf die Verfolgung der Opposition richtet.

Dieser Unterschied ist allerdings oft nicht in dieser Klarheit zu erkennen und, mehr noch, oft erscheint es so, dass der Populismus durch die Einbindung marginalisierter Gruppen und die Neuinterpretation der politischen Gedankenwelt das Beste der Demokratie in sich vereint. Dies geht in Lateinamerika soweit, dass es ungeachtet vom Wandel der ideologischen Vorzeichen bei Regierungswechseln von links nach rechts

und umgekehrt der Populismus als ein vereinendes Element oder gar roter Faden betrachtet werden kann. Dies ist beispielsweise der Fall bei Regierungen wie die von Carlos Menem in Argentinien und Alberto Fujimori in Peru in den 1990er Jahren, die neoliberalen Vorstellungen folgten, ganz anders also als die „klassischen“ Populisten, aber wiederum auch anders als die populistischen Regierungen der „neuen Welle“ von Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador, Christina Kirchner in Argentinien und Evo Morales in Bolivien.³ Dies zeigt, dass der Populismus keine bestimmte politische Ideologie verfolgt, sondern von ganz unterschiedlichen Bewegungen als Waffe eingesetzt wird und dieser sich wie ein historisches Pendel den Gefühlen der Wählerschaft anpasst.

Lateinamerika war in diesem Sinne stets eine Brutstätte für populistische Regierungen – dies auch aufgrund der in der Region vorherrschenden sozialen und ökonomischen Bedingungen. Armut und Ungleichheit, aber auch die historisch betrachtet schon immer marginalisierten Gesellschaftsgruppen und die von der Politik weit entfernten Minderheiten, sind der Treibstoff zur Nutzung des historischen Erbes des traditionellen Politiker-Ideals des *Caudillos*, eines starken politischen Anführers, der sich mit dem Volk verbündet und über demokratischen Institutionen und vor allem die Justiz hinwegsetzt. Und auch wenn man Lateinamerika nicht als einzigen geographischen Raum betrachten kann, in dem sich das Phänomen Populismus entwickelt hat, so bleibt die Region doch ein idealer Nährboden für dessen Entstehung, Entwicklung und Verbreitung.

Es lässt sich bis hierin festhalten, dass der Populismus einen starken Personenbezug, einen anti-institutionellen und anti-demokratischen Charakter hat. Es stellt sich als nächstes die Frage, wie es sich mit dem Charisma des politischen Führers verhält. Ist es denkbar sich im Sinne des Populismus über die Institutionen zu erheben, ohne ein

charismatischer Führer zu sein? Für Weyland ist Charisma ein Charaktermerkmal der populistischen Führer, aber es ist nicht unabdingbare Voraussetzung für den Populismus.⁴ Präsident Fujimori in Peru genoss als populistischer Politiker große Popularität, dies jedoch wegen seiner Politik der harten Hand und nicht wegen seines Charismas oder eines besonderen Drahts zu den Menschen.

Komplizierter wird die Betrachtung, wenn es sich um einen Prozess der Machtübergabe handelt wie dies in Venezuela anlässlich des Todes von Präsident Hugo Chávez im Jahr 2013 der Fall war. Chávez war ein politischer Führer, der sehr populär war, was sich nicht zuletzt auf sein Charisma zurückführen ließ. Sein Nachfolger Nicolás Maduro ist weit davon entfernt ein charismatischer politischer Führer zu sein – auch wenn er den politischen Diskurs, die Rhetorik sowie Gestik und Mimik seinen Lehrmeisters imitiert. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden am Beispiel Venezuelas die Merkmale und Besonderheiten beim Übergang von einem charismatischen zu einem nicht-charismatischen populistischen Führer aufgezeigt werden.

Populismus der Zahlen vs. Verdunklung der Statistiken

Der Wahlerfolg von Hugo Chávez und dessen Übernahme des Präsidentenamts im Februar 1999 zeigt zwei Präzedenzfälle für den Übergang von einer demokratischen, aber delegitimierten Regierung zu einer populistischen Regierung mit einem hohen Polarisierungsfaktor: Der erste hat mit dem Charakter des politischen Führers zu tun. Denn neben der Tatsache, dass Chávez ehemals Offizier und daher ein politischer *Outsider* war, hatte er im Februar 1992 einen Militärputsch gegen den damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez angeführt. Der zweite hat damit zu tun, dass Chávez während des Akts zu seiner Vereidigung vor den Augen und Ohren des Landes die damals gültige Verfassung aus dem Jahr 1961 als

eine „im Sterben liegende“ Verfassung bezeichnete.

Chávez sendete so pauschal negative und zugleich undifferenzierte Signale: Zum einen die gänzliche Ausblendung der Bedeutung und des historischen Kontexts der angesprochenen Verfassung, mit welcher in Gestalt der sogenannten Vierten Republik ab dem Jahr 1958 die Wiederherstellung und dann Stabilisierung der Demokratie nach der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez gelang. Es ist zum Verständnis der Zusammenhänge notwendig an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass das Ende dieser Diktatur mit dem Vertrag von Puntofijo in die Etablierung einer Zwei-Parteiendemokratie mündete, wobei im Rotationsverfahren für vier Jahrzehnte stets eine der beiden traditionellen Parteien COPEI und Acción Democrática, die eine christlich-sozial, die andere sozialdemokratisch ausgerichtet, die Alleinregierung stellte. Die zweite Botschaft Chavez' war die warnende Ankündigung eines grundlegenden politischen Wandels in Form einer neuen Verfassung und eines grundlegend neuen Abschnitts der venezolanischen Demokratie, der späteren Fünften Republik.

Dies alles waren Warnsignale für einen neuen Populismus, der nicht nur einen Wandel für Venezuela brachte, sondern einen Linksrutsch in Lateinamerika einleitete. Unter der Fahne des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ und der Wiederauferstehung des Bolivarismus – also der Überhöhung von Simón Bolívar, dem in Caracas geborenen Befreier des nördlichen Teils von Südamerika von der spanischen Kolonialherrschaft und ersten Präsidenten der damals zeitweise vereinten Länder Venezuela, Kolumbien und Ecuador – suchte Hugo Chávez eine Ausweitung seines Einflusses und seiner Macht, indem er eine neue Form von Diplomatie kreierte, welche die Beseitigung der Hegemonie der USA in der Region zum Ziel hatte. Im Land selbst fand das politische Projekt von Chávez eine sozio-ökonomische Situation der 1980er und 90er Jahre vor, die dieses begünstigte: Gefallene Ölpreise, neo-

liberale Reformen in Verbindung mit einer Diskreditierung der Parteien des Vertrages von Puntofijo und der Legitimationsverlust der traditionellen Eliten.

All dies trug dazu bei, dass der neue Präsident an die Macht kam und in Folge eine neue Verfassung schuf. Möglich war dies aber nur durch ein weiteres entscheidendes Element: Den Ruf und die Berühmtheit, die Chávez dadurch erlangt hatte, dass er im Februar 1992 einen Putschversuch gegen den damals amtierenden Präsidenten Pérez anführte. Anders formuliert, die Rahmenbedingungen ebneten den Weg für eine neue, die Fünfte Republik. Diese wurde aber erst durch die charismatische Führung von Chávez zu einer Realität in der letzterer schließlich von Wahl zu Wahl mehr Anhänger gewinnen konnte. In diesem Sinne kann die Außendarstellung von Handlungen und Ergebnissen das Image des tatkräftigen politischen Führers in der Öffentlichkeit verstärken.

Das Interesse, Ergebnisse öffentlich zu machen nutzt einer populistischen Regierung jedoch nur dann, wenn die Statistiken positive Ergebnisse des Regierungshandelns liefern, was für eine solche Regierung auf zwei Wegen geschehen kann: Auf einer Seite die Manipulation von Statistiken um politische Zielwerte zu erreichen, und, auf der anderen Seite die Nutzung von *Policies*, die kurzfristig spürbare Wirkungen erzielen und so eine unmittelbare Auswirkung auf die Wählerschaft haben. Dabei sind die Wirkungen jedoch in der Regel nicht längerfristig aufrechtzuerhalten und somit nicht nachhaltig. Dies sind zugleich die zwei wesentlichen Wege, welche die Regierung Chávez beschritten hat. Hinzu kam ein historischer Glücksfall: Die gut zehn Jahre andauernde Erdölbonanza ab der Jahrtausendwende. Die hohen und beständig steigenden Preise sorgten für ausreichende Deviseneinnahmen um über lange Zeit Sozialprogramme aufzulegen, welche in der Tat die Lebensbedingungen der ärmeren Teile der Bevölkerung zu verbessern vermochten.

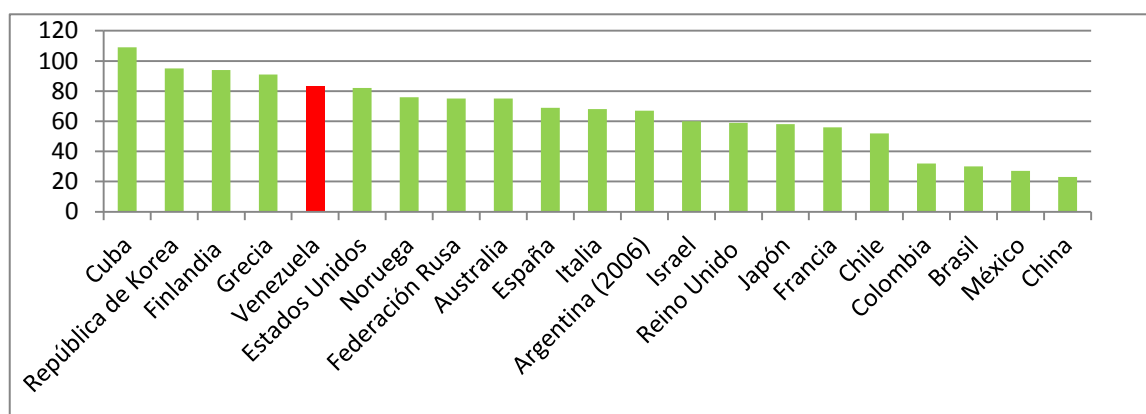
Laut dem Politologen Andrés Otálvaro waren die als *Misiones* bezeichneten Sozialprogramme als kurzfristige Notfallprogramme gedacht, um auf die Krise zu reagieren, in der sich die venezolanische Gesellschaft in dieser Zeit befand. Doch schnell wurden die Programme dann jedoch verstetigt und zum Rückgrat der Sozialpolitik der Regierung Chávez. Dabei entstanden die *Misiones* erst im Jahr 2002 – also im vierten Regierungsjahr – zum Zeitpunkt einer massiven Erschütterung der politischen Landschaft Venezuelas, ausgelöst durch einen von den USA unterstützten Putschversuch der traditionellen Eliten und den längsten Erdölstreik der Geschichte des Landes. Die Sozialprogramme stehen für eine Sozialpolitik, die sich stark von den traditionellen Instrumenten dieses Politikfeldes unterscheidet, indem sie eine klare politisch-ideologische Ausrichtung hat und auf die lokale Gemeinschaft abzielt. Letzterer kommt eine besondere Rolle bei der Planung, Durchführung und Evaluierung dieser Programme zu.⁵

Das erste Programm dieser neuen Sozialpolitik mit populistischem Anstrich war die *Misión Barrio Adentro*, welches darauf abzielte, die staatliche Gesundheitsvorsorge in die Armenviertel zu bringen, indem dort Gesundheitsstationen mit einer Basisausstattung an Medikamenten und der Präsenz von vornehmlich kubanischen Ärzten errichtet wurden. Das Programm wurde durch die Wirkungen, die es in diesen Vierteln zu er-

zielen vermochte, zu einem großen Erfolg und diente zugleich als Modell für weitere Programme in anderen strategisch wichtigen Bereichen, wie Bildung, Ernährung und Landwirtschaft.⁶ Im Bildungsbereich zielten die *Misiones Robinson 1* und *2* auf die Alphabetisierung und die Förderung des Grundschulbesuchs der ärmsten Bevölkerungsteile ab, während die *Misión Ribas* den Besuch weiterführender Schulen und die *Misión Sucre* den Zugang zur Hochschulausbildung förderten.⁷

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Programme als solche ein Erfolg waren, denn neben der Tatsache, dass sie in Rekordzeit positive Ergebnisse brachten, erntete die Regierung damit massenhaft Wählerstimmen. Das führte dazu, dass der politische Diskurs von Chávez zunehmend aggressiver wurde und den gesellschaftlichen Raum in zwei teilte, indem er zwischen der „Oligarchie“, also der traditionellen politischen Klasse und dem Unternehmertum auf der einen, und dem „Volk von Bolívar“, also der von den Sozialprogrammen profitierenden Arbeiter- und Armenklasse auf der anderen Seite, unterschied. Durch all dies gelang es Chávez sein öffentliches Bild in den ärmeren Bevölkerungsschichten progressiv zu steigern und ein besonderes Band zwischen Volk und politischem Führer zu schaffen. Aber, wie bereits ausgeführt, unterscheiden sich Phasen der Demokratie deutlich von Phasen des Populismus und viele der Sozialprogramme zeig-

Grafik 1: Hochschulzugangsrates weltweit (2008-2010, brutto, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung, Ministerio Popular para la Educación Universitaria / UNESCO, Oktober 2010

ten im Zeitverlauf Ergebnisse, die sich als nicht nachhaltig herausstellten.

Der Populismus des Hugo Chávez hatte zu diesem Zeitpunkt jedoch seine ersten bedeutenden statistischen Erfolge gefeiert und eine überzeugte Anhängerschaft geschaffen, mittels der das politische Projekt nach vorne katapultiert wurde.

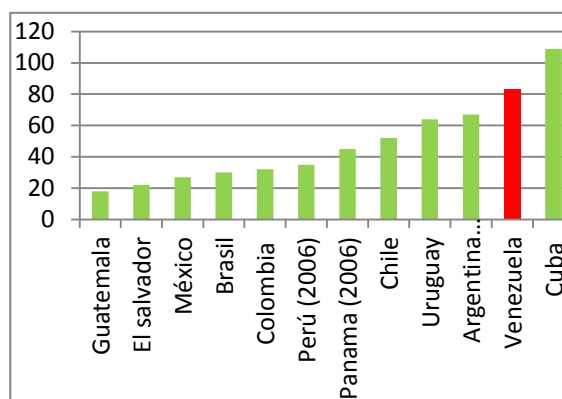
An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass das Bildungsprogramm der Vereinten Nationen UNESCO im Jahr 2005 Venezuela zum Land frei von Analphabetismus erklärte und dieses im Jahr 2008 als das Land mit der lateinamerikaweit zweithöchsten Zugangsrate – nach Kuba – zur Hochschulbildung auszeichnete. Das Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen FAO zeichnete Venezuela im Jahr 2012 für seine Erfolge bei der Reduzierung von Armut und Hunger aus und die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL wies Venezuela als das Land mit der drittgeringsten Armutsrate in Lateinamerika aus.

Auch wenn die kurzfristigen Resultate der Sozialprogramme beeindruckend sind, zeigt sich der populistische Charakter der *Misiones* in fehlender Kontinuität und institutioneller Einbettung. Der Politologe Andrés Otálvaro identifiziert in seinen Studien gravierende strukturelle Probleme bei deren Umsetzung: Erstens, die beständige Improvisierung und Unstimmigkeiten bei der Steuerung; Zweitens, die fehlende Nachhaltigkeit und der fehlende Zugang zu verlässlichen Daten und Statistiken und die mangelhafte oder nicht existente Aufbereitung und Darstellung der Resultate sowie Drittens, die fehlende Einbettung in einen institutionellen Rahmen, der die Durchführung und den langfristigen Fortbestand garantiert.⁸ Denn es handelt sich bei den *Misiones* um eine Sozialpolitik, die losgelöst von Ministerien beim Staatspräsidenten angesiedelt ist. Die Programme werden vornehmlich von Militärangehörigen verwaltet und gesteuert, ohne dass eine transparente Nachweisführung bezüglich des

Einsatzes dieser immensen Haushaltsmittel besteht.

Auch wenn die offensichtliche Erfolge von Chávez' Sozialpolitik beachtlich sind, ist es so, dass, wie María Cristina Parra und Carmen García Guadilla in ihren Untersuchungen zeigen, alle hinsichtlich der Erfolge bereitgestellten Daten und Statistiken vom Präsidentenamt stammen und dieser daher nicht als valide verifiziert werden können.⁹ ¹⁰ Die UNESCO stützt ihre Bewertungen ausschließlich auf die von der venezolanischen Regierung bereitgestellten, nicht nachvollziehbaren und daher fragwürdigen Daten, und wird so zu einem einfachen Sprachrohr derselben. Eine vergleichbare Situation ist für Kuba festzustellen, wo die Hochschulzugangsrate aufgrund der Einbeziehung von im Land studierenden Ausländern mit mehr als 100 Prozent angegeben wird.

Grafik 2: Hochschulzugangsrate in Lateinamerika (2008-2010, brutto, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung, Ministerio Popular para la Educación Universitaria / UNESCO, Oktober 2010

Zu ergänzen ist in diesem Zusammenhang, dass die venezolanische Regierung Indikatoren nutzt, die manipulierbar sind. Andere, die nicht genehm sind und das Bild der Regierung beschädigen würden, verschweigt sie hingegen. Dies ist der Fall bei der Frage der Reichweite der Bildungspolitik, denn eine der Ursachen für den Anstieg des Zugangs zur Hochschulbildung ist die Schaffung von Parallelstrukturen mit geringem Qualitätsanspruch. Zu erwähnen ist hier die 2003 zusammen mit der *Misión Sucre* ins Leben gerufene *Universidad Bolivariana*

de Venezuela mit landesweit zwölf Standorten sowie die Reform der *Universidad Nacional Experimental Politécnica de la Fuerza Armada Nacional (UNEFA)*. Die Regierung zeigt hier quantitative Indikatoren für den Hochschulbesuch, ohne qualitative Indikatoren, also die Frage des Niveaus der Hochschulausbildung zu erheben, da dieser gegen die Regierungspolitik sprechen würde. Die genannten Universitäten besitzen mehr den Charakter von politischen Kadernschulen als von Institutionen akademischer Bildung.

Es lässt sich bis hierhin zusammenfassen, dass der charismatische Populismus von Chávez Darstellung bzw. Ausblendung von Indikatoren als politische Strategie nutzte. Es ist offensichtlich, dass sein Nachfolger Nicolás Maduro diese Strategie nicht verfolgt. Warum? Die Antwort ist einfach: Die fehlende Finanzierbarkeit der Sozialprogramme. Die Strategie von Chávez fand Anwendung im Umfeld hoher und immer weiter steigender Erdölpreise. Maduro hingegen sieht sich sehr viel niedrigeren Preisen des Erdöls gegenüber und muss daher angesichts fehlender finanzieller Handlungsspielräume eine andere Strategie anwenden. Wenn sich von Regierungsseite mittels Statistiken keinerlei positive Daten erzeugen lassen, ist es nach dieser Logik ratsam, die Datensätze der Vorjahre nicht mehr zu aktualisieren, internationalen Organisationen keine Daten mehr bereitzustellen und grundsätzlich keine Statistiken mehr zu veröffentlichen. Die Verdunkelung der Statistiken ist eine Antwort auf die Ergebnisse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bolivarianischen Revolution, der es angesichts kurzfristig orientierter populistischer *Policies* nicht gelang, den Erdölboom so zu nutzen, dass genügend finanzielle Reserven für schwierigere Zeiten aufgebaut werden.

Angesichts dieser Situation rettet sich der nicht-charismatische Populismus von Maduro in einen immer radikaleren politischen Diskurs, der auf der einen Seite weiterhin das sozialistische Entwicklungsmo-

dell feiert, und auf der anderen Seite die Opposition verteufelt und als Marionette der USA verunglimpft. Der Chávez eigene Diskurs, der in Schwarz-Weiß-Manier die Gesellschaft in Gut und Böse einteilte, und auf Grundlage dienlicher (Teil-)Statistiken argumentierte, wurde bei Maduro durch einen abstrakten radikalisierten Diskurs, der keine materielle Unterlegung durch Fakten kennt, aber einen stark sanktionierenden und auf Repression gegen Oppositionelle setzenden Charakter hat, abgelöst.

Wahlpopulismus vs. Wahlbetrug

Eines der bedeutendsten Merkmale des Populismus ist die direkte Beziehung zwischen dem politischen Führer und seinen Wählern. Die konstante Befragung der Wahlbevölkerung ist das wichtigste Instrument zur Legitimierung der Regierungspolitik, da es neben einem Sprungbrett zum Überspringen der staatlichen Institutionen als politisches Thermometer zur Messung des Wählerwillens dient. Daher kann das Umfeld und die Frequenz von Wahlen als Referenzpunkt für den Vergleich des charismatischen mit dem nicht-charismatischen Populismus herangezogen werden: Der Erste unterzieht sich mit hoher Frequenz Wahlen, während der Zweite diesen ausweicht und diejenigen, die doch durchgeführt werden, hinsichtlich der Authentizität der Ergebnisse als fragwürdig charakterisiert werden müssen.

Seit dem Wahlerfolg 1998, der Chávez ins Präsidentenamt brachte und die Bolivarianische Revolution einleitete, bis zu den Regionalwahlen im Dezember 2012, bei denen er sich bereits zur Behandlung seiner Krebserkrankung in Kuba befand, haben insgesamt 15 Wahlen stattgefunden. Also im Durchschnitt etwa ein Abstimmungsgang pro Jahr, was einen großen Unterschied zur darauffolgenden Amtsperiode von Maduro bedeutet, in der von Mai 2013 bis Mitte 2017 nur zwei Wahlen durchgeführt wurden: Die Präsidentschaftswahlen 2013 an sich,

Grafik 3: Wahlen in Venezuela im Zeitraum 1998 – 2017

Präsident	Wahltypus	Anzahl Wahlen
Hugo Chávez	Präsidentschaftswahlen 1998 (Amtsübernahme von Chávez)	15
	Volksabstimmung (neue Verfassung) 1999	
	Volksabstimmung (Genehmigung Verfassung) 1999	
	Präsidentschaftswahlen 2000	
	Parlamentswahlen 2000	
	Regional- und Lokalwahlen 2000	
	Abwahlreferendum Präsident 2004	
	Regional- und Lokalwahlen 2004	
	Parlamentswahlen 2005	
	Präsidentschaftswahlen 2006	
	Volksabstimmung (Verfassungsreform) 2007	
	Regional- und Lokalwahlen 2008	
	Volksabstimmung (unbegrenzte Wiederwahl Präsident) 2009	
	Parlamentswahlen 2010	
Präsidentschaftswahlen 2012		
Nicolás Maduro	Präsidentschaftswahlen 2013 (Amtsübernahme von Maduro)	5
	Parlamentswahlen 2015	
	Volksabstimmung (verfassungsgebende Versammlung) 2017	
	Regionalwahlen 2017	
	Lokalwahlen 2017	

Quelle: Eigene Darstellung

aus denen er als gewählter Präsident hervorging, und die Parlamentswahlen 2015. Die ebenfalls für diesen Zeitraum anstehenden Regional- und Lokalwahlen wurden immer wieder verschoben.

Nachdem die venezolanische Wahlbehörde CNE ein legitimes und legales Abwahlreferendum gegen Präsident Maduro mit fragwürdiger Argumentation zurückgewiesen hatte, genehmigte es im Jahr 2017 die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, als *Asamblea Nacional Constituyente (ANC)* bezeichnet, die von Maduro beantragt worden war. Ein Prozess, der von dem oppositionellen Parteienbündnis *Mesa de la Unidad Democrática (MUD)* den meisten Beobachtern, als Verfassungsbruch betrachtet, und entsprechend abgelehnt wird, da es im Gegensatz zu 1999 zu

keiner Volksabstimmung über deren Einberufung kam. Das Verfahren wurde fortgeführt und ausschließlich Repräsentanten des Regierungslagers in die Versammlung gewählt, was diese zu einem politischen Akteur macht, der nur mit einer Stimme spricht und abstimmt. Ein weiterer kritischer Punkt war in diesem Zusammenhang der mutmaßliche Wahlbetrug, der durch das Unternehmen *Smartmatic*, der Hersteller der in Venezuela genutzten Wahlautomaten, der für technische Verarbeitung der Stimmenabgabe verantwortlich ist, aufgedeckt wurde. Das Unternehmen sprach von einer Differenz von mindestens einer Million Stimmen, welche die Wahlbehörde über die tatsächliche Stimmenabgabe hinaus dem Ergebnis hinzugefügt haben dürfte.

Ungeachtet dieser kritischen Punkte und der Ablehnung der weder legalen noch

legitimen verfassungsgebenden Versammlung ANC durch die Opposition und die internationale Staatengemeinschaft, nahm diese ihre Arbeit auf. In Folge bereitete sie den Weg für die Durchführung der mehr als ein Jahr überfälligen Regionalwahlen, welche schließlich durch die Wahlbehörde angesetzt und im Oktober 2017 durchgeführt wurden. Die Opposition reklamierte abermals einen Wahlbetrug, da die Ergebnisse den Beobachtungen der eigenen Wahlbeobachter und den Umfragen widersprachen, die ein komplett entgegengesetztes Ergebnis vorausgesagt hatten. Die regierende Sozialistische Einheitspartei Venezuelas PSUV bekam 18 von 23 Gouverneursämtern zugesprochen und zwang die gewählten Gouverneure ihren Amtseid vor der – von der Opposition nicht anerkannten – ANC abzulegen. Der zum Gouverneur des Bundesstaats Zulia gewählte Oppositionspolitiker Juan Pablo Guanipa weigerte sich, dies zu tun, und durfte daher sein Amt nicht antreten. Und auch bei den angesichts des Erfolgs daraufhin eiligst angesetzten Bürgermeisterwahlen zwei Monate später zeigten sich vergleichbare Tendenzen. Die größten Oppositionsparteien boykottierten diese Wahl angesichts fehlender Transparenz und Garantien.

Es lässt sich zusammenfassen: Die 14 Jahre der Präsidentschaft Chávez waren geprägt von einer ständigen Anrufung der Wählerschaft. Auch diese Wahlen wurden mittels unterschiedlicher Mechanismen manipuliert: Strukturelle Anpassungen der Wahlkreiszuschnitte und der Zuweisung der Mandate; der Missbrauch staatlicher Medien für den Wahlkampf des Regierungslagers; der Missbrauch öffentlicher Mittel für Wahlkampfzwecke; die Vermischung der Sozialprogramme mit Wahlfragen; die Androhung des Verlusts von finanziellen Privilegien bei Abweichung von der „Wahlempfehlung“ der Regierung.¹¹ Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass Wahlen nach der Stimmenabgabe manipuliert wurden, unter anderem, da die Unterschiede bei den Wählerstimmen sehr

deutlich waren.¹² Dies steht ganz im Gegensatz zu Maduro, dessen Legitimität angesichts seines knappen Wahlsiegs über den Oppositionskandidaten Henrique Capriles von Beginn an hinterfragt und sein Wahlerfolg angezweifelt wurde.

Eine Zeitenwende und den Bruch in der Wahlgeschichte der Bolivarischen Revolution bedeuteten die Parlamentswahlen vom Dezember 2015, in denen das Oppositionsbündnis MUD zwei Drittel der Mandate gewann. Die große Verzögerung, mit der die Bekanntgabe der Resultate erfolgte, war ein Vorbote künftiger Entwicklungen: Ein Wahlbetrug bei der Besetzung der illegalen verfassungsgebenden Versammlung und ein solcher bei den Regionalwahlen im Oktober 2017. Es scheint als hätte das Regierungslager dadurch, auch im Angesicht eines nicht-charismatischen Populismus, einen Mechanismus zum dauerhaften Machterhalt gefunden, nämlich die Manipulierung des Wahlergebnisses in einer „Demokratie“, in der Wahlen keine Wahlen sind. Dies erscheint besonders deutlich wenn man sieht, dass nach einer langen Phase der Verzögerung von Wahlen im Jahr 2016 nunmehr im zweiten Halbjahr 2017 plötzlich überhastet reihenweise ausstehende Wahlen nachgeholt werden.

Der Wahlbetrug als politische Strategie, um die Opposition auseinander zu dividieren und die Wahlbeteiligung zu minimieren, hat besonders bei den Lokalwahlen vom Dezember 2017 die angestrebte Wirkung entfaltet: Mit einer Wahlbeteiligung von nur 47,32 Prozent, der geringsten seit dem Jahr 2004, eroberte das Regierungslager mehr als 300 von 335 Bürgermeisterämtern und feierte so einen vollständigen Wahlsieg, der den Unilateralismus vom Maduro stärkt indem es fast alle verbliebenen Bastionen des Pluralismus einnimmt.

Damit ist es inzwischen nicht mehr notwendig, dass das Regierungslager Manipulationen am Wahlergebnis vornimmt um eigene Kandidaten zu bevorteilen, da die

Oppositionswähler nunmehr die Stimmenabgabe verweigern und an den Wahlgängen nicht mehr teilnehmen. Letzteres ist das Ergebnis eines politischen Systems, das keinerlei Garantien auf ordnungsgemäße und rechtsstaatliche Verfahren leistet, und politischer Führer, von denen sich die Bürger nicht mehr repräsentiert fühlen. Der Wahlbetrug des nicht-charismatischen Populismus von Nicolás Maduro führt so zu seinem größten Übel in Form der Deskreditierung des Wahlsystems und einer Partizipation, die sich fast ausschließlich auf Mitarbeiter der „öffentlichen Verwaltung“, also Angehörige des aufgeblähten Staatsapparats, die zur Stimmenabgabe für das Regierungslager angehalten sind, und Anhänger der Regierungspartei, PSUV, stützt. Dies alles ermöglicht Maduro nunmehr eine Rückkehr auf den „Weg der Wahlen“.

Chávez' Bolivarische Revolution vs. Maduros „Säuberungspolitik“

Das politische Projekt von Hugo Chávez hatte einen Anstrich von Klientel- oder Klassenpolitik im populistischen Sinne, die Gesellschaft in zwei zu spalten. Darüber hinaus wusste er Symbole, Mythen, Überzeugungen und die Eigenarten der Venezolaner als Waffe zu seinem Vorteil zu nutzen. So nutzte er die Figur von Simón Bolívar zur Erschaffung der Fünften Republik und schaltete die Geschichte, die Bildung, das Staatswappen bis hin zum offiziellen Namen des Landes mit seinem politischen Projekt gleich. In diesem Sinne ist die „Bolivarische Republik Venezuela“ das Ergebnis eines Konvergenzprojekts, in dem nur diejenigen einen Platz fanden, die sich mit dem Weltbild des Führers dieses Projekts zu arrangieren vermochten. Diejenigen, die sich dem Vorhaben verweigerten, endeten auf der Seite der „Schwächlinge“, wie Chávez seine Gegner öffentlich bezeichnete, um diese zu diskreditieren.

Die persönliche Ausstrahlung von Chávez war so ausgeprägt, dass er nicht nur Identifikationsprozesse in seiner eigenen

Anhängerschaft auslöste, sondern auch zur Geschlossenheit bei seinen Gegnern beitrug. Der Ausdruck „Schwächlinge“ wurde gleichermaßen von der Opposition als identitätsstiftendes Etikett aufgegriffen und selbst zur Abgrenzung von den „Chavisten“ genutzt. Der Populismus von Chávez schuf eine Personifizierung, einen Personenkult, wie es ihn in dieser Form noch nie zuvor gegeben hatte. Die verbalen Angriffe kamen bei Teilen der Wahlbevölkerung gut an, was dazu führte, den hasserfüllten Worten auch Taten folgen zu lassen: Die Ablehnung der Oligarchie manifestierte sich in Enteignungen, die Ablehnung und der verbale Widerstand der Medien führte zu Schließung von Fernsehsendern und der Hass auf die politischen Gegner wurde durch die Verfolgung von Oppositionspolitikern und Richtern eine Realität. Dies vor allem mit dem Ziel, die eigenen Reihen zu schließen und die Treue der eigenen Anhängerschaft gegenüber der Bolivarischen Revolution sicher zu stellen.

Wenn wir nun den Blick auf Chávez' Nachfolger Nicolás Maduro richten, lässt sich beobachten, dass der politische Diskurs und die Konfrontation nicht nur aufrechterhalten wurden, sondern sogar noch radikaler und rücksichtsloser geworden sind. Dahinter steht das Ziel, Chávez nachzueifern und die Anerkennung als dessen Nachfolger und einzig legitimer Führer der Bolivarischen Revolution zu erhalten. Die harte Hand erscheint hier als eine Strategie, um sich den Respekt von Seiten der Opposition zu sichern, aber auch die Anerkennung innerhalb der linken Bewegung und der Regierungspartei PSUV. Mit dem Tod von Chávez und der Übergabe des „Throns“ mit dessen Gnade an Maduro ist die Regierbarkeit Venezuelas schwieriger geworden. Dies unter anderem durch den Ölpreisverfall, die Stärkung der Opposition, die Kritik an der Politik einer immer weiter zunehmenden Annäherung an Kuba aus Teilen des Regierungslagers und nicht zuletzt die tiefgreifende Wirtschaftskrise und der Verlust an Lebensqualität für die venezolanische Bevölkerung.

Die Antwort der Regierung Maduro auf all diese Herausforderungen ist nicht etwa ein ernsthafter Dialog und die Suche nach einer Annäherung an die Opposition, sondern die Verschärfung der eigenen Positionen und die Verfolgung jeglicher abweichender Meinung. Eine wahre Hexenjagd gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, oppositionelle Studenten, Fernsehsender, Journalisten, Politikern bis hin zu Komödianten ist Ausdruck dieser Haltung. Das wirklich überraschende an dieser Entwicklung ist das Vorgehen gegen die Gegner innerhalb der eigenen Bewegung im bildlichen Sinne stalinistischer Säuberungen, in der der damalige Führer der Sowjetunion, gegen all diejenigen vorging, die in der Vorgängerregierung unter Lenin eine bedeutende politische Funktion innehatten. Bei Maduro sind es die langjährigen Weggefährten von Chávez, die nun Schritt für Schritt politisch kaltgestellt und zum Teil mittels der „Justiz“ verfolgt werden. Ein Beispiel ist die Verfolgung der Generalstaatsanwältin Luisa Ortega, die dem Machtanspruch Maduros im Rahmen ihrer Amtsbefugnisse rechtliche und verfassungsmäßige Grenzen aufzeigte, was den Präsidenten dazu brachte, ihre Absetzung und die Eröffnung eines Verfahrens zu erreichen.

Dies alles zeigt, dass der Populismus, auch wenn er teilweise nach den Regeln der Demokratie spielt, kein demokratisches Projekt ist. Dies wird im Fall Venezuelas ganz besonders deutlich, wo, auch wenn die Bolivarische Revolution über den Weg von Wahlen an die Macht kam, diese in Polarisierung, Konfrontation und eine unverantwortliche Wirtschaftspolitik abgeglitten ist.¹³ In diesem Sinne kommen beide hier beschriebenen Versionen des Populismus darin zusammen, dass sie die Demokratie als Schützengraben zur Verteidigung ihrer radikalen Ideale missbrauchen und unter dem verschleiernenden Schlagwort der „Democracia protogónica“, der partizipativen Demokratie, die Verletzung der Menschenrechte zu rechtfertigen, wie im Fall der Studentenproteste des Jahres 2014.

Der charismatische Populismus des Hugo Chávez fand seine Ankerpunkte in sich selbst und konnte sich auf die Darstellung von Erfolgsindikatoren, die eigenen Wahlsiege und die Hegemonie der Bolivarischen Revolution stützen. Der nicht-charismatische Populismus von Nicolás Maduro hingegen, setzt auf die Verdunkelung von Statistiken, Wahlbetrug sowie die Verfolgung von politischen Gegnern in der Opposition wie auch der eigenen Bewegung. Dies deutet darauf hin, dass der nicht-charismatische Populismus notwendigerweise stärker auf einen radikaleren Diskurs und das Bekämpfen von (Meinungs-)Unterschieden, also eine ungeschminkte, aggressivere Form des Autoritarismus setzen muss, bei der die Wege der Demokratie nur mittels Abkürzungen gekreuzt werden. Daher wird sich eine Regierung, wie die von Maduro, weiterhin an die Macht klammern und alle denkbaren Winkelzüge anwenden, um einen politischen Wandel zu verhindern.

|| Sergio Angel Baquero

Professor für Politikwissenschaft an der Universidad Sergio Arboleda, Bogotá

Übersetzung aus dem Spanischen:

|| Benjamin Bobbe

Projektleiter Kolumbien und Venezuela der Hanns-Seidel-Stiftung

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Weyland, K., (2004): Clarificando un concepto: “el populismo en el estudio de la política latinoamericana,” in: *Releer Los Populismos, Diálogos*. Centro Andino de Acción Popular, Quito.
- ² Vgl. Romero, G.A.B., (2013): *El populismo como concepto en América Latina y en Colombia*. Estud. Políticos.
- ³ Vgl. Retamozo, M., (2014): *Populismo en América Latina: desde la teoría hacia el análisis político*. Discurso, sujeto e inclusión en el caso argentino*. Colomb. Int.
- ⁴ Vgl. Weyland, K., (2004).
- ⁵ Vgl. Otálvaro, A., (2009): *Una nueva estrategia de política social en América Latina como alternativa al neoliberalismo: el caso de las misiones bolivarianas en Venezuela*. Análisis Político 22.
- ⁶ Vgl. Alvarado, N., (2012): *El modelo endógeno socialista de Venezuela y sus estrategias de inclusión social*. Rev. Cienc. Soc. Ve XVIII.
- ⁷ Vgl. López Maya, M., (2004): *Democracia Participativa y Políticas Sociales en el Gobierno de Hugo Chávez Frías*. Rev. Venez. Gerenc. 9.
- ⁸ Vgl. Otálvaro, A., (2009).
- ⁹ Vgl. Parra-Sandoval, M.C., (2015): *Venezuela: las políticas de educación superior en el proceso revolucionario*. Propues. Educ. 43.
- ¹⁰ Vgl. García-Guadilla, C., (2012): *Polarización y tensiones en la educación superior venezolana*. Rev. Iberoam. Educ. Super. 3.
- ¹¹ Vgl. Arenas, N., (2007): *Poder reconcentrado: el populismo autoritario de Hugo Chávez*. Politeia 30.
- ¹² Vgl. Romero, C.A., (2013): *La Revolución Bolivariana: sinopsis de una permanente ambigüedad*. Desafíos 25.
- ¹³ Vgl. Paramio, L., (2006): *Giro a la izquierda y regreso del populismo*. Nueva Soc. 2005.

Martin Kastler

Central Europe on the road to a new type of populism

Although widely considered as stable democracies, countries in the Region of Eastern and Central Europe have experienced a surge of populist political parties which were successful in the elections taking place over the last years. This article will attempt to trace underlying political, economic and social reasons for populist support in the region. It will further discuss the concept of populism and its specific regional characteristics and provide an outlook taking into account the latest political developments in Central Europe.

Schlagwörter:

Populism - Visegrad - Hungary - Slovakia - Czech Republic - Central and Eastern Europe - Democracy - Illiberalism

Central Europe on the road to a new type of populism

|| Martin Kastler

The Brexit, the US presidential election, and the so called migration crisis could be seen as a breaking point in the history of „mainstream“ politics. New waves of populism emerge in societies that were defined as stable and open democracies. The phenomenon also hits the region of Central Europe to an unprecedented extent, and after more than 27 years of democratization and consolidation, it looks like as if Central Europe redefined its position not only on the geopolitical level but also changed its course away from liberal democracy.

This means that, at the moment, the region of Central Europe is in the spotlight – on the one hand because of its position towards quotas for refugees, and on the other hand for its potential transformation towards illiberal systems. The foreign press is disturbed about the current events in the Central European region (an article published in *The Economist* called these countries “Big, bad Visegrad”, while a Reuters article stated, on a more positive note, that “Fears of illiberal Central Europe axis may be overblown”).

This article will look at a set of interrelated aspects: First it will discuss the concept of populism; second, it will look at the underlying reasons for populist support in the region. It will conclude with an outlook taking into account the latest political developments in Central Europe.

Definitional issues and specific characteristics of populism in Central and Eastern Europe

This is not a scientific article; the main aim is to pave the way for a broader discussion focused on the success of populist political parties in the Central European countries, and provide the capacity to be able to differentiate between various populist parties.

Defining the term populism and its position in the political market is problematic. One of the main reasons is the fact that the term has not attached a specific set of values and misses a coherent doctrine; definitions of populism range from neutral to negative. Another problem is the overgeneralization of the term, as it is currently used to describe authoritarian leaders all around the world.

Unclear definitions and different typologies are unable to cover populist movements and parties, not only in Central Europe. As an example, well known scholars like Ronald F. Inglehart and Pippa Norris made a list of populist political parties, some of which we would not classify as populist. According to their methodology, and their calculation from the 2014 Chapel Hill Expert Survey in Slovakia, the Christian Democratic Movement (KDH) is a populist right party and Slovak National Party a populist left party.¹ This might not be enough: populism could be seen as an ideology engrained in the party structure; however, every political party striving to be successful has to use some elements of populist rhetoric at the right moment during

electoral campaigns. Thus, we can also view populism as a political strategy during the campaigning period. In Central European countries, we can see that these two types – populism as a campaigning instrument and populism as an ideology – are both observed. However, many analyses and predictions of populist parties' successes were correct. Already in 2008, the current Hungarian and Polish governmental political parties were correctly placed on the populist side, only that the analyses were not able to predict their shift to even more authoritarian tendencies.² This leads to the question: Can Fidesz and PiS in Poland still be defined as populist movements? At the same time, can we define Slovak parties Direction-SD and Freedom and Solidarity as populist, while Ordinary People and Independent Personalities not? And in this unpredictable environment, neo-fascist political parties in Hungary (JOBBIK) and Slovakia (Kotleba's L'S-SN) operate at the parliamentary level.

The nature of populism in Central Europe: from moderate to extreme

Populism occurs in various forms, but what we experience these days is a type of populism that is able to radicalise the society. Nowadays, this specific type of populism is successfully spreading around the world and could pose a risk to liberal

democracies. Populist leaders are defining themselves as taboo breakers or fighters against political correctness, and are promoting themselves as the legitimate leaders, protecting the “people” from corrupted and manipulated foreign elites, migrants and intellectuals.

We must also draw attention to the perception of populism in this region. From this perspective and also according to the latest results in “Nations in Transit” by Freedom House (compare picture 1)³ we must confirm that moderate populism is not able to survive over a long period in societies where it is acting illegitimate. The case of Hungary could serve as an example. There, the populist trend came up with the election in 2010 and the government of Viktor Orbán. He managed to change not only the external view on Hungary but was also able to change the internal constitutional and structural realm of society and politics. As also confirmed by the Freedom House report, Hungary made a shift from a consolidated democracy to a semi-consolidated democracy and is now placed in “one political basket” with Croatia, Serbia, Romania and Bulgaria.

As the numbers clearly show, populism is a driving political force in the World, and the region of Central Europe is gripped as well. According to a report by the Tony Blair Institute of Global Change (2017) the

Picture 1: Freedom House report on the democracy scores and regime rating (highest and lowest democratic progress, January – December 2016)



Source: Freedom House 2017

European political landscape changed dramatically, and the main actors were populist political parties. Since 2000 the total number of active populist political parties has almost doubled. According to the institute it rose from 33 up to 63 (populist) parties⁴. Nevertheless, the countries from Central and Eastern Europe are mostly marked in “red” (compare Picture 2) and could be defined as countries that are closing a new ‘iron curtain’ in Europe.

Picture 2: Changes in democracy scores since 2007 in EU Member and candidate’s states



Source: Freedom House (2017) “The European Union at the Breaking Point”

What is driving support for populism in the region?

There is a lively discussion about the real drivers of populist support, but it faces the same problem as an overall definition of populism: We are not able to determine a “final” trigger for the permanent rise of populism in liberal democracies, especially in Central Eastern Europe. Possible reasons for the success of populist parties could be:

- economic development and globalization as causes of inequality;
- citizens are becoming more sceptical about the development of their states, causing changes in electoral behaviour;
- crisis (financial, economic and migration) and growing feelings of insecurity;
- less homogenous societies and lower level of trust in state institutions;
- in Europe, the rise of populist parties could be seen as a backlash against the stagnation of the Euro, the interference of

EU institutions in national affairs and particularly also to high unemployment rates.⁵

According to the report by Freedom House (2017) the democracy score average declines in Central Europe, the main shift becoming visible after 2006. The major concern at the moment is that the Central European countries could abandon the democratic path they followed after 1989. The global trend is obvious and also the World Values survey 2010 – 2014 adds evidence, as less people in the Central European Region replied positively to the question “How important is it for you to live in a country that is governed democratically”.⁶

These patterns should not only be regarded as global trends and a new wave of global populism. We need to see this change through the historical trajectories that appeared after 1989 and that were connected with the transformation period and the “westernization” of political systems in Central Europe: According to Samuel Huntington, every democratic wave in the 20th Century has been followed by a reversed wave⁷. Similar patterns are visible in the region of Central Europe. These changes can be seen not only at the societal level, but also at the institutional and structural level. And these changes can be seen as the main trigger for the support and success of populist political parties in this region. Institutional and constitutional changes that occurred in Central European countries and which might spur populist movements could be divided into five main groups:

- limitation of constitutional court power;
- direct and indirect actions against freedom of press and its independency (regulation of the media);
- constitutional changes and lack of transparency;
- control of public administration;
- changes in the electoral system / gerrymandering.⁸

Changes are also visible at the structural and societal level, and are related to general behavioural changes, as:

- a) mainstream political parties tend to move to the extreme to gain more popularity (“brown liberals”)
- b) anomic behaviour of the society and emerging authoritarian values.⁹

These particular societal changes could be seen as the main trigger that opened up Pandora’s Box for all different forms of populism in the Central European countries.

If we can assume that this trend is mostly visible in countries with a weak democratic culture and missing democratic roots, then Central Europe has a problem. We noticed in the past that the transition period in this region was not without problems:

As Tomas Kavaliauskas (2012) noticed, “the evolutionary 1989 is famous for the transition from the socialist’s economy to a capitalist market, but not for the Aristotelian golden mean between extremes of for the search of the soul or for Christian economy”¹⁰

All Central European countries were able to adopt the economic transition, but ignored the need for a cultural one. They were overrun by global trends but might have thought that a cultural transformation would follow suit if only the political system is corresponding to western trends and models. This assumption was clearly wrong.

A transition period with successful democratization and economic transformation needs to go hand in hand with a cultural transition – if the cultural transition doesn’t come first. If not, it can lead to problems that can be currently observed in the Central European countries. Political elites are not able to run the country based on underlying democratic and liberal values and ideas. Society is often unable to understand the main and basic fundamentals of a liberal democratic system, not only with its fundamental rights but also fundamental duties. This period of

uncertainty gave wings to populists to gain power on the parliamentary and governmental level.

Populist political parties also influence the performance of established political parties. These were pushed to adopt populist elements in their political structure and performance in order to compete. With this, populist parties were able to shape the political market to serve their own purpose. In the end, all political parties are “moving” to the extremes of the political spectrum, their behaviour tends to be more populist and their rhetoric more right extremist.

Outlook

After this short overview, we must draw attention to the fact that some of these countries are moving, not only waiting. They are moving away from a democratic path, this is obvious. But they are also “playing with the question to established a new efficient and effective political regime that can promote on one hand the quality of their citizens and on the other hand help secure some rights of the ‘special’ elites”.¹¹ And these patterns are the same in every country of the Central region; the driving force is populism, centralization of the system, melting the liberal constitutionalism, occupation of Constitutional courts, media and civil service, including the rising xenophobic, radical and anti-otherness tendencies.

The populist wave could be seen as a global trend with different inputs, but with the same output. The 21st century and periods after the economic crisis open up a new era of political market. We are one step away from a new revolution in political and societal change. We can assume that the rise and success of populist political movements and parties is just the beginning. Or this movement is the last warning for political elites and societies to wake up and try to build up liberal democracy from scratch, not only put more makeup on it, to cover the wrinkles. This is only the last call before the

train will be moving in the global world, but where is Central Europe? Still waiting at the railway station or slowly moving forward to the new revival?

These days, Central Europe is becoming a crucial battleground for authoritarian leaders and technocrats trying to gain control over the political discourse and to limit pluralism and liberal values in their societies. At the end I agree with Cas Mudde and Cristóbal Rovira Kaltwasser that “populism often asks the right question but provides the wrong answers”¹². This means, we do have to agree with some statements of Babis, Orban, Fico and Kaczynski, but also disagree with their activities in their countries.

Has the global wave of populism reached its peak? What will come next? The only thing we can be sure about, and according to the latest research results and analysis we know that something changed in Central Europe, which is the performance of political parties. They are becoming more and more populist in their structure, while the traditional division between right and left is disappearing. Only the media still uses this old-fashioned term. A possible new dividing line between political parties in Central Europe could be drawn between liberal vs. illiberal political parties. Also, the societal behaviour changed. For now, the political landscape in Poland, Hungary and the Czech Republic is set. However, people are able to pull the emergency brake and refuse illiberal or extremist tendencies, as the last regional election in Slovakia showed.

|| Martin Kastler M.A.

Auslandsmitarbeiter Mitteleuropa, Prag

REFERENCES

- ¹ Inglehart F. Ronald and Norris Pippa (2016): Trump, Brexit, and the rise of Populism: Economic have-nots and cultural backlash, Available online <<https://ces.fas.harvard.edu/uploads/files/Event-Papers/Inglehart-and-Norris-Populism.pdf>> [30.10.2017].
- ² Mesežnikov Grigorij, Gyárfásová Olga, and Smilov Daniel (eds.) Populist politics and liberal democracy in Central and Eastern Europe, IVO: Bratislava, 2008, p. 132.
- ³ Nations in Transit (2017): The False Promises of Populism, Available online <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/nations-transit-2017> [26.11.2017].
- ⁴ Eiermann Martin, Mounk Yascha, Gultchin Limor (2017): European Populism: Trends, Threats and Future Prospects, Report of Tony Blair Institute for Global Change, available online <https://institute.global/insight/renewing-centre/european-populism-trends-threats-and-future-prospects> [30.01.2018].
- ⁵ Vašečka Michal, Žúborová Viera (2017): Explaining the Rise of Illiberal Populism in Central Europe, ASN 2017, New York.
See also: Shekhovtsov Anton (2016): Is Transition Reversible? The Case of Central Europe, Transitions Forum – working paper, Legatum Foundation, available online: <https://lif.blob.core.windows.net/lif/docs/default-source/publications/is-transiting-reversible-the-case-of-central-europe-january-2016.pdf?sfvrsn=8> [39.10.2017].
- ⁶ World Values Survey 2010 – 2014, available online <http://www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV6.jsp> [30.10.2017].
- ⁷ Huntington, Samuel P. (1991): Democracy's Third Wave, in: Journal of Democracy, Volume 2, Number 2, Spring 1991, pp. 12-34.
- ⁸ Žúborová Viera (2017): Illiberalism in Central Europe published by CENAA as policy paper, available online <http://www.cenaa.org/data/cms/illiberalism-final-1.pdf> [05.11.2017].
- ⁹ Vašečka Michal, Žúborová Viera (2017): Explaining the Rise of Illiberal Populism in Central Europe, ASN 2017, New York.
- ¹⁰ Kavaliauskas Tomas (2012 p. 95): Transformations in Central Europe between 1989 and 2012, in: Geopolitical, Cultural and Socioeconomic Shifts, New York: Lexington Books, p. 208, ISBN 9780739174104.
- ¹¹ Zuborova (2017).
- ¹² Mudde Cass, Kaltwasser R. Cristobal (2017): Populism: A Very Short Introduction, Oxford: Oxford University Press.

VERANTWORTLICH

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit

Die „Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit“ werden parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Sie können sich gerne für den Publikations-Newsletter des IIZ unter iiz@hss.de anmelden, der Sie über neuerschienene Publikationen und Berichte informiert.

- Nr. 1 Entwicklungspolitischer Dialog in Europa
- Nr. 2 Deutscher Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung der Mongolei
- Nr. 3 Internationale Migration – Zwischen Braindrain, Entwicklungshilfe und Steuerungsversuchen
- Nr. 4 Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume in Bayern und Shandong
- Nr. 5 Security and Development in Africa – Strengthening Conflict Prevention, Resolution and Management
- Nr. 6 Aktuelle Beiträge zur Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika
- Nr. 7 Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der DR Kongo
- Nr. 8 Die weltweite Situation der christlichen Minderheiten
- Nr. 9 Frauen brauchen Demokratie, Demokratie braucht Frauen
- Nr. 10 Polizei und Entwicklung – Community Policing als Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit
- Nr. 11 Die Millenniumsentwicklungsziele – Zwischen Anspruch, Wirklichkeit und dem Post-2015 Prozess
- Nr. 12 Stadt, Land, Fluss – Hauptstädte – Motor der Entwicklung?
- Nr. 13 Grenzen – In Stein gemeißelt oder in Auflösung begriffen?
- Nr. 14 Wasser – Kooperationen und Konflikte um die Ressource der Zukunft
- Nr. 15 Entwicklungszusammenarbeit – Zwischen Geben und Nehmen
- Nr. 16 Klimawandel – Politische Implikationen und soziale Verwerfungen
- Nr. 17 Föderalismus – Zwischen Einheit und Vielfalt
- Nr. 18 Flucht und Migration – Lokal. Regional. Global.
- Nr. 19 Demokratie im Aufbruch – Parlamente als Orte der Entscheidungsfindung
- Nr. 20 Wo ist der Frühling geblieben? Die MENA-Region zwischen Aufbruch und Chaos
- Nr. 21 Jugend – Gegenwart und Zukunft einer Generation
- Nr. 22 Populismus – Politik und Gesellschaft zwischen Krise und Kooperation

21 AMEZ – Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit
 Hanns Seidel Stiftung
Institut für Internationale Zusammenarbeit

Susanne Luther (Hrsg.)

JUGEND
Gegenwart und Zukunft einer Generation



Bernhard Seliger: Jugend in Korea – Zwischen Heft Choson und Gangnam Style
Anna Masana: Zwischen Eurovision und Einberufung: Die nationale Identität ukrainischer Jugendlicher
Mamadou Faye: African Youth Integration In Politics

www.hss.de

Jugend Gegenwart und Zukunft einer Generation

Während in den Industriestaaten eine zunehmende Alterung der Gesellschaft zu beobachten ist, machen junge Menschen in vielen Nationen des Globalen Südens, insbesondere in Afrika, ein Viertel oder mehr der Einwohner aus. Fast 90 Prozent der jungen Menschen leben in Entwicklungs- und Schwellenländern. Wo sehen sie ihre Zukunft? Welchen Problemen und Herausforderungen müssen sie begegnen?

Populismus Politik und Gesellschaft zwischen Krise und Kooperation

Populismus ist mittlerweile (wieder) ein weltweites Phänomen. In vielen Staaten stellen populistische Parteien Regierungen oder sind Teil der Opposition. Was sind die politischen und wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergründe für den Erfolg populistischer Parteien? Welche Konsequenzen gibt es für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch für die internationale Zusammenarbeit?

22 AMEZ – Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit
 Hanns Seidel Stiftung
Institut für Internationale Zusammenarbeit

Susanne Luther (Hrsg.)

POPULISMUS
Politik und Gesellschaft zwischen Krise und Kooperation



Götz Heinicke: Philippinen: Internationale Aufmerksamkeit aufgrund populistischer Töne
Henning Melber: Politischer Populismus im südlichen Afrika: Befreiungsbewegungen an der Macht
Jochen Lobah: Requiem der Demut - Der Islam zwischen Populismus und politischem Wettbewerb

www.hss.de

Online unter:
www.hss.de/AMEZ/

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstr. 33 | 80636 München | E-Mail: info@hss.de | Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a. D. Generalsekretär: Dr. Peter Witterauf | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Hubertus Klingsbögl | BNR. 0501-1804

www.hss.de

Bestellschein

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	AMEZ 21: Jugend
	AMEZ 22: Populismus

Ich möchte die AMEZ im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lazarettstr. 33
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-356

Ihre Adresse bitte lesbar in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse (falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

FACTSHEETS



Die Factsheets der Hanns-Seidel-Stiftung. Kurz und prägnant, nach Themen geordnet, geben sie einen Einblick in die weltweite Arbeit der Stiftung. Die unterschiedlichen Farben kennzeichnen die Themenbereiche. Ob Umwelt, Frauenförderung, Rechtsstaat, Parlamente, Bildung um ... Lernen Sie die Projekte neu kennen. Die Factsheets erläutern die Herausforderungen, die Lösungsansätze der Stiftung gemeinsam mit ihren Partnern und die bisher erreichten Wirkungen.

Alle unsere Factsheets finden Sie unter:



www.hss.de/factsheets

- Bildung
- Dezentralisierung und Föderalismus
- Frauen
- Jugend
- Parlamente
- Rechtsstaatlichkeit
- Umwelt und Klima
- Zivilgesellschaft
- Wirtschaft

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Institut für Internationale Zusammenarbeit

Leiterin des Instituts: Dr. Susanne Luther

Lazarettstraße 33 | 80636 München

E-Mail: iiz@hss.de | Online: www.hss.de

Tel.: +49(0) 89 12 58-0 | Fax: +49(0) 89 12 58-359

Kürzlich erschienen in der Reihe

mit QR-Code zum schnellen Lesen und Bestellen:



AMEZ 19: Demokratie im Aufbruch

Parlamente als Orte der
Entscheidungsfindung



AMEZ 20: Wo ist der Frühling geblieben?

Die MENA-Region zwischen
Aufbruch und Chaos



AMEZ 21: Jugend

Gegenwart und Zukunft einer
Generation